September 9/78 - DM 3,50 C 4143 EX

konkret

Die Monatszeitschrift für Politik und Kultur

Italien Lire 1400 - Holland hfl 4,25 - Schweiz sfr 3,80 - Österreich S 28,— - Spanien Ptas 160,—

Die Grünen kommen

Klaus Traube: Nicht mit den Grünen

Endlich mal ein Hemd, das nicht so kleinkariert ist.

Das Schöne an diesem Hemd ist nicht nur, daß Sie damit schön warm durch die kalten vier Jahreszeiten kommen. Das Schönste ist, daß es lange schön bleibt. Denn Wrangler ist Qualität. Die echten Wrangler Jeans & Jackets & Shirts gibt's in allen möglichen Formen, Farben und Größen.

Wrangler

Home office: Greensboro, North Carolina USA.

konkret

Die Monatszeitschrift für Politik und Kultur

Heft 9/78
Hamburg, den 31. August 1978

KONKRET-Autoren: Wolfgang Abendroth · Günter Amendt Wolf Biermann · Walter Boehlich · Heinrich Böll · Martin Buchholz · Peter O. Chotjewitz · F. C. Delius · Rudi Dutschke Bernt Engelmann · Hans Magnus Enzensberger · Ludwig Fels · Hubert Fichte · Erich Fried · Gerd Fuchs · Max von der Grün · Peter Hamm · Karl-Heinz Hansen · Wolfgang Harich Günter Herburger · Alexander von Hoffmann · Jörg Huffschmidt · Walter Jens · Yaak Karsunke · Hans Matthöfer Günter Nenning · Peggy Parnass · Karl W. Pawek · Hermann P. Piwitt · Lucio Lombardo-Radice · Michael Scharang Peter Schneider · Alice Schwarzer · Klaus Staeck · Horst Tomayer · Henning Venske · Günter Wallraff · Martin Walser Peter Paul Zahl · Gerhard Zwerenz

Inhalt

KONKRET-Intern 4
Hermann L. Gremliza
Radikalen Ablaß 6

Politik

Hartmut Schulze
Grünkohl 8
KONKRET-Interview mit Klaus Traube
»Ja, das sind so die dümmlichen Reaktionen 12
Günter Amendt
Companero, zahlen! 14
Wolfgang Meyer
»Kein Taxi in dem Scheißland« 16
Nicolas Pataky
Die alternative Alternative 18
Martin Walser/Siegfried Jäger
Wahrheit ist das Ziel 21
KONKRET-Justizserie von Stefan Aust, Teil III
Was rechts ist, muß Recht bleiben 22
Sebastian Co bler
Man wird nicht Mörder, man ist 24

Magazin

Warner Poelchau
Ein Hammer 28
Jürgen Holtkamp
Mafia? Mafia! 29
Martin Buchholz
Gutes Argument 29
Seyfrieds Seite 31

Kultur

Peter O. Chotjewitz
Herzlichst 32
Ein Kapitel aus dem abgelehnten Chotjewitz-Roman
Die Herren des Morgengrauens 34
Yaak Karsunke
Räuber & Schandi & Berufsverbot 38
Bernhard von Mutius
Die Entheiligung Wagners im Heiligtum der deutschen Knoten 39
Sonja Schwarz-Arendt
Unbeschreiblich weiblich 41
Volker Ludwig
Doch keine linke Kirche 42
Peggy Parnass
Wenn er statt Jude Bordellwirt wäre 44
Heinar Kipphardt
TV-Notizen 46
KONKRET-Plattenkolumne von Ludwig Fels
Ohrenkratzer 47
KONKRET-Markt 48
KONKRET ex-press 50

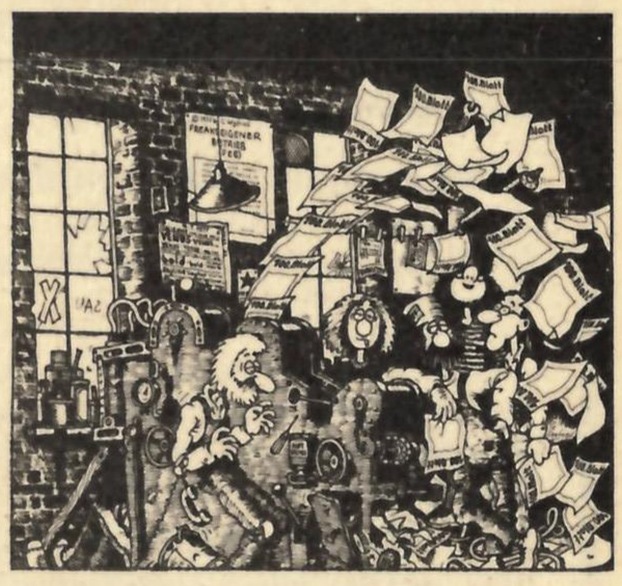
Companero, zahlen!

Günter Amendt über seine Eindrücke als Delegierter bei den Weltfestspielen in Kuba und Wolfgang Meyer über die der westdeutschen Journaille dort

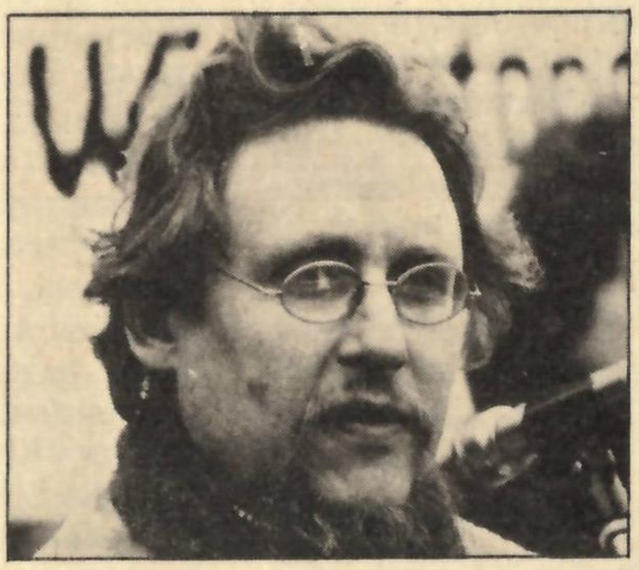
Seite 14

Die alternative Alternative

Nicolas Pataky stellt die beiden Tageszeitungs-Projekte der Linken vor: »Die Neue« und die »So-und-so«



Seite 18



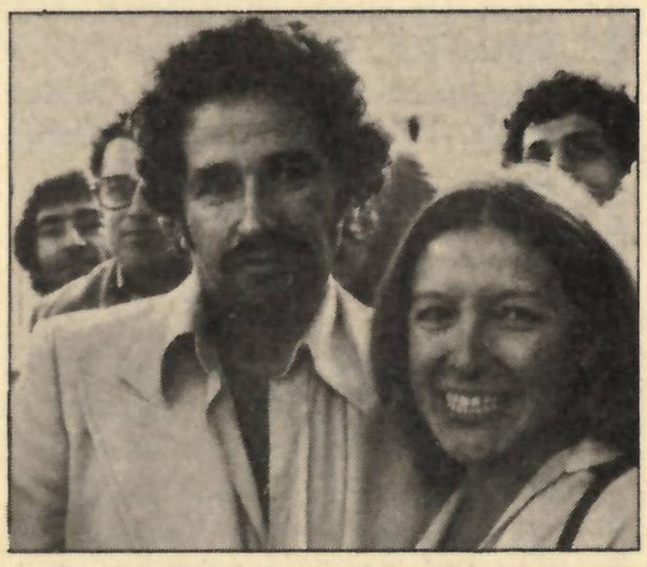
Herzlichst

Bertelsmann hat seine AutorenEdition abgestoßen. Anlaß war ein Roman von Peter O. Chotjewitz. Sein Autor beschreibt wie es dazu kam; dazu ein Kapitel aus dem inkriminierten Buch

Seite 32

Wenn er statt Jude Bordellwirt wäre

Eine Gerichtsreportage von Peggy Parnass über den Prozeß gegen den Hamburger Groß-Gastronomen Manfred Katz



Seite 44

Neuer Konkret Verlag GmbH
Rentzelstraße 7, 2000 Hamburg 13, Telefon (040)443253/54
Herausgeber: Hermann L. Gremliza
Redaktion: Hermann L. Gremliza (verantwortlich), Hartmut Schulze, Ingrid Krüger · Bildredaktion: Sabine Wuensch · Layout: Christoph Krämer · Verlagsleitung: Ulrich Alberti, Manfred Schachtschneider · Anzeigen (verantwortlich für den Inhalt) Ulrich Alberti

Jahresabonnement DM 42,— frei Haus incl. Mehrwertsteuer, im Ausland zusätzlich Porto, Abonnement-Bestellung bitte an: Deutscher Presse Vertrieb, Wendenstraße 27-29, Postfach 101606, 2000 Hamburg 1, Telefon (040) 2486281 · Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 22 vom 1.1.1978 · Hamburger Sparkasse, Hamburg, Konto-Nr. 1238/120784 · Postscheckkonto Hamburg, Konto-Nr. 384030-202 · Druck: Druckerei Jungfer Herzberg · Vertrieb: IPV Inland Presse Vertrieb GmbH, Wendenstraße 27-29, 2000 Hamburg 1

Fotos: BI-Westtangente, Christ, dpa, Hümpel, Kranz, Kollektiv VK, Marcovicz, Michael Müller, Michael Meyborg, Isolde Ohlbaum, Sigrid Rothe, Stern/Anders, NDR/Schweig Stern/Heggemann, Stern/Ihrt, Günter Zint.

intern

Tendenzwende auf dem Weg zu einer geheimen Staatspolizei? Jedenfalls hat KONKRET mit seiner Veröffentlichung des vertraulichen Innenausschuß-Protokolls (7/78) den megalomanen BKA-Präsidenten Horst Herold auf sein Bürokratenmaß reduziert. Den Rest besorgte die KONKRET-Richtigstellung von Herolds zehnpünktiger Gegendarstellung. Herolds Behördenchef, Innenminister Baum, ließ den BKA—Chef prompt abblitzen, als er mit einer ähnlichen Gegendarstellung nun auch gegen den »Stern« vorgehen wollte. »Frankfurter Rundschau«:

Horst Herold, dem kurz zuvor noch ohne sonderliche Bedenken eine Gegendarstellung in KONKRET bewilligt worden war (Ein Beamter: »Wir haben das damals nicht genügend überlegt«), nahm das Nein aus Bonn nur widerstrebend hin... Minister Baum hat in allen Gesprächen immer wieder darauf hingewiesen, daß eine lange Gegendarstellung mit vielen, kaum einzuordnenden Details, und das Wochen nach der eigentlichen Veröffentlichung, beim Leser des Blattes nur Verwirrung stiften könnte. »Einen aufklärenden Effekt«, so Baum überzeugt, »haben solche Gegendarstellungen auf keinen Fall.«

Es sei denn, sie werden so richtiggestellt und detailliert eingeordnet wie in KONKRET 8/78. In der »Neuen Westfälischen« lasen wir eine andere Version:

Sicherlich wäre es besser gewesen, Baum hätte sich selbst diese Richtlinie gegeben, als Herold ihm die Gegendarstellung zu einem ähnlich gelagerten Bericht in der Zeitschrift KONKRET andiente. Diese Gegendarstellung ließ Baum aber durchgehen, und seine jetzt nachgereichte Begründung, die Veröffentlichung in KONKRET habe nicht die Dimension des »Stern«-Artikels gehabt, klingt reichlich an den Haaren herbeigezogen. Aber warum soll man es einem Minister nicht zubilligen, daß er nach reiflicher Überlegung endlich doch noch zum richtigen Schluß gelangt.

In einem der vielen Presse-Gespräche fand Minister Baum schließlich auch in Wahrheitsnähe. Noch einmal »Frankfurter Rundschau«:

Gegendarstellungen seien ungeeignet, den außerordentlich komplexen Tatbestand der Dateien im Sicherheitsbereich aufzuhellen, erklärte der Minister zum Vorwurf der Ungleichbehandlung beider Blätter. Im Falle KONKRET habe sich dies erneut bewiesen.

Das magst wohl sagen.

*

Er ist so etwas wie der »Spontifex Maximus« unter den Zeichnern: Gerhard Seyfried, 30, Bayer, wohnhaft in Berlin-Kreuzberg, Autor des Rotbuchs »Wo soll das alles enden? Kleiner Leitfaden durch die Geschichte der undogmatischen Linken«, ist unter die KONKRET-Mitarbeiter gegangen. Von ab sofort mit spontaner Regelmäßigkeit bis wo das alles enden wird...

Zu undogmatisch war der Korrektor des KONKRET-Interviews mit Peter von Oertzen (8/78). Auf Seite 11 ließ er Oertzen sagen, der demokratische Sozialismus müsse »bekämpft« werden (statt: erkämpft) und auf derselben Seite (mittlere Spalte, Zeile 14 von unten) mußte es natürlich SED heißen (statt: SPD). Außerdem ist von Oertzen nicht (Seite 3) »Mitglied des Parteipräsidiums«, sondern des SPD-Parteivorstands. Wir bitten ihn und unsere Leser um Entschuldigung.

*

Das Titelbild dieser Ausgabe ist Ergebnis eines sehr demokratischen Willensbildungsprozesses. Wo bekommt man in Hamburg einen Haufen grüner Kinder her? Vielleicht aus einem Kindergarten? Aber Schwester Blechdosia vom Diakonischen Kinderverwahrwerk wäre nicht einverstanden gewesen. Die Redaktion erinnerte sich an's »Kinderhaus« in der Eimsbütteler Heinrichstraße und zog samt Fotograf (Michael Lange) ins Ferienquartier in die Lüneburger Heide, wo sich dann das »Kinderhaus« an KONKRET erinnerte: »Die haben doch mal was über uns geschrieben« krähte einer in die Vollversammlung (rund 75 Kinder und auf je drei ein Ewachsener). Auf dieser Vollversammlung, vom fünfjährigen »Ordnungsdienst« per Megaphon einberufen, wurde nämlich die KONKRET-Bitte um die kleinen Models breit diskutiert. Nach einem selbsteinstudierten Lehr-Sketch in Sachen Solidarität (Moral: »Die Großen helfen den Kleinen, wenn sie einmal weinen« und Antwort aus dem Publikum: »Dann wein' ich jetzt immer extra!«) war also Hilfe der Kleinen für die Großen gefragt. Die Bereitschaft hierzu war sofort da, als die Kleinen hörten, daß es um die Illustration einer Sache ging, für die sich etliche der älteren unter ihnen im Hamburger Wahlkampf selbst stark gemacht hatten: um die Bunten und die Grünen. Und so weltfremd und anarchisch ist das Erziehungskonzept des »Kinderhauses« nicht, daß diese Bereitschaft nicht noch durch einen »materiellen Anreiz« gesteigert worden wäre. Also ging das Palaver weiter, jetzt um die Aufteilung des 200-Mark-»Honorars«. Einstimmig wurde festgelegt, daß der »Kinderhaus e. V.« 100 Mark erhält, für jedes Kind, das sich grün anmalen will, ein Eis gekauft wird und der Rest in die Ferienlager-Kasse geht. So zogen Redakteur und Fotograf mit einem guten Dutzend Kinder auf die benachbarte Wiese, und am nahen Bach ging die Schmiererei los (mit ungiftiger Schminke mit Zitrus-Aroma). Eine lustvolle Angelegenheit, die meist unten anfing: Schwänzchen in die Höh. Wer auch nur ein paar Stunden lang miterlebt hat, wie zärtlich und solidarisch Kinder verschiedener Altersgruppen hier miteinander umgehen, wie sie selbstbewußt und freiwillig Regeln akzeptieren und lernen, eigene Interessen zu erkennen und durchzusetzen, kann dem wichtigsten Wahlhelfer von Bürgermeister Klose, seinem kleinen Johannes, nur wünschen, auch einmal einen Platz im »Kinderhaus« zu bekommen. Auch wenn Vaters Senat bis heute jeden Pfennig staatlicher Unterstützung verweigert.

Briefe

Gesindel

KONKRET 1974 - 1978

Mit den Nazis wollen Gesindel wie Ihr wohl in 100 Jahren noch in unserem ausgeraubten, besetzten, zerstückelten Land kassieren. Mich wundert, daß man so einen roten anti-deutschen Scheißdreck für 3,50 Mark verkaufen kann. Hitler hätte Euch rotes Gesindel gleich weggehabt. Ihr seid nichts anderes als Staatsfeinde und Volksverräter.

Dr. Jürgen von Cleef, General a.D., Königstein

Diese Linken

KONKRET-Interview mit Peter von Oertzen: »Geduld ist keine Alternative« und Bernhard von Mutius über Rosa Luxemburg: »Zitate dürfen nicht genieret werden« (KONKRET 8/78)

Zwei Beiträge im August-KONKRET machen einem mal wieder deutlich, warum die gegenwärtige Situation der bundesrepublikanischen Linken dermaßen trist und desolat aussieht. Da brüstet sich einerseits von Oertzen als Oberdemokrat und Obersozialist (wo war denn dieser Kultusminister von Oertzen, als in Niedersachsen über Wolf-Dieter Narr ein Berufsverbot verhängt wurde?). Da stellt sich andererseits ein gewisser von Mutius hin und behauptet allen Ernstes, Rosa Luxemburg könne ihren berühmten Satz: »Freiheit ist immer nur die Freiheit der Andersdenkenden« offenbar nur im Zustand sporadischer Geistesverwirrung geschrieben haben.

Norbert Faulhaber, Kreuzlingen

Aber die Wahrheit steht immer in KONKRET: Hier wird kein Vogelismus, kein Friedrichismus und kein Schmitt-Vockenhausenismus bekämpft, sondern nach wie vor der »Stalinismus«. Deshalb steht auch auf Seite 11: »Der demokratische Sozialismus muß nicht nur hier, er muß auch drüben bekämpft werden.« Ein Freudscher Fehler oder ein nachdenklicher Setzer, der P. von Oertzen die Ehre der Wahrheit seines politischen Fehlschlusses in KONKRET gibt?

Ferdinand Storp, Neumünster

Rosa, dreh' dich bitte nicht im Grab um nach diesem Hohn-Artikel. Soviel Scheiße auf einmal durfte wirklich nicht gesagt werden. Aber trotz alledem: Das so »abstrakt-allgemeine Frei-

heitsrecht« gilt auch hier: »Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.«

Peter Scholz
Münster

Rohrkrepierer

KONKRET 8/78: »Schwarz-braun ist die Bundeswehr«

Die »einfachen Soldaten« (!), denen Wallraff Argumentationshilfe leisten zu können glaubt, haben (teilweise vor 10 Jahren) schon *getan*, was er für die Zukunft empfiehlt: »...verzichte auf die Kriegsdienstverweigerung, gehe in die Bundeswehr...«! - Mit diesem überraschenden Vorschlag leistet Wallraff sich denselben »Rohrkrepierer«, wie er ihn der Bundeswehr vorwirft. Während sie zugunsten des »Soldaten« gerne auf den »Staatsbürger« verzichten würde, streicht Wallraff den »Soldaten«. - Er hätte versuchen sollen, dem abgedroschenen Begriff vom »Staatsbürger in Uniform« einen positiven Inhalt zu geben. So war sein Beitrag nur überflüssig.

Claudius Meßner, Leutnant,
Saarbrücken

Nicht verfolgt

KONKRET 6/78: »Linke Tour«

Ihr schreibt, wir hätten uns vom gleichzeitig zu der von uns organisierten Biermann-Tournee tourenden Degenhardt »verfolgt gefühlt« und belegt dies mit dem Nachdruck eines Leserbriefs an die »Frankfurter Rundschau«. Dazu erklären wir: Uns störte weder daß, noch der Zeitpunkt, zu dem Degenhardt auf Tournee ging. Allerdings hat uns gestört, daß einige Helfer dieser Tournee in verschiedenen Städten unsere Biermann-Plakate mit Degenhardt- und SDAJ-Plakaten überklebt haben. Zumal auf gleicher Fläche hängende RCDS- oder Michel Sardou-Plakate unberührt blieben. Nicht einmal die Spekulation, ob dies zentral organisiert und in Degenhardts Sinne geschah, stammt von uns.

Dieter Dehm
Kulturinitiative Frankfurt

Unglaubwürdig

KONKRET 8/78: Titelgeschichte »Urlaub '78«

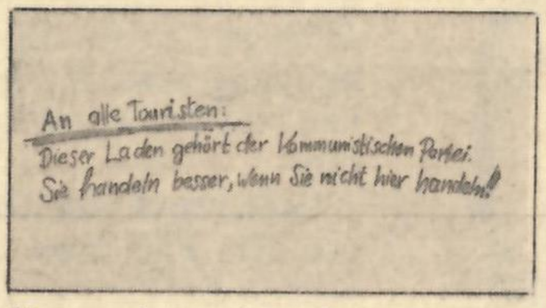
»Jetzt habe ich die Schnauze endgültig voll! Ich schmeiße den ganzen Krempel hin!« Über diesen Werbespruch mokierte sich Martin Buchholz ganz richtig, bloß, was klotzte da vor ein paar Monaten ganzseitig in KONKRET hervor? Genau diese blödsinnige Anzeige. Glaubt Ihr nicht, daß Ihr manchmal unglaubwürdig wirkt, wenn etwas verteufelt wird, und Ihr dann auf den nächsten Seiten von so etwas durch Anzeigen profitiert?

Holger Grahn,
Dortmund

Ihr habt in Eurer Titelgeschichte in einer kleinen Nebenbemerkung auch den DGB als »Urlaubs-Anbieter« aufgeführt. Der Preis für das Jugendcamp des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg am Bodensee ist übrigens nicht 300, sondern nur 220 Mark für 14 Tage. Wir möchten noch anmerken, daß es noch weitere Angebote des DGB gibt. Und zwar führt der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen seit etlichen Jahren Jugendreisen durch. Allein in diesem Jahr 30 in verschiedene Länder Europas, mit über 1000 Kolleginnen und Kollegen. Die einzelnen Jugendreisen werden von fast 100 eigens dafür qualifizierten Kolleginnen und Kollegen betreut. Es sei noch erwähnt, daß wir dabei auch ein absolutes »non-profit-Unternehmen« sind, sich also nicht nur der rds dieses Etikett anheften kann.

Klaus Peter Henning
DGB-Landesbezirk NRW
Abteilung Jugend

Martin Buchholz hätte sich mit seiner ganzen wohl gerade frisch angelesenen Marxologie ruhig etwas kürzer fassen können. »Rot war nur der Sonnenbrand«? Ja. Aber das hätte man auch KONKRETer beweisen können: Aus Italien schick ich Euch hier ein Urlaubs-Souvenir, das dort an vielen »Coop«-Läden zu finden ist. (Zum besseren Verständnis: Die »Coop«-



Kette gehört nicht der PCI, sondern den Gewerkschaften.)

Marius Brandt,
Kamen

Kritik gewachsen

»Hallo, Sozialpartner, danke schön!«, Bert Dietrich über den DGB-Bundeskongreß (KONKRET 7/78)

Für ein besonderes Versäumnis Eures Artikels halte ich es, überhaupt nicht auf das Grundsatzreferat von Heinz Oskar Vetter einzugehen; gleichzeitig aber zu behaupten, die Delegierten hätten in vielen Fragen in Opposition zum DGB-Vorsitzenden gestanden. Denn Vetter plädierte dafür, sich künftig »viel mehr« auf die »eigene Kraft« zu verlassen und forderte außerdem den »Ausbau der autonomen Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften«. Gleichzeitig bezog er in wichtigen politischen Fragen (z. B. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Streik, Aussperrung, Reformpolitik, Rentenfragen) deutlich von der Bundesregierung abweichende Positionen. Die ganz große Kongreßmehrheit folgte ihm hierbei. Zweifellos ist die innergewerkschaftliche Kritik gewachsen. Immer mehr Arbeitnehmer spüren die Folgen von Krise und Reformstopp am eigenen Leibe und fordern, daß die organisierte Arbeitnehmerschaft entschiedener gegensteuert. Zuzustimmen ist dem Autor auch in seiner Forderung, daß die Gewerkschaften sich stärker und konsequenter als bisher aus der Einbindung in die Politik des Kabinetts Schmidt/Genscher lösen müssen. Auf dem Hamburger DGB-Bundeskongreß sind - mit der Entscheidung für mehr gewerkschaftliche Autonomie - erste (nicht zu unterschätzende) Schritte in diese Richtung getan worden. Dieser komplizierte Prozeß wird durch undifferenzierte Berichterstattung unnötig erschwert. Sie birgt außerdem die Gefahr falscher inner- und außergewerkschaftlicher Solidarisierung in sich. Das sind Gesichtspunkte, die ein linkes politisches Magazin berücksichtigen sollte.

Christian Götz, HBV
Düsseldorf

PDI

PDI-SONDERHEFT-REIHE
zu je DM 3,-- für 64 oder 80 Seiten

PDI

"Terroristen - Sympathisanten?„
-Im Welt-Bild der Rechten-
-Eine Dokumentation-
MIT BEITRÄGEN VON:
Luise Rinser
Egon Lutz
Horst Herrmann
Bernt Engelmann
PDI- Sonderheft 1

Bericht über neonazistische Aktivitäten 1977
-Eine Dokumentation-
Egon Lutz MdB-SPD
Klaus Warnecke MdL-SPD
PDI- Sonderheft 2

Die nichtbewältigte Gegenwart
Ingeborg Drewitz
Axel Eggebrecht
Wolfram Schütte
Ulrich Wickert
Horst Herrmann
Werner Holtfort
Kurt Hirsch
Max von der Grün
PDI- Sonderheft 3

Das Urteil von Mannheim:
NPD nicht verfassungsfeindlich ?
-Eine Dokumentation-
Wolfgang Ebert
Reinhard Schultz
PDI- Sonderheft 4

gegen Voreinsendung des Betrages bei PDI Münzstraße 3, 8000 München 2

Vorwärts: „Verstand statt Vor-tion statt Aktien. Arbeit statt Kapi-tal. Der Vorwärts informiert richtig."

Auch über die Wirtschaft.

Und so einfach bekommen Sie Vorwärts.

Hiermit bestelle ich die Wochenzeitung Vorwärts zum monatlichen Bezugspreis von 6,00 DM. (Studentenabonnements 3,90 DM gegen Vorlage der Studienbescheinigung)

Name _____

Anschrift _____

_____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an: Vorwärts, Godesberger Allee 108—112, 5300 Bonn 2

Vorwärts. Damit Sie nicht zurückbleiben.

Wenn Sie auf »Berufsverbote« angesprochen werden, sollten Sie wissen: Es gibt bei uns kein Berufsverbot. Auch nicht, wenn jemand extreme Meinungen vertritt. Aber...

»Anregungen« für Gespräche im europäischen Ausland aus einer Anzeigenkampagne der Bundesregierung

Mit dem, was es bei uns nicht gibt, müsse jetzt »Schluß sein, ein für allemal«, sagt Hans Ulrich Klose, einer der Erfinder. Was es bei uns nicht gibt, sei ein »Fehler« gewesen, sagt Willy Brandt, der »auf den Müllhaufen« gehöre, sagt Egon Bahr. Annemarie Renger hat Bedenken gegen »Auswüchse« dessen, was es bei uns nicht gibt, und äußert sie in der »Welt«. Innenminister Gerhart Baum macht das, was es bei uns nicht gibt, für das »Mißtrauen von großen Teilen der jungen Generation gegenüber diesem Staat« verantwortlich. Auch Helmut Kohl, der, was es bei uns nicht gibt, »im Prinzip für richtig« hält, will »unvernünftige Entwicklungen korrigieren«, und selbst Hans Karl Filbinger hat »Mißverständnisse bei der Anwendung bemerkt, etwa daß »Jugendsünden und Jugendeseleien« vorgehalten würden.

Es ist wie zu Kurt Georg Kiesingers Zeiten mit dem Phänomen »DDR«: Man setzt's noch in Anführungszeichen, aber man weiß schon, daß an der Anerkennung nichts vorbeiführt. Der einzige, der noch gar nichts mitgekriegt hat, heißt ausgerechnet Gscheidle. Und wie damals stimmen auch heute die sensibleren unter unseren Journalisten auf einen Kurswechsel ein:

Es ist gerade vier Monate her, da wähnten sich viele hierzulande, denen Freiheitlichkeit mehr bedeutet als die zur Litanei geronnene »FDGO«, durch Selbstvertrauen in ihrer Ablehnung des Russell-Tribunals gerechtfertigt. Solch eine schiefe Inszenierung, so meinten sie, hätten wir nicht nötig, um die Auswüchse des Radikalenerlasses zu stutzen: hundertfache Berufsverbote für Andersdenkende, zigtausendfache Gesinnungsschnüffelei und jenen millionenfachen Überprüfungswahn, der eine ganze Generation in Auflehnung, Anpassung oder Abwendung zu treiben droht. Gestehen wir es ruhig ein:
Es war eine Täuschung. Die Freisinnigen im Lande haben seitdem nichts bewirkt.

»FDGO«, das linke Spottkürzel auf die freiheitlich - demokratische Grunzordnung in Straußens Saustall, Berufsverbot ohne Anführungszeichen - wer vor einem Jahr sowas schrieb, galt bei diesem Autor, dem Chefredakteur der »Zeit«, als »politischer Wirrkopf«. Und vor einem halben Jahr noch lautete die Schlagzeile der »Zeit« über die erste Sitzung des Russel-Tribunals: »Der Mummenschanz von Haarheim«.

Nichts kommt von nichts, auch nicht die Kritik dessen, was es bei uns nicht gibt. Die Bundesregierung hat offenbar Anlaß, westdeutschen Reisenden »für's Gespräch mit den Nachbarn« auch diese »Anregung» zu geben:

Inzwischen sollten wir uns allerdings fragen, ob einige in unserem Land die Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst nicht übertreiben. Überzogene Reaktionen der Verwaltungen verdienen mit Recht Kritik.
Das ist auch wichtig, wenn Europa... weiter zusammenwachsen soll. Denn in der Gemeinschaft gibt es viele und unterschiedliche politische Strömungen. Und wir werden sie in Zukunft zu berücksichtigen haben.

Hermann L. Gremliza

Radikalen Ablaß

Weil ja Franzosen oder Italiener und die anderen Resteuropäer, die wir gerade dem freien deutschen Markt anschließen, nachdenklich werden, wenn sie lesen, daß die Tochter eines mit französischem Widerstandsorden geehrten KZ-Häftlings Berufsverbot erhält, während ein Christdemokrat trotz der »Jugendeselei«, für Hitler einen Matrosen hingerichtet zu haben, Ministerpräsident hätte bleiben können, wenn er sich geschickter angestellt hätte.

Die Angst vorm Ausland ist es nicht allein. Im Innern hat das Berufsverbot mit allem Drum und Dran die Integrationskraft des Systems überfordert. Die Jugendorganisationen der Regierungsparteien, die noch vor Jahren fast jeden Rebellen aufsogen und bei ihm materielles Interesse an Abgeordneten-Diäten stimulierten, sind abgeschlafft. Und die Jusos und Judos, die an linker Politik festgehalten haben, denken eher an die Gründung alternativer Parteien als an Plätze auf Kandidatenlisten.

In Hamburg, bei den Bürgerschaftswahlen, erfuhren die sozialliberalen Parteien dann aufs Prozent genau, wie weit sie es nicht mehr gebracht haben. Die »Bunte Liste Wehrt Euch« - Wahlprogramm-Punkt 2: »Weg mit dem Berufsverbot« - erhielt bei den achtzehn- bis vierunddreißigjährigen 20 Prozent. Da begriff auch der Miterfinder des Berufsverbots, der SPD-Bürgermeister Hans Ulrich Klose, daß sich links von seiner

Partei mehr bewegt als ein paar ungeordnete Promille.

Höchste Zeit also für eine neue Taktik, und wie bestellt liefert der Chefredakteur der »Zeit« den Entwurf eines Zehnpunkteprogramms«:

1. Arbeiter und Angestellte werden von jeglicher Überprüfung ausgenommen...
2. Bei allen Referendaren im Vorbereitungsdienst entfällt die bisherige Überprüfung...
4. Wenn sich im Vorbereitungsdienst keine Ablehnungsgründe gegen einen Bewerber ergeben, darf ihm auch seine Mitgliedschaft in radikalen Parteien nicht entgegengehalten werden...
6. Lehrer werden von der Überprüfung grundsätzlich ausgenommen...
8. Der Verfassungsschutz gibt keine Erkenntnisse weiter, die älter als drei Jahre sind oder Jugendsünden betreffen.

Was will man mehr! Vielleicht wissen, was an Stellen steht, die mit Pünktchen markiert sind?
1...Sollen Arbeiter oder Angestellte im sicherheitsempfindlichen Bereich verwendet werden, wird die an der jeweiligen Funktion orientierte Sicherheitsüberprüfung vorgenommen.
2....Notfalls müßte ihr Status als Beamte auf Widerruf in ein Angestelltenverhältnis umgewandelt werden.
7....Die Dienstaufsicht wird verschärft, ein Katalog von Dienstverfehlungen aufgestellt. die eine sofortige Entlassung aus dem öffentlichen Dienst nach sich ziehen. Indoktrination in der Schule wäre gewiß eine solche Verfehlung.

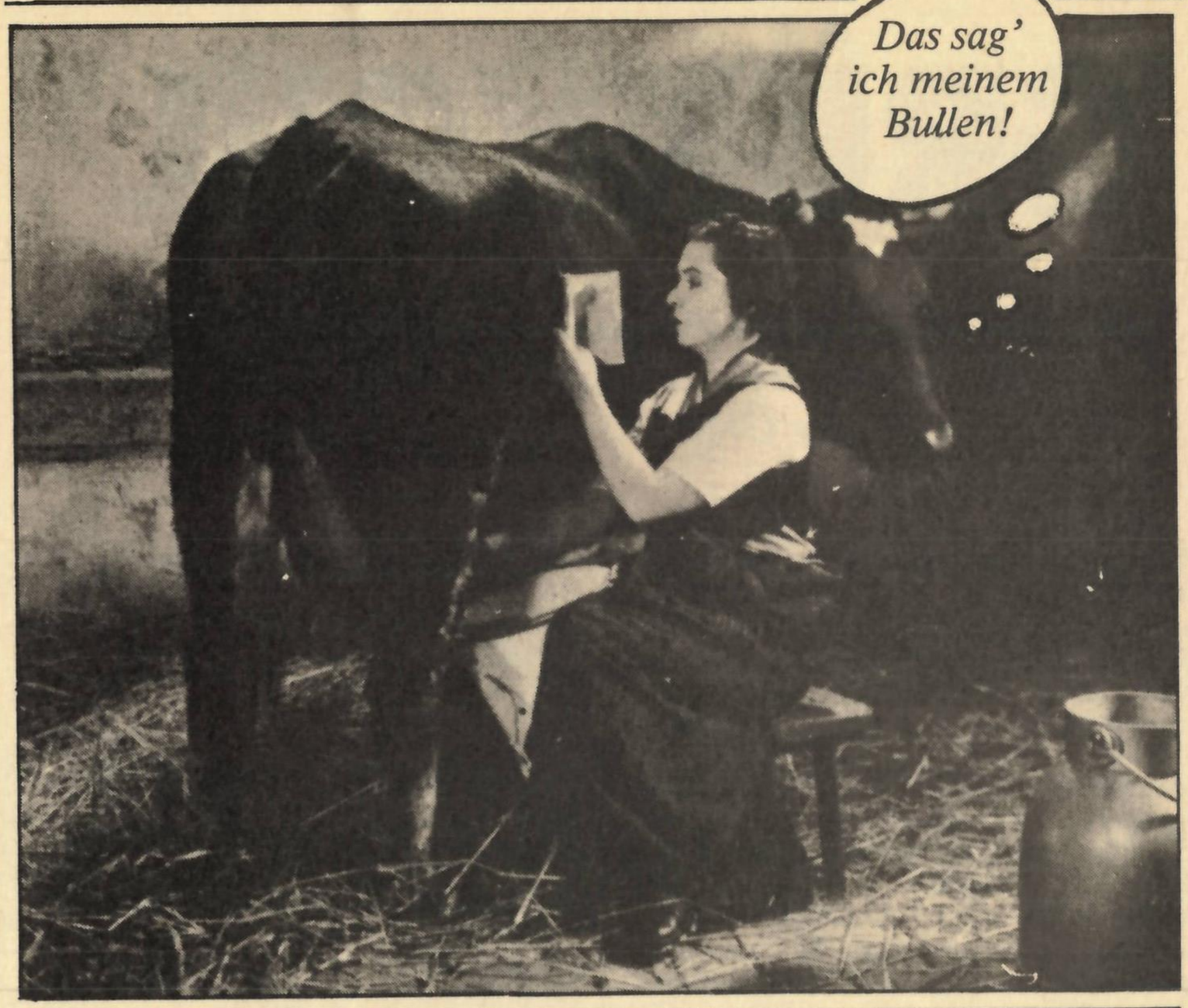
Man merkt, daß hier Helmut Schmidts ehemaliger Planungschef im Verteidigungsministerium am Werk war. Das nennt man flexible response - statt Flächenbomben gezielter Einzelschuß. Politische Entrechtung wird als justizförmige individuelle Disziplinar-Behandlung fortgeführt. Dafür bekommen die Fußkranken der Bewegung, die Heimweh Leidenden unter den entlaufenen Bürgerkindern, eine neue Chance. (Der Sohn des Programm-Autors ist Mitglied einer DKP-Hochschulgruppe.)

Kein Zweifel, in diese Richtung wird es gehen, und der Senat der Stadt Hamburg wird im September auch mit der Reform beginnen. Und natürlich wird auch diese SPD-Regierung, die einen Justizapparat voll von schwerbelasteten Nazis jahrzehntelang ertrug, wieder mit der Notwendigkeit argumentieren, »Verfassungsfeinde« vom Staatsdienst fernzuhalten.

Denn was tut ein Marxist, wenn er von seiner Meinungsfreiheit Gebrauch macht? Wenn er die Klassengesellschaft Klassengesellschaft, den Kapitalisten Kapitalisten und den Proletarier Proletarier nennt? Er »indoktriniert«. Und fliegt raus, nicht aus politischen Gründen wie Parteizugehörigkeit, sondern wegen eines individuellen »Dienstvergehens«.

Mag sein, daß ein neues Verfahren manchen Linken vor der Zerstörung seiner Existenz bewahrt. Doch für dies Zugestehen einfachster Verfassungsrechte ist er niemandem Dank schuldig. Solange auch nur einer, der selbst die Verfassung nicht bricht, aus politischen Gründen um sein Recht gebracht wird, muß diese Forderung bei allen Linken Priorität haben: Weg mit dem Berufsverbot!

Eine der wenigen verbleibenden Möglichkeiten



unbeobachtet von Bundesgrenzschützern, Bus- und Bahnkontrolleuren, Briefträgern, Kellnern, Klofrauen, Frisören, Bademeistern, Arzthelferinnen, Hotelportiers, Nachbarn, Arbeitskollegen und Familienmitgliedern

konkret

zu lesen.

Dieses Motiv ist auch als Postkarte für 50 Pfennig erhältlich bei: Hans Husel, Rosenstraße 17, 6600 Saarbrücken

Abo-Coupon Ich abonniere hiermit KONKRET. Die Monatszeitschrift für Politik und Kultur, ab dem nächsterreichbaren Heft für mindestens 12 Ausgaben. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, falls es nicht 6 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Zustelladresse (Bitte in Blockschrift)

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Rechnungsadresse (wenn nicht identisch mit der Zustelladresse)

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Nach Beginn des Abonnements erhalte ich eine Rechnung über DM 42,- (Ausland : zuz. Porto!) von Ihrem Vertrieb

WICHTIG: Kein Geld an uns schicken, **erst** die Rechnung vom Vertrieb abwarten!

Rechtshinweis: Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden. Es genügt während dieser Frist eine Mitteilung an den Verlag.

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Neuer Konkret Verlag GmbH,
Rentzelstraße 7,
2000 Hamburg 13

_____
Unterschrift

GRÜNKOHL

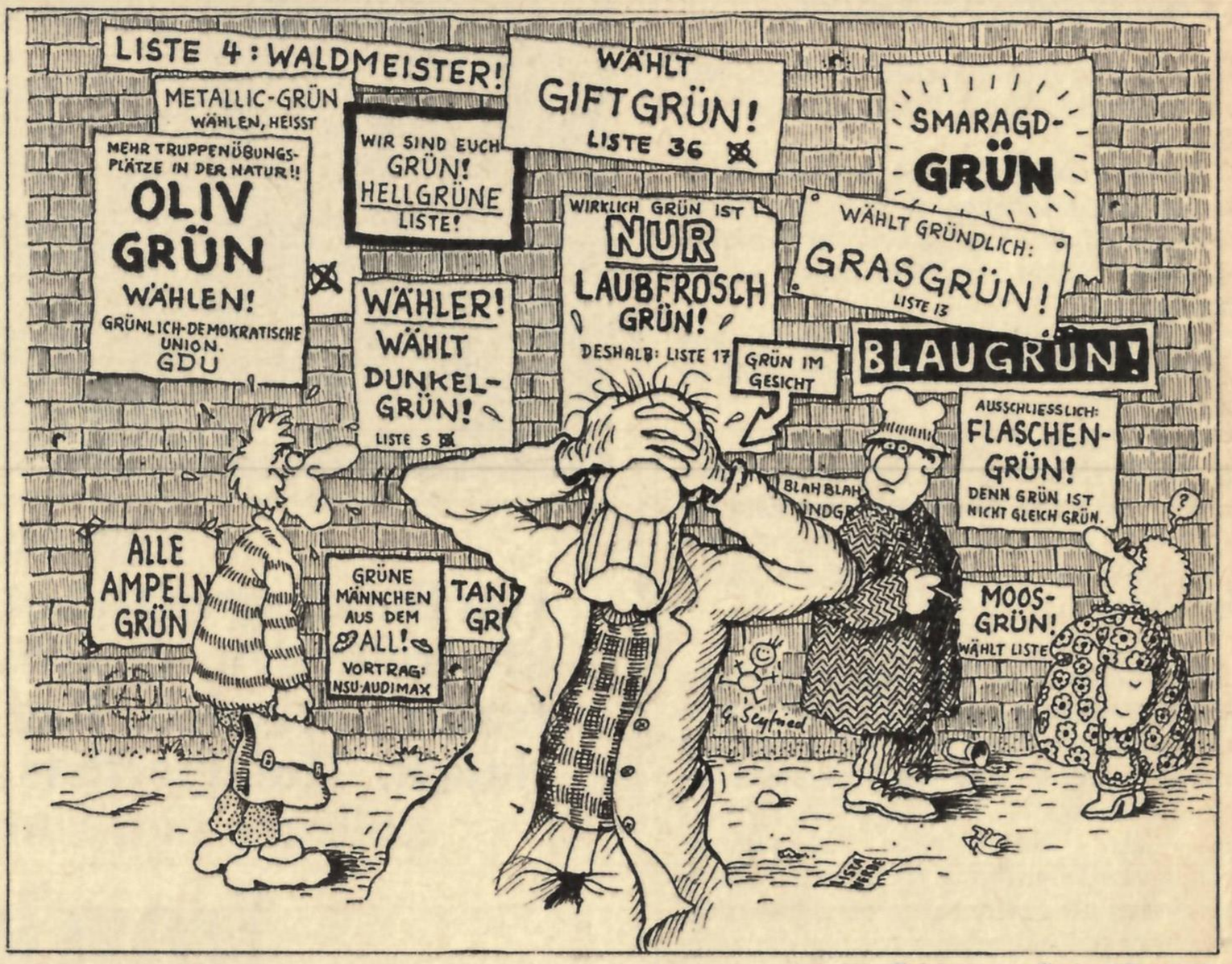
Frischen Wind in die Parlamente oder andere Natur-Ereignisse erwartet mancher vom Wahl-Engagement der Grünen. / Von Hartmut Schulze

Die Grünen kommen. Aber sie haben so ihre Probleme. Die GAZ zum Beispiel mit der GAZ und die GLU mit der GLW (GLH). In Hessen wird am 8. Oktober ein neuer Landtag gewählt - das vielleicht wichtigste politische Datum seit zehn Jahren -, aber Mitte August stand immer noch nicht fest, wie die heißen, die diese Wahl so wichtig machen: Die Grüne Aktion Zukunft des CDU-Renegaten Herbert Gruhl liegt mit der »Giessener Allgemeinen Zeitung« im Rechtsstreit um das Kürzel GAZ und die Grüne Liste Umweltschutz (GLU) will der grünen Liste Hessen (GLH) das Warenzeichen »GL« verbieten, nachdem die Wahlkampf-Ehe zwischen GLU und der Grünen Liste Wählerinitiative (GLW), die sich in Alsfeld zur GLH zusammenschlossen, von der GLU wieder aufgekündigt wurde.

Streit um Namen, Streit um Programme. *Eine* grüne Bewegung, die in die Parlamente drängt, gibt es nicht; es gibt viele. Mag ihr Wählerpotential noch so groß sein (je nach Interessenlage sprechen Demoskopen und Demagogen von 5 oder bis zu 30 Prozent) - die Zersplitterung der Grünen, gegenüber der die alte Apo heute als homogener Block erscheint, macht einen Einzug der Listen in die Landtage dennoch unwahrscheinlich. Und vor allem: dieses angebliche Potential, mit dem da von allen Seiten wahltaktisch operiert wird, kann nicht einmal als Gesamtbasis der verschiedensten Wahlvereine begriffen werden, selbst wenn sie sich von heute auf morgen vereinigten.

(Eine Partei wäre allerdings doch mehrheitsfähig. Bernhard Grzimek als Parteivorsitzender, Inge Meysel - die ihre Sympathie für die Grünen ja auch schon bekundet hat - als Wahlkampfleiterin und als Kanzlerkandidat ein deutscher Schäferhund.)

Zwar ist richtig, daß heute schon in den Hunderten von Bürgerinitiativen (BIs), die im ganzen Land um den Kinderspielplatz oder gegen das Berufsverbot, um die Ampelanlage oder gegen den »Entsorgungspark« kämpfen, weit mehr Menschen engagiert sind als in den etablierten Parteien (also etwa zwei Millionen), aber die »brauchen keine Führer«, lassen sich »nicht instrumentalisieren«, wie Harald, »ein BI-ler aus Marburg«, schreibt. Dieser nachnamenlose Initiativ-Bürger hat einen Offenen Brief geschrieben: »An Euch alle - GLU, GLW, GAZ und was es sonst noch gibt, an Daniel Cohn-Bendit, Wolfgang Truss, Alexander Schubart, Herbert Gruhl und die übrigen Schauspieler.« Und die fragt er: »Was meint ihr eigentlich, wer Ihr seid? 'Grüne' Parteien zu bilden, Repräsentanten der Umweltbewegung sein zu wollen, gar deren Spitze zu sein, all das ist eine unverschämte Anmaßung! Merkwürdigerweise macht da nämlich kaum eine Bürgerinitiative mit, jedenfalls nicht in Hessen!«



Zeichnungen: Gerhard Seyfried

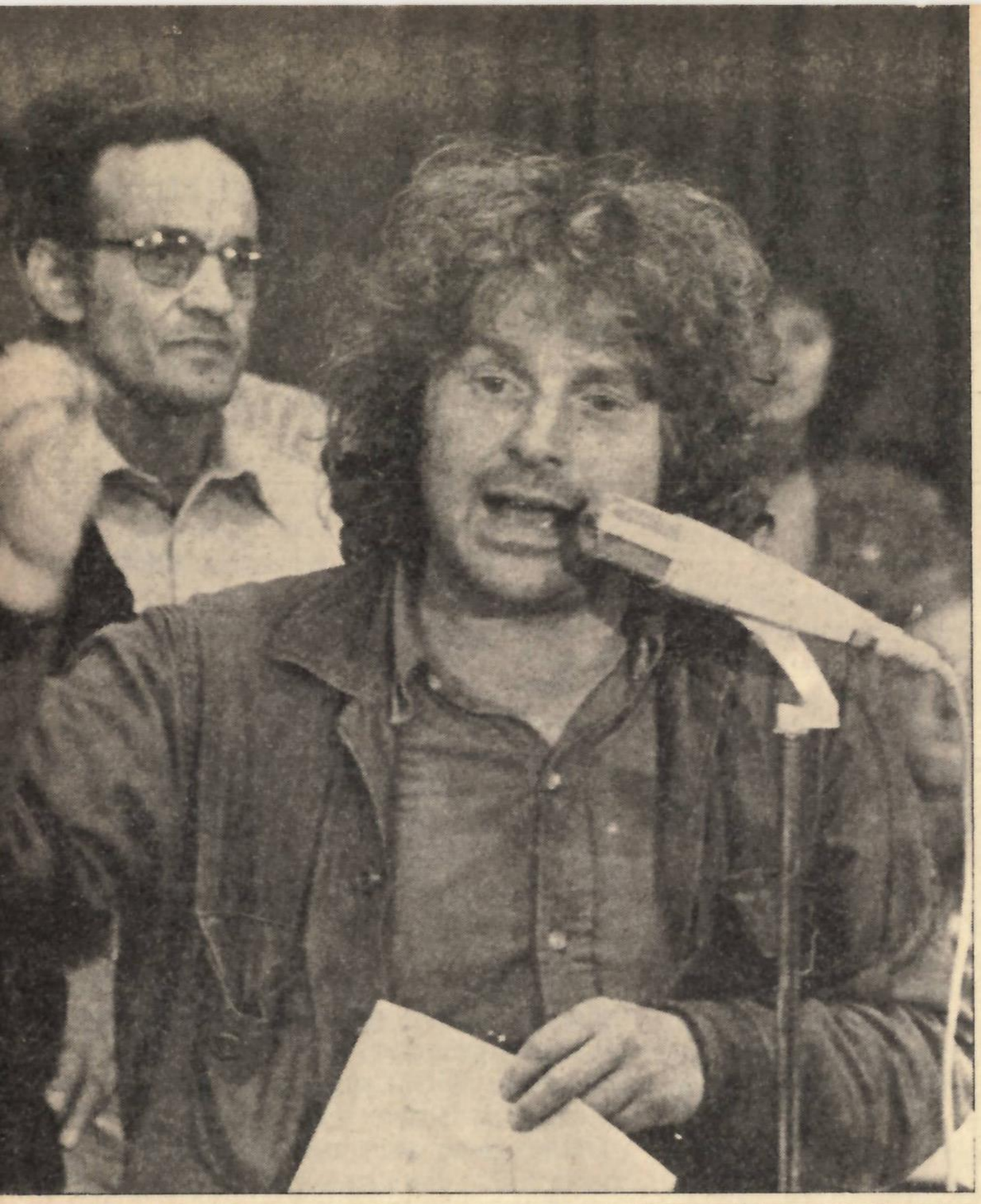
Harald fühlt sich »verarscht«: »Euer Schauspiel mit Spaltung, Wiedervereinigung, neuer Spaltung, Abwahl, Rücktritt etc. (man könnte fast darüber lachen, wenn's nicht so traurig wär') gibt den Massenmedien einen willkommenen Anlaß und mit ihnen den Regierenden, AKW-Betreibern und Menschenschindern, die ganze Umwelt-Bewegung lächerlich zu machen, zu diskreditieren und zu diffamieren. Schon jetzt habt Ihr mehr Schaden angerichtet als Ihr der Bewegung nützen könntet.«

Dabei meinen es die »Massenmedien« durchweg gut mit den Grünen, wenn auch weniger aus Sympathie für ihr Anliegen als aus Gründen staatsstärkender Dialektik: »Es gilt, diese Leute unserem System zu erhalten«, schreibt ein Dirk Koch in einem »Spiegel-Essay« und fordert gar, ihretwegen die parlamentarische Sperrklausel von fünf auf drei Prozent zu senken. Aber niemand kann es dem »Spiegel« verübeln, wenn er wiedergibt, was »diese Leute« von sich selbst halten: »Affentheater«, »Sauhaufen«, »Kindergarten« schimpfte sich die Landesversammlung der Grünen Liste Umweltschutz Niedersachsen, die doch soeben erst - gemeinsam mit der Hamburger Bunten Liste - mit ihrem Wahlergebnis die ganze Aufregung um das angeknackste Parteiengefüge ausgelöst hatte.

3,9 Prozent hatte die GLU unter ihrem inzwischen abgesetzten Chef Beddermann bei der Niedersachsen-Wahl am 4. Juni erreicht (Beddermann heute über die Liste: »Ein spinnerter Haufen«) und trug damit entscheidend dazu bei, daß die FDP den Landtag in Hannover verlassen mußte. Ihre Vettern von der Bunten Liste (3,5 Prozent sind gleichen Tags in Hamburg noch dichter an die 5-Prozent-Hürde herangekommen, wenn man das eine Prozent der braungewirkten GLU-Brüder hinzuzählt. Warum auch hier die FDP an der Sperrklausel scheiterte, haben ihre Landesvorsitzende und ihr Fraktions-Vize in KONKRET schon ausführlich analysiert.

Bei beiden Wahlen hat übrigens auch die DKP wesentliche Stimmenverluste hinnehmen müssen: in Hamburg von 2,2 auf 1,0 Prozent, in Niedersachsen von 0,4 auf 0,3 Prozent. Den Kommunisten ist es nicht gelungen, sich dem Protest-Potential als glaubwürdige und ernstzunehmende Alternative vorzustellen. Die Erklärung des Hamburger DKP-Vorsitzenden Jan Wienecke, das liege an der »hanseatischen Zurückhaltung« seiner Partei, läßt nicht vermuten, daß sie es in absehbarer Zeit doch noch schafft.

So blieben in Hamburg und Niedersachsen jeweils rund zehn Prozent aller Wähler ohne parlamentarische Vertretung. Davon müßte sich im Bonner Konrad-Adenauer-Haus oder in der Baracke noch niemand aufstören lassen - zumal ja eben erst eine Umfrage ergeben hat, daß sich zwei Drittel der Bevölkerung einen Dreck um die Arbeit ihrer Parlamentarier scheren: für die Betroffenen ein eher beruhigendes Ergebnis. Beunruhigender sind da schon einige Teil-

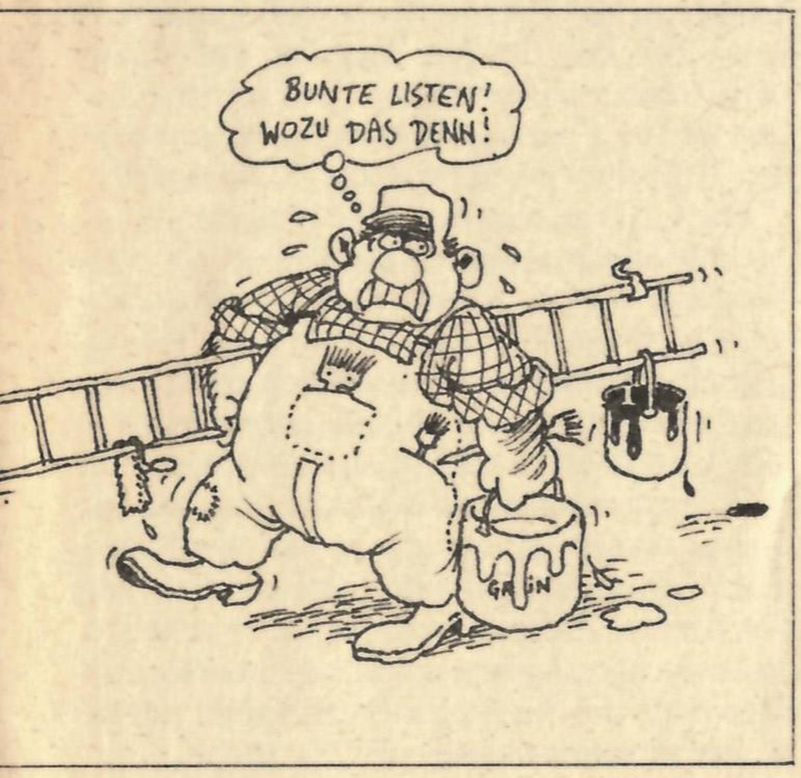


Rote, bunte, schwarze, braune und grüne Grüne: GLH-Spitzenkandidat Schubart und Dany Cohn-Bendit

GLU-Chef Truss (linkes Bild, ganz rechts), GAZ-Gründer Gruhl: »Unverschämte Anmaßung«

schon gar nicht mehr sicher, ob es ihn überhaupt noch gibt. Zwar arbeitet ein alter Bunte-Liste-Vorstand weiter, aber ihr Spitzenkandidat Holger Strohm hat das Wahlbündnis bis auf weiteres verlassen. Genau einen Monat nach der Wahl wollte er nicht mehr dulden, was er bereits vor der Wahl in einem KONKRET-Interview sanft geleugnet und halb bestätigt hatte: die Hegemonie des Kommunistischen Bundes (KB), einer linkssozialliberal-maoistischen Nicht-Partei, die tausend Initiativen blühen läßt. So auch etliche der 150 Bürgerinitiativen und sogenannten Bürgerinitiativen, die sich in der Bunten Liste zusammengeschlossen haben, und dankbar die »organisatorische Hilfestellung« des KB in Anspruch nehmen. Da nach Stalin, auf den sich der KB auch ab und an gern beruft, die Organisation alles ist, wenn die Politik stimmt, tut sich der Kommunistische Bund etwas schwer mit dem Leugnen seiner Führungsrolle.

Schließlich sind Schmetterlinge schon ausweislich der Lexika eine »Ordnung kleiner bis sehr großer Insekten mit vollständiger Verwandlung... Wichtige Familien sind: Motten, Wickler, Spinner, Spanner, Bären, Eulen, Schwärmer, Weißlinge und Eigentliche Tagfalter«. Mag das Leitende Gremium des KB hierin noch eine Verächtlichmachung der Bunten Liste sehen - die Bürgerinitiative Chaos und Sumpf (sie nennt sich wirklich so) als eine Kerntruppe der hessischen Grünen Liste Wählerinitiative (GLW)



Resultate der vergangenen Wahlen: Jeder fünfte Hamburger unter 35 hat Bunte oder Grüne Liste gewählt; bei den 18- 25jährigen waren es gar 26 Prozent (die entsprechenden Zahlen für die Grünen in Niedersachsen sind etwa halb so hoch). Und in Hamburg-Eimsbüttel, immerhin so groß wie beispielsweise Mannheim, zogen die Bunten mit ihrem lila Schmetterling ins Bezirksparlament ein - fünf Prozent der Stimmen brachten zwei Sitze. In einzelnen Ortsteilen oder Wahllokalen brachten sie es leicht auf zweistellige Egebnisse, in einem Wahllokal in Uni-Nähe sogar auf 32,9 Prozent.

»Der Schmetterling lebt weiter!« riefen die Bunten unmittelbar nach der Wahl - obwohl doch jeder weiß, daß Schmetterlinge nur einen Sommer leben. Und so ist es auch

könnte diese Definition glatt auf ihre Wahlkampf-Fahnen schreiben, und das mit allem Sponti-Stolz.

Beflügelt vom Wahlergebnis der Hamburger Schmetterlinge, macht sich der Frankfurter Sumpf auf den Weg ins Wiesbadener Parlament. Mit Daniel Cohn-Bendit an der Spitze: »Ich werde Innenminister, wetten?« Aber selbst, wenn er es werden könnte (sein »Vorgänger« von der FDP stützt sich immerhin auch nur auf 7,4 Wahl-Prozent), ist gar nicht mal sicher, ob ihn seine Sponti-Kollegen auch lassen. Da schreibt ein Reinhold im »Pflasterstrand«, dem Zentralorgan des Sumpfes: »Dany kann im Landtag nicht das vorspiegeln, vorspielen, inszenieren, was wir nicht selber in Aktionen und im Alltag angedeutet haben. Die Entscheidung,

»Kommt alle zu uns, Kommunisten und Anarchisten!«

ob er in den Landtag geht oder nicht, können wir kollektiv erst nach den Aktionen im September und nach der Wahl beschließen. Ein Intervenieren in einem solchen erlauchten Kreis kann nur Endpunkt und nicht Einzelaktion sein.«

Etliche Spontis sind nämlich auch sauer über Cohn-Bendits Alleingang von Alsfeld, wo er sich - ohne Basis-Mandat - auf dem »Vereinigungsparteitag« von GLU und GLW mit einem Forderungskatalog, der von der Hasch-Freigabe bis zur Öffnung der Knaste reichte, als Landtagskandidat profilierte und den siebenten Listenplatz bekam.

Vor allem aber waren die Grünen von der GLU, die braven Förster, Ärzte und Gymnasiallehrer, sauer auf Cohn-Bendits Alsfelder Provo-Auftritt und auf die eigenen Delegierten, die sich, da unterrepräsentiert und in der Minderheit, schlichtweg hätten überfahren lassen. Zehn Tage nach der Einigung, am 1. August, wurde das Bündnis wieder aufgekündigt. Und das, obwohl Cohn-Bendit auf ein GLU-Ultimatum, er solle von der Kandidatur zurücktreten, eingegangen ist: eine neue Delegiertenversammlung sollte endgültig über seinen Listenplatz entscheiden.

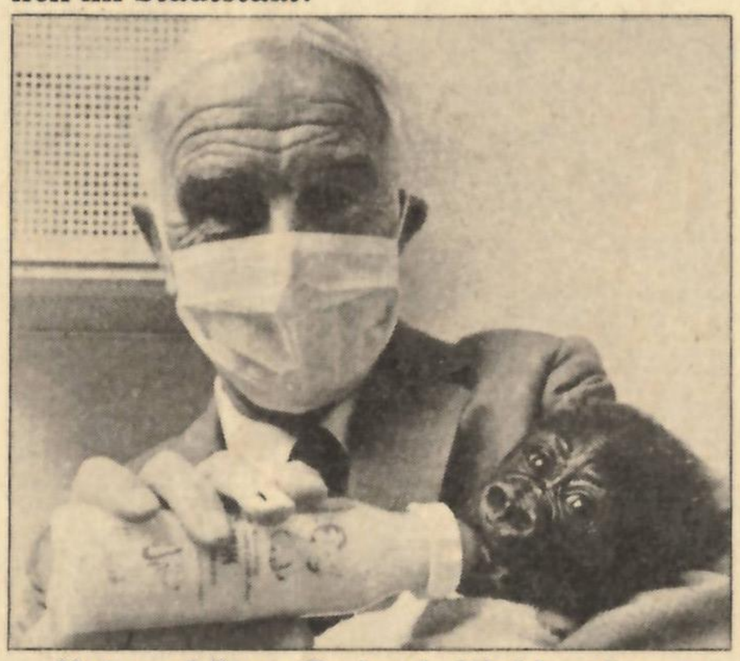
Das Problem lag also nicht beim roten Dany, aber in ihm läßt es sich so schön personifizieren. Stattdessen war den Grünen von der GLU, die sich gern »gemäßigt« nennen lassen, das ganze Alsfelder Programm zu rot. In den dort ausgehandelten »Essentials« ist nämlich nicht nur von Autobahn-Schneisen und Atomkraftwerken die Rede, sondern auch von Berufsverboten, Kontaktsperregesetz und - in der Tat kurios für einen Landtagswahlkampf - von gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Vor allem aber sollte es »keinerlei Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GLH« geben. Die Liste sollte offen sein für »Bürgerliche, Liberale, Sozialisten, Kommunisten, Spontis und Anarchisten, egal ob organisiert oder unorganisiert«. Abgrenzung nur gegen rechtsaußen: »Jede Zusammenarbeit mit Faschisten lehnen wir ab«, und: »Menschen, die sich für die Todesstrafe in der BRD oder anderswo aussprechen, haben in der GLW (GLH) nichts zu suchen«. Doch der, der hier gemeint ist, grünt schon bei der Konkurrenz: Ex-Nazi Bernhard Grzimek ist Ehrenmitglied der GLU.

Die Rest-GLW macht auch nach der Spaltung weiter, selbst wenn sich die Spontis noch zu einer Wahl-Abstinenz entschließen sollten. Ihr Spitzenkandidat ist Alexander Schubart, der 47jährige Linkssozialist und Frankfurter Magistratsdirektor, der eben erst die SPD verlassen hat. Er baut nach wie vor auf linke Einheit: »Kommt alle zu uns, Kommunisten und Anarchisten, Sozialisten und Spontis, Schwule und Lesben!« Doch selbst das Sozialistische Büro (SB) in Offenbach, dessen Mitglied Schubart geblieben ist, mochte hier nicht mit einstimmen. Die (Bundes-) Arbeitsgruppe des SB konnte sich zu keiner Wahlempfehlung aufraffen: »Das Risiko einer Wahl- und Parlamentsbeteiligung wird zum sozialistischen Selbstmordversuch, wenn politisches Bewußtsein und politisches Verhalten im sozialistischen Sinne nur in verkümmerten Bruchstücken entwickelt sind.«

Die hessische Regionalgruppe des SB dagegen votierte für die Grünen, und Daniel Cohn-Bendit sieht die Sache mit dem »sozialistischen Selbstmord« ganz anders: »Entweder kapieren wir, daß wir als Kollektiv oder scene, so wie wir sind, Politik ausprobieren müssen, um nicht nur zu überleben, sondern weiterzukommen - oder der Prozeß der Zersetzung dauert an.« Wir verstehen, warum Spitzenkandidat Schubart die Haltung Cohn-Bendits »konstruktiv« nennt. Aber geht es nicht doch vielleicht um mehr als um das Überleben einer »scene«?

Da bosseln nun Mitglieder des SB, linke Sozialdemokraten, Gewerkschafter und unzufriedene Kommunisten schon lange am Gedanken an eine neue sozialistische Partei; der »Spiegel« weiß von einem »ranghohen Kanzleramtsbeamten, der sofort die SPD verlassen würde, wenn er nur eine Linkspartei mit Aussicht auf Parlamentssitze vor sich sähe« - und nun machen sich Männer wie Alexander Schubart, der durchaus als Exponent einer solchen Partei hätte gelten können, gemein mit einer Bürgerinitiative Chaos und Sumpf: nicht nur der Marburger Harald ist wütend und enttäuscht, daß jetzt, wie er schreibt, »ein Haufen Politkarrieristen herkommt und wütet wie die Elefanten im Porzellanladen«.

Denn nur Phantasten können Schubarts grün-buntem Splitter reale Wahlchancen einräumen. Frankfurt ist nicht Hessen, und hätte am 4. Juni in Niedersachsen, wie in Hamburg, neben der Grünen eine Bunte Liste kandidiert, hätten die Bunten im Flächenstaat sehr wahrscheinlich nur ein ähnlich mickriges Ergebnis erzielt wie die Grünen im Stadtstaat.



Naturschützer Grzimek, Wahlwerbung:
Der Ex-Nazi grünt bei der GLU

So scheint es, daß die GLU gegenüber der GLH, die in ihrer Zusammensetzung der Hamburger Bunten Liste durchaus ähnlich ist (auch in Frankfurt ist der Dienstleistungsbetrieb des KB mit organisatorischer Hilfestellung zugegen), in Gesamt-Hessen die größeren Wahlchancen hat. Unter der Führung des Ex-Jusos Wolfgang Truss (der vor zwei Jahren noch Wahlkampf für Hermann Schmitt-Vockenhausen machte) versammeln sich hier Grüne, die wirklich nur Grün im Sinn haben. Oder doch nicht?

Nach der Aufkündigung des Wahlbündnisses zwischen GLU und GLW waren die Aussichten der »Gemäßigten«, bis zum 4.September, dem Stichtag für die Wahlbeteiligung, überhaupt eine vollständige Kandidaten-Liste zustandezubringen, fast null. Etliche Mitglieder der bloßen Hundertschaft GLU liefen, verärgert über den Zickzack ihrer Führung, zur GLW über. Und andere, denen der Zwingt-rot-raus-Kurs noch nicht stramm genug war, gingen zur GAZ. So wechselte der ehemalige GLU-Vize Lehnhausen (»Ein Kommunist im Landtag ist schlimmer als alle AKWs zusammen«) zu Herbert Gruhl, nachdem Fusions-Verhandlungen zwischen GLU und GAZ abgebrochen wurden, und nahm gleich zwei Dutzend Mitglieder mit.

»Ein Kommunist im Landtag ist schlimmer als alle AKWs«

Die GAZ, eine »wirklich gesunde, demokratische, politisch saubere ökologische Strömung« (so ihr hessischer Landesvorsitzender Waldemar Hees), hatte als Vorbedingung für ein Zusammengehen mit den Grünen Listen gefordert, daß sie »verfassungsmäßig überprüft« werden. Außerdem dürfe (laut »FAZ«) »auf einer gemeinsamen Kandidatenliste kein Bewerber eine Chance haben, der vor dem Verfassungsschutz nicht bestehen könne«.

Das war sogar der GLU zu viel der Staatstreue, wenngleich sie selbst kurze Zeit später durchaus gründlich daran ging, die »roten Karotten« (Hees) aus dem eigenen grünen Beet zu entfernen. Und zwar ganz offensichtlich unter der Anleitung der GLU Niedersachsen, die eigens eine Arbeitsgruppe zur Unterstützung ihrer hessischen Öko-Kollegen einrichtete. Ihr neuer Vorsitzender Otto bemühte sich selbst, die Hessen auf den niedersächsischen Abgrenzungs-Kurs einzuschwören: »Es steht fest, daß kommunistische Ziele nicht mit den Vorstellungen der GLU vereinbar sind.« Otto hat Erfolg, die hessische GLU hackt sich ein Bein nach dem andern ab. Und sucht sich neue: In der »Deutschen Fortschrittsbewegung« (DFB) meint Truss einen Verbündeten gefunden zu haben, der die personelle Auszehrung der GLU stoppen könnte. Mitte August gaben die Liste und die Bewegung, die sich am dänischen Steuer-Rebellen Glistrup (fängt schließlich auch mit »GL« an) orientiert, ihre Vereinigungspläne bekannt.

Raus aus die roten Karotten, rin in die braunen Kartoffeln. DFB-Vorsitzender (sicher wird jetzt auch Hermann Neuberger einen Namensstreit vom Zaun brechen) ist Horst Schütz, ein rechter Kämpfer, der aus seiner antisozialistischen Haltung keinen Hehl macht. Ende letzten Jahres gründete er seine Bewegung, nachdem er als Wahlkampfleiter des Rechtsaußen-Bundes »Freies Deutschland« (BFD) in Westberlin nur knapp an der 5-Prozent-Klausel gescheitert war. Bei den letzten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung präsentierte er den BFD als Sammelbecken für alles, was in der Halbstadt rechts von der CDU siedelt.

Die GLU ist also auf dem Weg zur gesunden, politisch sauberen Strömung, auf dem Weg zur GAZ. Schon läßt Gruhl durchsickern, er werde die GLU mit seiner Anwesenheit schmücken, wenn sie sich am 28. August als bundesweite Organisation konstituiert. Und daß sich GLU und GAZ doch noch zu einer gemeinsamen Kandidaten-Liste zur Hessen-Wahl durchringen, ist zumindest nicht unwahrscheinlich. Denn auch die GAZ leidet Personalnot. Sie hat zwar schon einen Bundestagsabgeordneten; aber Kandidaten für die hessischen Wahlkreise mußte sie per Annonce in der »FAZ« suchen.

»Die Grünen werden zum Testfall für die Vierte Partei«

Viele Freunde hatte sich Gruhl mit dem Alleingang seiner Parteigründung ohnehin nicht gemacht. Die Bürgerinitiativen, denen Gruhl mit seinem apokalyptischen Bestseller »Ein Planet wird geplündert« eine ideologische Arbeitsgrundlage lieferte, fühlen sich plötzlich von ihrem Guru verprellt: seine GAZ sei »aus einer 'Ordre du Mufti'« hervorgegangen, schimpfte der Bund für Umwelt und Naturschutz, »bei aller Hochachtung vor seiner Person«. Und wer ist der Mufti? Für die roten Grünen steht es fest: der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Tatsächlich existiert eine interne BDI-Studie, in der empfohlen wird, die Kandidatur »kurzfristiger grüner Listen bei Landtagswahlen vorsichtig zu begünstigen«, weil die wenigen zu erwartenden Wahlprozente zu Lasten von SPD und FDP gingen.

Herbert Gruhl, dem Ex-CDU-Mann, wird in dieser Kapitalstrategie die Schlüsselrolle zugeschrieben. Oder schlimmer noch: Die Münchner Sponti-Zeitung »Blatt« argwöhnt bei Gruhl gar den »Marsch der Grünen im SA-Schritt (SA wie z. B. Sonnenanbeter)«. Auch die bayerische FDP sieht zumindest beim Mitbegründer der GAZ Bayern Gerhard Orth, Kontakte »zu Gruppen, die politisch als extrem rechts eingestuft werden«. Solche Kontakte zu übersehen, fiele auch schwer. Orth holte zum Beispiel Ludwig Stenuf zur GAZ, und Stenuf gehörte noch im vergangenen Jahr zusammen mit dem inzwischen steckbrieflich gesuchten Neonazi Erwin Schönborn zu den Gründern der rechtsradikalen »Aktion Neues Nationales Europa«. Über das AVP-Mitglied Henning laufen die Verbindungen zwischen GAZ und der Aktion Vierte Partei. Daß die »Nationalzeitung« solch politische Konstellationen voller Sympathie verfolgt, wundert da vielleicht nur noch Gruhl selbst.

Voller brauner Flecken ist auch die GAZ-Plattform, Gruhls »Grünes Manifest«. Die DGB-eigene »Welt der Arbeit« fand hier »romantischen Irrationalismus und Blut-und-Boden-Ideologie«. Leseprobe: »Die Erfüllung findet jeder einzelne vorwiegend in seinen geistig-seelischen, kulturellen und religiösen Erlebnissen sowie in den sozialen Bindungen seiner Familie, der Wohn- und Arbeitsgemeinschaft innerhalb seines Heimatlandes.« Das ist so recht nach dem Gusto von beispielsweise Christa Mewes, der Pädagogin, die von »Bild« und »Nationalzeitung« gleichermaßen gern zitiert wird. Sie soll für Gruhl den familienpolitischen Teil des GAZ-Parteiprogramms schreiben. Christa Mewes ist übrigens häufige Gastrednerin der »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung«, ein Geistes-Treff für Neonazis, dem sich auch der schon erwähnte Ludwig Stenuf verbunden fühlt.

Und das hat GAZ-Stenuf zum Thema biologische Anthropologie und Eugenik zu sagen: »Wer die Vermischung der in den Zeiten gewachsenen Rassen und Völker schürt, der ist wegen Rassendiskriminierung und-Völkermord zu verurteilen, weil die Vermischung mit Bevölkerungen anders gearteter Erbanlagen die höherentwickelte artbiologische Leistungskraft herabmindert und die Kulturfähigkeit austilgt.«

Wenn es jetzt noch im GAZ-Manifest heißt: »Gegenseitiges Vertrauen und Helfen muß die ökonomische Rücksichtslosigkeit ablösen. Auch das Opfer kann den Wert unseres Daseins erhöhen« - wenn Gruhl in seinem Buch eine »Weltregierung« herbeiwünscht, die »mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet« sein müßte - wenn sich zu »Blut und Boden« bei der Manifest-These von der »begrenzten und überfüllten Erde« noch die Assoziation von »Volk ohne Raum« gesellt - dann fehlt eigentlich nur ein Begriff: Nationalsozialismus, und der gleich global. Mag Gruhl da noch so gutwillig sein, und mag er vielen Linken nach seinem Votum gegen die Neutronenbombe auch noch immer als potentieller Bündnispartner erscheinen: wer auf Gruhl- und GAZ-Positionen steht, sei es, weil er das Recht auf Arbeit für eine »totale Perversion« hält oder weil er findet, daß »Mammutschulen abgebaut und private Ausbildungsstätten gefördert werden« sollen, der hätte auch in der NPD eine politische Heimat. Aber die hat ja keine Wahlchancen mehr.

Eine Industrialisierungs-Kritik, die links ist, wenn sie seriös ist - wie Klaus Traube in seinem KONKRET-Interview sagt - wird eben unversehens rechts, wenn sie unseriös ist, wird auf der parlamentarischen Ebene zum Testfall für Straußens Vierte Partei.

Und so sind die Grünen von GLU und GAZ nicht nur für FDP und SPD, sondern auch für die CDU eine - wenn auch geringere - Gefahr. Nicht anders ist zu erklären, daß sich sogar Dreggers Partei vor der Wahl so plötzlich von der Christlich zur Grünlich Demokratischen Union wandelt. Als Wahlkampf-Bonbon entdeckte der hessische CDU-Sprecher Weirich eine Deponie im Kreis Hersfeld, in der angeblich auch Gift aus Seveso lagert. Die CDU reitet auf dem »Giftmüllskandal« herum und SPD-Ministerpräsident Börner - gerade hatte er sich noch mit dem Baustopp für den Atommeiler Biblis C profilieren wollen - muß die Einlagerung großer Mengen gefährlichsten Giftmülls, wenn nicht aus Seveso, so doch aus den USA, in der hessischen BASF-Deponie zugeben.

Wahlplakat von Klaus Staeck:
»Aus anti-sozialistischer Haltung keinen Hehl gemacht«

Auch die Jung-Dregger buhlen um die Grünen. Der Landesvorsitzende der Jungen Union, Volker Bouffier, will sogar mit der GLH ins Geschäft kommen: »Wir suchen nach vernünftigen Ansprechpartnern des Alsfelders Wahlbündnisses.«

Die einzige Partei, die den kommenden Wahlkämpfen ganz gelassen entgegensehen kann, ist die CSU. Nicht nur wegen seiner Sonthofener Mehrheiten hat Strauß von den Grünen nichts zu befürchten, wenn am 15. Oktober, eine Woche nach Hessen, auch in Bayern gewählt wird. Er bietet den Ökos einfach keine Angriffsfläche: Atomkraftwerk werden im Freistaat nicht gebaut, und die ungeliebte Magnetschwebebahn, die das Donauried zerstören sollte, hat er einfach zu Albrechts Nordlichtern ins Emsland geschickt.

Horst Stern erklärt, warum das so ist: »Das tiefschwarze Bayern schuf sich das wohl modernste Naturschutzgesetz Europas. Die Erklärung ist, wie ich meine, so schwer nicht. Naturbewußtsein ist die erste Voraussetzung für Naturschutz. Ein solches Bewußtsein aber ist Ausfluß von Muße, die einer haben muß, der Natur beobachten und verstehen will. Muße ist aber eher dem Kapital als der Arbeit eigen. Das macht historisch verständlich, warum das Großkapital in Fragen des Umweltschutzes seine verläßlichste Bremse in den Gewerkschaften hat.« Wenn das vielleicht auch nicht für das Groß*kapital* gilt, das (Energie-)wachstum braucht, um seinen Mehrwert zu hecken, so gilt es doch gewiß für die Groß*kapitalisten*, denn irgendwann ist auch das Tessin zugebaut, und schließlich möchte man's ja auch am Starnberger See noch gemütlich haben.

Und denen, die trotz des modernsten Naturschutzgesetzes Europas immer noch »staatsverdrossen« sind, zum Beispiel, weil sie Steuern zahlen müssen, kann Strauß seinen Kongreß-Gast Fredersdorf vorzeigen, den Parteigründer im Wartestand, das Noch-SPD-Mitglied, den Chef des Steuerbeamtenbundes. (Hat sich eigentlich mal jemand gefragt, was sich die Steuerbeamten um das Steuer*system* zu scheren haben?) Strauß an Fredersdorf: »Machen Sie Dampf!« - allen, nur nicht mir.

Wenn also in Bayern dennoch eine Bunte Liste und die GAZ antreten, kann als Wahlergebnis, ob eingestanden oder nicht, nur der parlamentarische Garaus der FDP herauskommen. Und dafür reichen schon 0,2 Prozent. An bayerischer Politik wird das nichts ändern, aber die Genscher-Partei wird wieder ein bißchen toter sein, die Bonner Koalition noch ein bißchen wackliger. Falls sie dann nicht schon durch die Hessen-Resultate zerbrochen sein wird.

Denn wenn die FDP auch in Wiebaden an der 5-Prozent-Klausel scheitert, wird die CDU mit großer Wahrscheinlichkeit den Wahlsieg feiern können. Und damit die Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundesrat. Und damit das Scheitern einer regierungsunfähig gewordenen Bundesregierung.

Die SPD-Niederlage bei den Frankfurter Kommunalwahlen hat die Gefahr deutlich gemacht. Und so bleibt Holger Börner gegen Bioelementschaumlavagrus-Fanatiker, gegen eine dumm-clowneske Bürgerinitiative Chaos und Sumpf, gegen seinen Ex-Genossen Schubart und gegen grün-braune Listen als wichtigster Wahlhelfer: Alfred Dregger.

„Ja, das sind so die dümmlichen Reaktionen"

Hartmut Schulze sprach mit Klaus Traube über die hessischen Grünen, sozialdemokratische Hoffnungen und eine grüne, sozialistische Partei

KONKRET: Herr Traube, als prominentes Opfer eines »Lauschangriffs«, als Kritiker der Atomstaatsideologie und als ökologischer »Umschalter« wären Sie doch eigentlich der ideale Spitzenkandidat einer grünen oder bunten Liste. Warum sind Sie's nicht?

Traube: Ich bin prinzipiell skeptisch gegenüber dem Versuch der ökologischen Protestbewegung, die ja letzten Endes eine Fortsetzung der Außerparlamentarischen Opposition ist, sich selber in dieses festgefahrene Feld der parlamentarischen Institutionen zu begeben. Ich glaube, daß diese Bürgerinitiativen die bei weitem stärkste und wirkungsvollste politische Kraft in diesem Land sind. Aber ich fürchte, daß die Stärke dieser Bewegung in dem Augenblick abnimmt, wo sie selber in die Zwänge des von den etablierten Parteien in die Parlamente eingebrachten Wachstums-Bezugssystems gerät, gezwungen wäre, innerhalb eines Kategoriensystems zu handeln, das nicht ihres ist. Eine Partei in einem Parlament kann auch nicht einfach zu vielen Fragen, die ich für absolut zweitrangig halte, sagen: das interessiert mich nicht. Und so wird sie vermutlich gezwungen werden, sich von den Fragen, um die es ihr eigentlich geht, zu entfernen.

Ein weiterer Grund für meine Skepsis, nicht meine grundsätzliche Ablehnung: In den Gesellschaftswissenschaften hat sich eine Kritik der Industriegesellschaft im vergangenen Jahrzehnt schnell verbreitet - aber in die Bürgerinitiativen, die ja die Reaktion auf die Verletzung grundlegender Bedürfnisse durch diese Industriegesellschaft sind, beginnt dieser theoretisch ansetzende Klärungsprozeß gerade erst einzudringen.

KONKRET: Und die Konsequenz aus diesem theoretischen Manko ist dann, daß sich etliche Kernaussagen der »Grünen« - ganz deutlich auch bei Gruhls GAZ - allzu sehr nach »Blut und Boden« anhören.

Traube: Genau. Das ist die Gefahr. Sogar die Nazis hatten ja sehr starke antiindustrielle Impulse. Nur haben sie die natürlich nicht in die Praxis umgesetzt, sondern im Gegenteil das technokratischste und industrialistischste System überhaupt geschaffen.

Aber auch Sozialdemokraten und Kommunisten unterscheiden sich ja in einem Punkt überhaupt nicht: in der vorbehaltlosen Bejahung des technischen Fortschritts, wobei sie übersehen, daß das ein kapitalistisch geprägter technischer Fortschritt ist - auch zum Beispiel in der Sowjetunion. Lenin hat sich durchaus mit den enthumanisierenden Folgen der kapitalistischen Arbeitsteilung auseinandergesetzt und hat sie trotzdem zur ökonomischen Grundlage der Sowjetunion gemacht. Es wird einfach nicht zur Kenntnis genommen, daß die unbeschränkte Herrschaft des Menschen über die Natur genauso eine Utopie ist, wie der Glaube, daraus erwüchsen im wesentlichen nur positive soziale Folgen. Diese Utopie wird von der Industrialisierungskritik in Frage gestellt - von der konsequenten Industrialisierungskritik, die stets links geprägt ist, weil sie auf die Bezüge zwischen der Herrschaft der Menschen über die Natur und der Herrschaft von Menschen über Menschen stolpern muß.

KONKRET: Müßten Sie nicht diese Kritik in erster Linie an die Adresse der Gewerkschaften richten?

Traube: Ich glaube, bei den Gewerkschaften ist das Wachstums-Problem recht zwiespältig, und möglicherweise kippen sie in ihrer offiziellen Haltung hierzu noch eher um als die SPD. Natürlich ist die ökologische Bewegung durch Angehörige der Mittelschicht in Gang gekommen (bisher ist übrigens kaum eine emanzipatorische Bewegung durch die unterdrückten Unterklassen ausgelöst worden). Und in der Tat ist es so, daß man - wenn wir uns innerhalb des gängigen Bezugssystems bewegen - Arbeitsplätze nur über Wachstum schaffen kann. Solange man in diesem Bezugssystem denkt, solange werden auch Arbeiter sehr schnell für jegliches Wachstum motiviert werden können, für Atomkraftwerke und sogar noch für Waffenlieferungen nach Südafrika, wenn sonst Henschel geschlossen werden müßte. Aber die Widersinnigkeit dieses Bezugssystems beginnen auch die Gewerkschaften zu erkennen. Denn die Arbeiter erwischt es jetzt an einer ganz anderen Ecke: bei der Rationalisierung. Die letzten Streiks - vor allem im Druckergewerbe - haben diesen beginnenden Umdenkungsprozeß markiert. Ich vermute, daß die Rationalisierungswelle, die vor uns liegt, innerhalb der Gewerkschaften noch zu einer grundsätzlichen Umorientierung hinsichtlich der Wachstumswirtschaft führen wird.

KONKRET: Wenn dieses Umdenken zur »materiellen Gewalt« werden soll: Wie kann und soll es sich dann umsetzen, wenn nicht auf parlamentarischer Ebene?

Traube: Es setzt sich ja schon politisch um. Man muß einen Sinn haben für die Widersprüchlichkeit dessen, was heute passiert. Wo man hinschaut, werden neue Autobahnen um und in die Städte gelegt - aber auf der anderen Seite hat der Widerstand von unten zu Gegenprojekten der »Verkehrsberuhigung« geführt. Auch die Atomkraftgegner haben nicht das erreicht, was sie erreichen wollten: das Moratorium als Vorstufe einer Abschaffung der Atomkraftwerke. Aber wenn man genauer hinsieht, dann haben sie doch erreicht, daß praktisch keine neuen Atomkraftwerke mehr gebaut werden.

KONKRET: Alles im Widerstand hauptsächlich gegen regierende Sozialdemokraten. Herr Traube, warum sind Sie eigentlich Mitglied der SPD? Glauben Sie, in dieser Partei eine Basis für Ihre Überlegungen schaffen zu können?

Ex-Atommanager Traube: »Diesen SPD-Kurs kann ich nicht öffentlich unterstützen«

Traube: Zunächst einmal bin ich aus traditionellen Gründen in der SPD. Schon meine Eltern waren Sozialdemokraten. Aber das ist nicht die Frage. Auch Erhard Eppler ist nicht in die SPD gegangen, weil er jetzt hier den ökologischen Flügel machen will, auch nicht Jochen Steffen. Ich halte die grundsätzliche Industrialisierungs-Kritik, die in der jetzigen Ökologie-Bewegung steckt, vielmehr für die zeitgemäße Fortschreibung sozialistischer Zielsetzung. Als ich noch der Atomkraft-Fritze war, hatte ich das halt noch nicht so richtig durchdacht - obwohl ich schon in der Folge der Club-of-Rome-Diskussion merkte, daß ökologische und sozialistische Zielsetzungen konvergieren, daß von den etablierten Parteien daher nur die SPD sich konsequent ökologisch einstellen könnte, was denn auch in deren Basis zu beobachten ist. Aber natürlich kann sich diese Basis im Augenblick überhaupt nicht gegen das erstarrte Partei-Establishment durchsetzen. Meine schwache Hoffnung ist, daß sie sich im Laufe der Zeit doch deswegen durchsetzen wird, weil die Widersprüche einer auf weiteres Wachstum angelegten Wirtschaft irgendwann nicht mehr zu übertünchen sind.

KONKRET: Oder durch die Angst vor Stimmenverlusten bei Wahlen, Verluste, zugunsten der »Grünen«.

Traube: Das ist das einzige Mittel, mit dem auch eine SPD in den Parlamenten heute schon zu einer schrittweisen Veränderung ihrer Politik getrieben werden kann.

KONKRET: Also Baustopp für Biblis C vor der Hessen-Wahl, nach der Wahl wird Biblis C dann gebaut.

Traube: Ja, das sind so die dümmlichen Reaktionen. Und trotzdem meine ich, daß man sich dadurch nicht irre machen lassen darf.

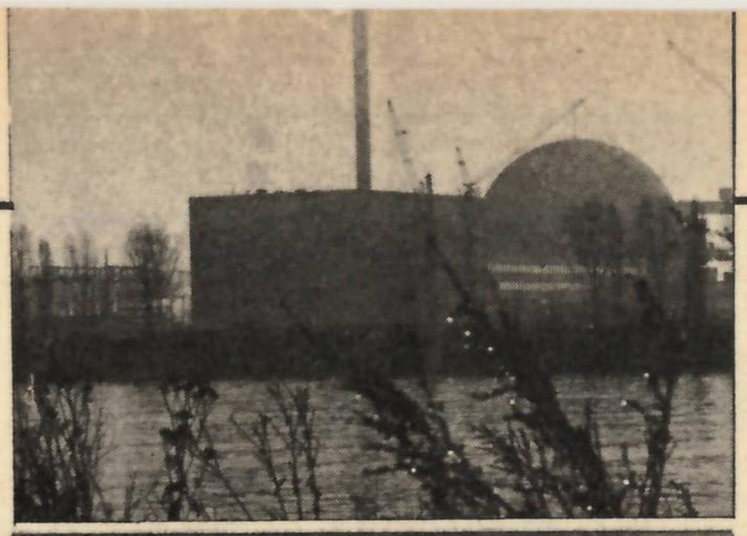
KONKRET: Sie würden also dieser Angst vor Stimmenverlusten sicherlich nicht entgegenwirken wollen, Sie haben eine gewisse Sympathie für das, was sich gerade im hessischen Wahlkampf tut: für die Formierung einer grünen Opposition, die in den Landtag will. Dennoch erscheint Ihr Name - als grünes Alibi? - auf Wahl-Plakaten der SPD.

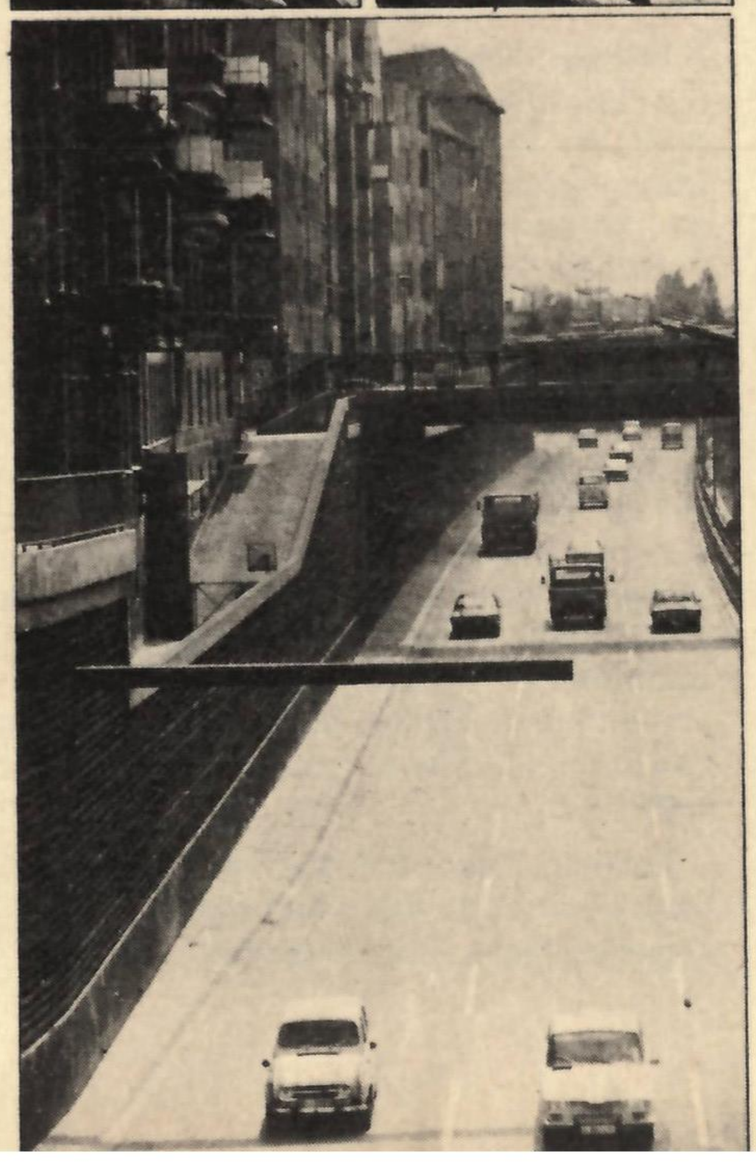
Traube: Na, das war ein »Betriebsunfall«, ich hatte davon nichts gewußt.

KONKRET: Dieser Betriebsunfall hatte aber offensichtlich einige Wirkung. Ich wurde zum Beispiel eben noch von Frankfurter Freunden darauf angesprochen.

Traube: Ich weiß nur, daß mein Name auf Wahlkampf-Plakaten der SPD nicht mehr erscheinen wird. Schließlich glaube ich auch nicht, daß Helmut Schmidt noch einmal umgedreht werden könnte - auch nicht aus Angst vor Stimmenverlusten. Aber an anderen sozialistischen Parteien, zum Beispiel an der holländischen oder der französischen, merkt man doch, wie weit der Umdenkungsprozeß innerhalb der Sozialdemokratie schon fortgeschritten ist. Und wenn die SPD jetzt nicht bald die Kurve kriegt, dann allerdings ist es unvermeidlich, daß sich links von ihr eine grüne Partei bildet, und dann wird es irgendwann auch notwendig werden.

KONKRET: Eine grüne Partei oder eine sozialistische Partei?





Verdorbenes Land (AKW Biblis), verdrecktes Meer (Ölpest in der Bretagne), vergifteter Mensch (Kind aus Seveso), verseuchte Luft (eine Skulptur in Recklinghausen, 1908 und heute), verplante Stadt (Autobahn in Westberlin): Sind ökologische Probleme nur mit preußischer Zucht zu meistern?

Traube: Eine grüne sozialistische Partei.

KONKRET: Würden Sie ihr Mitglied sein?

Traube: Das kommt darauf an, wie sich die SPD im Lauf der Zeit verändert - zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Nicht, weil die SPD für mich die große Mutter ist, von der ich mich nicht trennen möchte, sondern weil sie letzten Endes doch eine unglaubliche politische Kraft darstellt mit einer sehr, sehr langen Tradition.

KONKRET: Aber so lang diese Tradition ist, so lange währt auch die unbefriedigte Hoffnung auf eine sozialistische Wende in ihrer Politik. Nun gibt es zum ersten Mal seit langer Zeit die Chance, daß sich ein Protestpotential links von der SPD organisiert und in einen parlamentarisch-politischen Rahmen gefaßt werden könnte - und dennoch sehen die linken Sozialdemokraten, die immer noch hoffen, hier eine Alternative. Was müßte denn diese noch zu denkende grüne sozialistische Partei unterscheiden von dem, was zum Beispiel der ehemalige Sozialdemokrat Alexander Schubart, der Spitzenkandidat der Grünen Liste Hessen, will?

Traube: Der Klärungsprozeß über die Zielsetzung müßte weiter fortgeschritten sein, mehr Menschen erfaßt haben. Es müßten die Bezüge zwis chen Umweltsfragen und der Rolle zentralistischer Bürokratien deutlicher geworden sein, damit die unumgängliche Trennung der emanzipatorisch Eingestimmten von denen erfolgen kann, die - wie die klassischen Konservativen und auch der Wolfgang Harich - die ökologischen Probleme mit preußischer Zucht meistern zu wollen. Was sich im Augenblick hier in Hessen mangels solcher Klärung unter den Grünen abspielt, kann nur zur Diskreditierung der ökologischen Bewegung führen.

KONKRET: Es wird eine Chance verspielt. Was also wird Klaus Traube am 8. Oktober wählen?

Traube: SPD. Und zwar mit diesem simplen, dummen Argument, mit dem man sich jahrzehntelang »retten« kann: nämlich Dregger. Wenn wir überhaupt etwas verändern wollen (und daß mit Maschinenpistolen nichts verändert wird, darüber brauchen wir wohl nicht zu reden), dann ist die erste und wichtigste Bedingung, daß uns wenigstens der gegenwärtige Freiheitsraum erhalten bleibt. Hierfür werde ich alles tun.

KONKRET: Alles tun - warum dann kein aktiver Wahlkampf für die SPD?

Traube: Weil meine Position einfach nicht mehr mit der Parole »Hessen bleibt sozial und frei« vereinbar ist, angesichts beispielsweise der Praxis des Radikalenerlasses. Also nehme ich mir dann schon heraus, mich als innerparteiliche Opposition gegen den jetzigen Kurs der Sozialdemokratie zu fühlen. Diesen Kurs kann ich nicht öffentlich unterstützen.

„Companero, zahlen!"

Ein Festival-Bericht von Günter Amendt

Wir werden die jungen Kämpfer für Bürgerrechte in den USA nicht vergessen, die Schwarzen, die Indianer, die Chicanos, die Puertoricaner und die aus Lateinamerika nicht.«

Noch einmal wandte sich Fidel bei der Abschlußkundgebung der XI. Weltfestspiele auf dem »Platz der Revolution« an die USamerikanischen Delegierten. Zehn Tage zuvor war diese Delegation mit den anderen Nationen ins »Latein-Amerika-Stadion« eingezogen. Im historisch gebotenen Abstand die Indianer: Mit eigener Fahne. Vornweg die Enkel der Eroberer und die ihrer Sklaven: Ohne Fahne. Für zu viele Verbrechen steht diese Fahne, als daß man sie dem cubanischen Volk und seinen Gästen hätte zumuten können.

Die Freundschaft, mit der auch die USamerikanischen Delegierten empfangen wurden, machte die Bedeutung dieses erzwungenen Verzichts auf das nationale Symbol der USA jedem klar. Jedem? Ich frage mich, ob sich alle Delegierten aus der BRD in diesem Augenblick bewußt waren, daß auch der fortschrittlichen Jugend unseres Landes eines nahen Tages ein ähnlicher Verzicht abverlangt werden könnte. Vielleicht schon beim nächsten Festival, sollte es in Afrika stattfinden?

Ich schaue mich um. Da sitzen sie unter der überdachten Tribüne,die Vertreter unseres Landes. Im Koffer haben sie die Exportausgabe der FDGO: Die NWWO. Das ist das Angebot, mit dem sie vor allem unter den Delegierten aus den Ländern der sogenannten Dritten Welt hausieren gehen wollen: Die Neue-Welt-Wirtschafts-Ordnung. So, mit solcher Selbstsicherheit, müssen die ersten VW-Vertreter mit dem Exportmodell des Käfers auf dem lateinamerikanischen Kontinent ausgeschwärmt sein.

*

Malta, kleine Insel im Mittelmeer, Afrika im Rücken, den Blick auf Europa. Hier auf Cuba sind die Malteser unsere unmittelbaren Nachbarn im Quartier. Wir sprechen viel miteinander, vier aus ihrer Delegation, ein Kommunist, ein Vertreter des Studentenverbandes, einer, der sich »Gauchist« nennt, ein Sozialdemokrat und ich. Die kulturellen Aktivitäten unserer Delegation auf dem Camp, vor allem die Auftritte der Rockgruppe »backbord«, finden sie gut. Nicht gut finden sie die Querelen in unserer Delegation. Sie verstehen unsere Probleme nicht. Und als sie beginnen, sie zu verstehen, sagt der Gauchist: »Einige in eurer Delegation treten hier auf mit der Arroganz einer imperialistischen Nation.« Die anderen, der Kommunist, der Student und der Sozialdemokrat nicken dazu.

Fidel Castro vor den Delegierten: Solidarität mit Vietnam, jetzt!

*

Die Stimmungslage der bundesdeutschen Delegation ist schwankend. Reibungen, Spannungen und Mißstimmungen werden jedoch immer wieder weggespült von den emotionalen Überflutungen, die jeder neue Tag des Festivals bringt.

Warum, verdammt, bauen einige Herren der Juso-Führung, der evangelischen Jugend, der Falken und der DGB-Delegation Dämme gegen solche Erfahrungen auf? Sind sie wirklich so festgelegt auf BRD-Innenpolitik im Ausland, daß sie sich diesen neuen Erfahrungen nicht ebenso aussetzen können wie die Mehrzahl der Delegierten, die sie vertreten? Unterstellt: *Alle* Teilnehmer dieser Gruppen wollten die Menschenrechtsfrage, so wie sie sie verstehen, in Cuba auf die Tagesordnung setzen. Und zugegeben: Sie glaubten an ihre Auffassung von Menschenrechten. Die Begegnung mit der cubanischen Revolution, die täglich neuen Enthüllungen über die Verbrechen des Imperialismus in Afrika, Asien, Lateinamerika und natürlich Cuba selbst verschoben die Gewichte.

In einem Land, das den Sozialismus aufbaut, gewinnt ein fast schon abgedroschenes Gegensatzpaar wie »konstruktiv-destruktiv« neue Bedeutung. In einem Land, das von ständigen Provokationen des Imperialismus bedroht ist, auf dessen Territorium der US-Imperialismus noch immer einen Marinestützpunkt unterhält, an dessen Stränden CIA-Agenten abgesetzt werden, dessen Zuckerrohrfelder von Saboteuren angezündet werden, in einem Land, das von einer Wirtschaftsblockade eingeschnürt wird, entwickelt man ein neues Gespür für Provokationen, wenn sie von der eigenen Delegationsleitung ausgehen. Selbsterfahrung, darauf sind sie doch in diesen Kreisen spezialisiert. Fremdlenkung und Außensteuerung, der sind sie unterworfen.

Einige haben das Maul zu voll genommen. In Presseerklärungen und Abschluß-Kommuniqués haben sie sich schon vor der Abreise festgelegt. Davon kommen sie nun nicht mehr los. Selbst wenn sie wollten. Denn der Pressetroß hat die Leitungen in die BRD schon geschaltet.

Und weil sie, derart unter Druck gesetzt, beim geplanten Freundschaftstreffen mit der FDJ bereits bei der Begrüßung der Gäste die Konfrontation suchen wollten, ist die Begegnung zwischen FDJ- und BRD-Delegation nicht zustandegekommen. »Die sozialdemokratischen Verbände haben nach Ansicht der Jungdemokraten mit einem leichtfertigen und provokatorischen Verhalten verhindert, daß es bei den Weltjugendfestspielen zu einem Dialog zwischen der FDJ- und den Mitgliedsverbänden des Deutschen Bundesjugendringes in der Frage Hübner und Bahro kommt«, heißt es in einer Presseerklärung der liberalen Jugendverbände. »Damit haben die angesprochenen Verbände bereits jetzt die von Seiten der Konservativen und der Bundesregierung in sie gesetzten Erwartungen erfüllt.«

Das ist die Frage. Noch immer ist Entspannung die erklärte Politik der Bundesregierung und der Dialog mit den Jugendverbänden der sozialistischen Länder ein Element dieser Politik. Gut, was ein Teil der Juso-Führung ansprechen wollte, wurde ausgesprochen. Daß sich für ihre »Menschenrechtsbeiträge« außerhalb der BRD-Delegation kaum jemand interessierte, daß sie vergeblich nach einer spektakulären, fernsehwirksamen Plattform suchten, auf

der sie sich ausbreiten konnten, muß man ja in die BRD zurückgekehrt - nicht jedem erzählen.

*

Als Fernsehzuschauer negativ konditioniert und von den entleerten Aufmarschritualen olympischer Spiele abgestumpft, war ich überrascht, wie sehr mich die Eröffnungsfeier der XI. Weltfestspiele beeindruckte. Der Einzug der vietnamesischen Delegation wurde zu einem der emotional bewegendsten Augenblicke meines Lebens. Es war wie ein flash-back. Eine Grunderfahrung meiner Generation wurde zurückgebracht. Damals, vor mehr als zehn Jahren, lernten wir ein Volk zu lieben - das vietnamesische - und ein System zu hassen - das imperialistische.

Nun im Stadion die Delegierten aus Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt. Meine Biographie ist wie die vieler anderer aus dem Ereignis - für das diese beiden Städtenamen stehen - zu erklären. Und aus den Fragen, die dieses Ereignis nach sich zog: Mit wessen Waffen wurde dieser Sieg errungen, und wer produzierte diese Waffen.

Vor vier Jahren noch in Berlin bei den X. Weltfestspielen war es die Abordnung eines kämpfenden Volkes, nun ist es die Delegation von siegreichen Revolutionären, die hinter dem Namen »Volks-Republik Vietnam« ins Stadion einziehen. Und doch wird Vietnam im Mittelpunkt auch dieses XI. Festivals stehen, weil »niemand leugnet, daß hinter dem Extremismus in Kambodscha der Maoismus und die chinesische Führungsclique stecken, niemand leugnet, daß sie hinter den Provokationen gegen Vietnam stekken.« Fidel Castro hatte am Vorabend des Festivals in Santiago, anläßlich des 25. Jahrestages des Sturms auf die Moncada (dem auslösenden Akt der cubanischen Revolution) offen die chinesische Führung angegriffen: »Wir wären nicht aufrichtig, würden wir leugnen, daß auch die fortschrittliche und revolutionäre Bewegung mit ernsthaften Schwierigkeiten konfrontiert ist. Der abstoßende Verrat der chinesischen Führer an der Sache des Internationalismus, ihre wahnwitzige politische Haltung und ihr schamloses Bündnis mit den imperialistischen Mächten stellen einen harten Schlag für die fortschrittlichen Kräfte der Welt dar.«

Diese Feststellung und die Ankündigung, noch während des Festivals die cubanischen Vietnam-Solidarität-Komitees »gegen die Bedrohung der imperialistischen Aggression« zu reorganisieren, war wohl das schwerwiegendste und politisch weittragendste Ereignis des Festivals. Von den meisten bürgerlichen Journalisten - wie ich jetzt feststelle - überhaupt nicht registriert.

*

Land und Leute. Ich muß weit zurückdenken, bis in meine Kindheit, um auf ein vergleichbares Erlebnis zu stoßen. Damals gab es solche Reisen, in denen die Erinnerung an ein Land und seine Landschaften untrennbar verbunden war mit Menschen; meist Spielgefährten und sehr Alten.

Die Erinnerung an Cuba, die Erinnerung an Havana, die Erinnerung an eine Straße, die Erinnerung an die Veranda eines Hauses wird untrennbar verbunden sein mit der Erinnerung an die Menschen, die Katja und mich in der Nacht als Gäste aufnahmen, als die Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) die Delegierten des Festivals bei sich zuhause empfingen. Zwanzigtausend Menschen aus fast allen Ländern der Erde zu

»Man muß das in der BRD nicht jedem erzählen«

Delegierte aus Vietnam:
»Abstoßender Verrat«

Gast bei der Bevölkerung Havanas. Ein solches Fest hat es noch nie gegeben.

Als wir spät in der Nacht in unser Quartier zurückkommen, sind wir wie betäubt. Wir verständigen uns wortlos mit Blicken über das, was wir erlebt haben; jeder in seiner Straße mit seinen Genossen. Die Skiffelgruppe packt noch einmal ihr Gerät aus. Erstmals löst sich die Distanz, die latente Feindseligkeit der verschiedenen Gruppen unserer Delegation. Zum ersten Male sind wir eine gemeinsame Delegation bei allen ideologischen Unterschieden.

Ich beobachte Clemente, einen fünfzehnjährigen cubanischen Jungen, der gemeinsam mit einem Gleichaltrigen unseren Schlafsaal reinigt, den Fußboden desinfiziert, die Bettwäsche wechselt, Dusche und Klo sauber hält. Ein Genosse von der SDAJ hat ihm eine Postkarte geschenkt. Clemente hockt auf einem Schemel und hält mit beiden Händen, die Ellenbogen auf die Knie gestützt, die Karte. Noch nie habe ich selbst eine Postkarte so betrachtet. Es vergehen Minuten. Clemente studiert die Postkarte. Brecht würde seine Schauspieler anweisen: Stellt dar, das Studium einer Postkarte durch den fünfzehnjährigen Clemente, Genosse in Cuba. Und sie würden es so darstellen, wie ich es jetzt sehe. Clemente studiert in der Haltung eines Studierenden. Später nehme ich die Postkarte in die Hand. Sie zeigt den Hafen der Stadt Kiel. Sie zeigt Brückenkonstruktionen und Häuser, Hafenanlagen und Türme, wie sie Clemente wohl noch nicht gesehen hat. Jetzt kennt er sie. Vom Studium einer Postkarte.

*

Nach dem Festival wird der Club, der sich jetzt »Europäischer Club« nennt, an den cubanischen Gewerkschaftsverband übergehen. Zu Batistas Zeiten war die Prunkvilla Yacht-Club der Yankees, »off limits« selbst für die cubanische Bourgeoisie. Ab und zu klirrt Geschirr. Noch läuft die Bewirtschaftung etwas holprig. Hier am schönsten Strand im Stadtbereich Havanas trifft man auch diejenigen, die man nur noch beim Hin- und beim Rückflug zu sehen bekam. Es tagt die von der Bundesregierung finanzierte permanente Strandkommission.

Einige Mitreisende hatten falsch gebucht. Vielleicht hätte man sie vorher in Lima oder Bogota, in La Paz oder Valparaiso, in Belmonte oder Montevideo, in Rio oder Santiago vorbeischicken sollen, bevor man sie auf Havana losließ. Vielleicht hätten sie dann verstanden, wo sie eigentlich waren. Vielleicht hätten sie dann die Bedingungen besser verstanden, von denen sich das cubanische Volk freikämpft. Vielleicht hätten sie dann etwas von ihrer unwürdigen Selbstsicherheit und ihrer touristischen Begehrlichkeit abgelegt.

Noch jetzt möchte ich wissen, ob ihnen - und insbesondere ob Ottmar Schreiner - unterdessen jemand gesagt hat, daß Compañero »Genosse« heißt und nicht »Herr Ober«.

in jeder

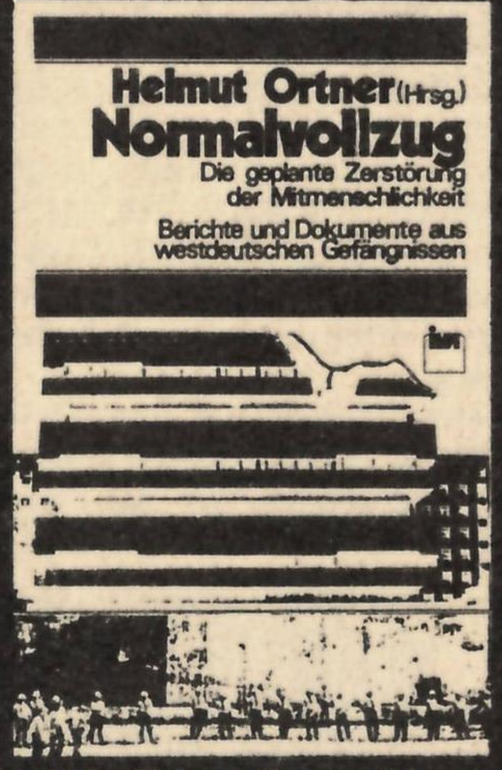
guten Buchhandlung

erhältlich

Robert Jungk u.a. (Hrsg.):
Enzyklopädie der Zukunft, Band I
— Eine Anstiftung zur praktischen Zukunftsgestaltung

Paperback, 320 Seiten,

DM 24,80



itb 007 Helmut Ortner (Hrsg.):
Normalvollzug
– *Die geplante Zerstörung der Mitmenschlichkeit*
Berichte und Dokumente aus westdeutschen Gefängnissen

Mit Beiträgen von:
Reinhard Wetter,
Peter Paul Zahl,
Werner Schlegel,
Peter Schult,
Margit Czenki,
Hans Sontag,
u.v.a.

ca. 176 Seiten, DM 12,–
ISBN 3-88266-007-4

iva – Pfleghofstr. 11 – 7400 Tübingen 1
Tel.: 0 70 71/21 23 14

„Kein Taxi in dem Scheißland"

Wolfgang Meyer, Bundessekretär der »Falken«, beobachtete bundesdeutsche Journalisten in Havanna

Der Mann von »Welt« war wenigstens ehrlich: »Ich bin in erster Linie hierhergekommen, um Urlaub zu machen. Vielleicht schreibe ich auch etwas.« Dann balzte er wieder um den Pool des Hotels »Habana libre« und stöhnte: »Ich brauch ne Frau, ich brauch ne Frau!«

Die Ergebnisse solcher Tätigkeit des für die »Welt« bei den XI. Weltjugendfestspielen auf Kuba akkreditierten Journalisten Kurt-Wilhelm Röttgen lasen sich später so: »Die stille Hoffnung, doch bei heißen Rumba-Rhythmen unvergeßliche Nächte zu erleben, wird inzwischen als Fata Morgana angesehen. Kubas glutäugige Töchter reden stets von Freundschaft und meinen es auch so...«

Seriöser, wie immer, die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«: »Dämpfend auf den Drang nach Wahrheit wird sich die tropische Hitze auswirken. Das Klima-Handbuch weist für die Monate Juli und August bei Temperaturen zwischen 24 und 31,5 Grad Celsius eine Luftfeuchtigkeit von bis zu 90 Grad für Havana aus.«

Recherchen nach dem Wahrheitsdrang der Delegierten endeten mit Recht im Klima-Handbuch: Beim Festival selbst war die »FAZ« mit keinem Journalisten verteten.

Einer der 23 000 anwesenden Ausländer war der ARD-Korrespondent Dr. Rolf Pflücke, der berichtete: »Spricht man in Havanna mit Leuten, was wegen der Spitzel schwer gelingt, so spürt man schnell, daß hinter hastig heruntergebeteten Parolen viel Unsicherheit steckt.« Mit »Spitzel« kann er nur die Mitglieder der Komitees zur Verteidigung der Revolution gemeint haben, denn wer sonst sollte wohl die Gespräche von 23 000 Gästen mit »Leuten« belauschen können als die in jeder Straße organisierten Komitees.

Journalist Pflücke berichtete auch für die »Neue Ruhr Zeitung«, und zwar über einen »Hoteldieb« im »Habana Libre«, der von einer Menschenmenge verfolgt und kurz vor der Hoteltür zu Fall gebracht worden sei: »Die Belegschaft übergibt ihn der Polizei.« Offenbar, so sollten die Leser der »NRZ« denken, hat Kuba Schwierigkeiten mit der Diebstahl-Kriminalität.

Tatsächlich war der Ruf nach einem Hoteldieb lautgeworden, als ein bundesdeutscher Journalist sich beklagte, aus seinem Hotelzimmer sei eine Hose entwendet worden. Die Wahrheit, die Pflücker - vermutlich infolge der im Klima-Handbuch geschilderten Erschwernisse - nie erfuhr und die der hosenlose Journalist Armin Neliba auch gern verschwieg: Eine Reinigungsfrau hatte seine total verschmutzte Hose auf Nelibas Bett gefunden und in die Reinigung gegeben.

Kuba-Reporter Löwa: »Dann hau ich Euch unheimlich in die Pfanne«

Was ein richtig unabhängiger Vertreter der freien Presse ist, demonstrierte den bundesdeutschen Delegierten der NDR-Redakteur Ortwin Löwa. Als Zweifel aufkamen, ob das Weltjugendfest der richtige Ort sei, innenpolitische BRD-Kämpfe auszutragen, drohte Löwa: »Wenn ihr nicht die Bahro-Sache endlich aufklappt und auf den Tisch bringt, dann hau ich Euch unheimlich in die Pfanne.«

Tausend Journalisten aus aller Welt wohnten im »Habana Libre«, und so standen morgens meist zweihundert von ihnen auf einmal am Eingang und riefen nach einem Taxi. Eine Situation, die jedem politischen Journalisten von jedem Parteitag der SPD oder CDU bekannt ist. Doch dem Kollegen Rübsaat von Radio Bremen gelang es, auch hier ein politisches Spezifikum der kubanischen Verhältnisse zu entdecken. Im Kampf mit seinem fünfgängigen Menü erklärte er, wie satt er den Sozialismus habe: »In dem Scheiß-Land kriegst Du nicht mal ein Taxi!«

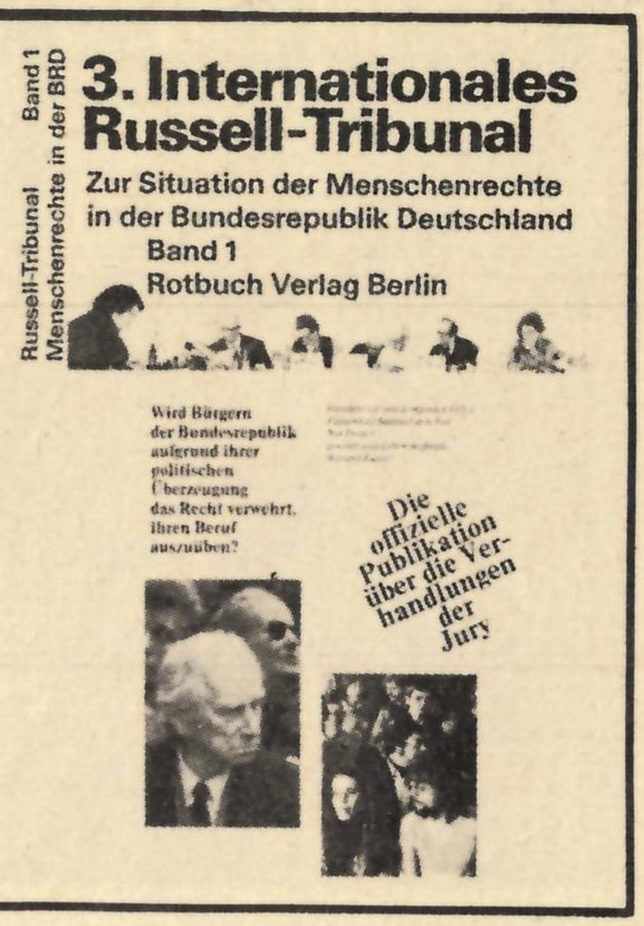
Es ist schon schön, eine freie Presse zu haben.

RUSSELL TRIBUNAL • MATERIALIEN

Das Buch über die erste Sitzungsperiode

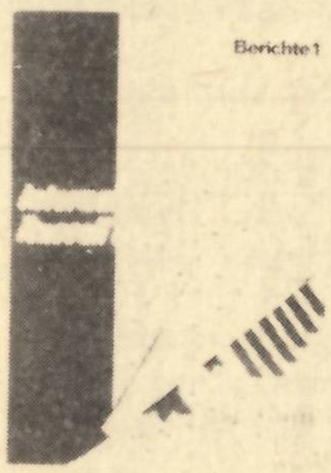
Internationales Russell Tribunal
Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland
Materialien, Protokolle und Ergebnisse der ersten Sitzungsperiode.
Aus dem Inhalt:
Analysen und Diskussionen zu Berufsverboten gegen Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte, Angestellte und Arbeiter.
Gutachten von Erich Kuby, Jurgen Seifert, Ulrich K. Preuß, Matthias Zieger, Peter Schneider, Bernhard Floßdorf und Wilfried Gottschalch.
Rotbuch 185
192 Seiten DM 8.–

Die offizielle Publikation über die Verhandlungen der Jury



Berichte. Herausgegeben vom deutschen Beirat & Sekretariat

Berichte 1 enthalten Informationen über die Bertrand Russell Peace Foundation und die bisherigen Tribunale. Die Jury-Mitglieder werden in Kurzbiografien vorgestellt. Im Anhang sind die Menschenrechtsvereinbarungen abgedruckt, die Grundlage des Tribunals sind.
112 Seiten „kirschkern" Verlag DM 6.-

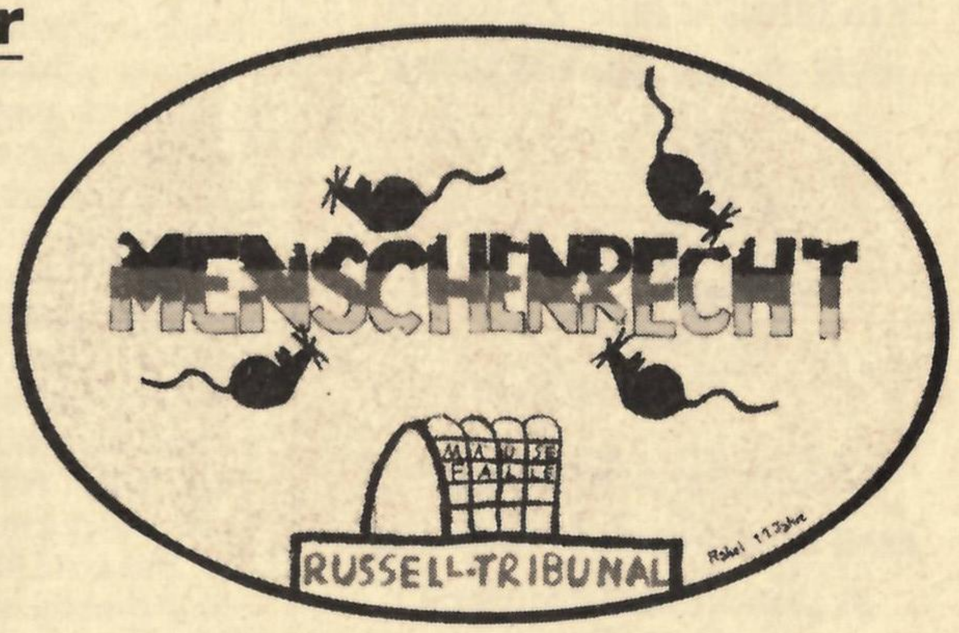


Berichte 2 antworten auf die Angriffe und Einwände gegen das Tribunal. Warum ist ein Tribunal notwendig und was kann es erreichen? Eine Chronik berichtet von einem Jahr Vorbereitung. Mit zahlreichen (Presse-)Dokumenten werden die unterschiedlichen Reaktionen auf das Tribunal belegt.
120 Seiten „kirschkern" Verlag DM 6.–

Ansteckknopf

Der Ansteckknopf ist dreifarbig und hat einen Durchmesser von 5.5 cm.
Stück 1.–

Aufkleber



Die Aufkleber sind dreifarbige Siebdrucke auf PVC. Erhältlich in den Größen

klein (8 cm)	-.50
mittel (17 cm)	1.–
groß (33 cm)	3.50

RUSSELL TRIBUNAL • MATERIALIEN

Erhältlich im Buchhandel.

Oder portofrei per Vorauskasse vom „kirschkern" Buchversand, Schlüterstr. 28, 1000 Berlin 12. Postscheckkonto 410561-101 Bln/W.

140 Seiten. DM 14,80

Mein Land: das ist unser Land Ende der Siebziger Jahre, eine Gegend, in der der Oktober die herrschende Jahreszeit und kein Schritt vorwärts in die rechte Richtung ein Schritt zu viel ist. Nie bleibt der Beifall aus; auch Kopfnicken zählt. Die Geschichten, die Ludwig Fels dazu schreibt, handeln von der alltäglichen Gewalt und dem Wohlwollen, das sie für uns übrig hat.

Klaus Roehler
Ein Blick in die Zukunft jetzt gleich, im Oktober

Fünf Geschichten und eine Nacherzählung in Übereinstimmung mit dem Gesetz zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens

Luchterhand

96 Seiten. DM 12,80

Fabelhafte Geschichten über den Zustand der Bourgeoisie, ihre Arroganz und Unempfindlichkeit, über die täglichen Zumutungen und die Selbstverständlichkeit, mit der sie über uns herfallen.

luchterhand

Die alternative Alternative

In Westberlin und Frankfurt werden zwei linke Tageszeitungen geplant - einmal spontan, einmal professionell. Nicolas Pataky stellt die Projekte vor

Peter sagt: »Da ist etwas behauptet worden...«, und Rolf fällt ihm ins Wort: »Ja, und das muß jetzt enthauptet werden«.

Alle lachen, so richtig frei und lang. Und dann wird weiter drauflos behauptet und »enthauptet«, frisch, munter und vor allem alternativ.

Doch zwanzig Minuten später steht Rolf auf und geht.

»Bist du jetzt sauer?«, ruft ihm einer nach.

»Nein, ich finds nur wahnsinnig.«

Ort der Handlung: eine Hamburger Inititativ-Gruppe, die sich jede Woche einmal zusammensetzt und debattiert. Einziges Thema: Wie man in der Bundesrepublik eine überregionale, linke Tageszeitung macht. Seit einem halben Jahr. Seit einem halben Jahr ohne Ergebnis.

Ich muß zugeben, ich habe bei den letzten Diskussionen auch meinen Teil zur Verwirrung beigetragen: Ich habe das Wort Sozialismus gebraucht. Nach einigen Stunden wurde es abgelehnt. Es sei eine »leere Formel«, »dann schon lieber Anarchie«, »lieber etwas Konkretes«, »eine Zeitung kann nicht den Sozialismus aufbauen...«

Die Verwirrung dauert an, während die Bundesrepublik auf ihre linke Tageszeitung wartet. Denn unter den Linken, die nicht gerade im Urlaub sind, ist das Thema Tageszeitung ein vieldiskutiertes Thema. Bitter nötig, längst fällig - und jetzt, das erste Mal in der Geschichte, vielleicht sogar möglich.

Das erste Mal, weil es so etwas in der Bundesrepublik noch nie gab. Auch das Institut für Zeitungsforschung in Dortmund kann sich an keine überregionale Tageszeitung erinnern, »die links gewesen sein sollte« und an keine Partei gebunden war.

Die Franzosen haben die »Liberation«, die Italiener haben die »Lotta Continua« und die Holländer haben gleich vier überregionale Tageszeitungen, die linker sind als der bundesdeutsche Strohhalm der Linken, die »Frankfurter Rundschau«.

Bei uns gibt es zwar lokale Alternativ-Blätter, aber es fehlt die überregionale Dimension. In jeder Hinsicht.

Denn es ist mit Sicherheit eine der Ursachen der hoffnungslosen Zersplitterung der Linken, daß sie keine Kommunikationsebene haben, die eine überregionale Tageszeitung bedeuten könnte. Auf der anderen Seite wird die Krise der Marktwirtschaft, verschärft durch die elektronische Revolution und die Umweltkrise, immer sichtbarer, und die damit zusammenhängenden Repressionen und Demütigungen werden immer spürbarer. Die Zahl der Kreislaufkrankheiten (mit tödlichem Ausgang) und der psychischen Erkrankungen nimmt zu, die Freiheitsräume werden eingeschränkt, die Gesinnungsschnüffelei wird bis auf Schüler ausgedehnt, der kritische Geist wird immer mehr eingeschüchtert, bis er gar nicht mehr oder nur noch strafbar stattfindet.

Eine Kraft, die sich dagegenstemmt, gibt es nur in Form von tausend zerstrittenen Mäusen, die eine konzentriert angreifende Elefantenherde bekämpfen wollen. Eine Mobilisierung der Öffentlichkeit, beziehungsweise Schaffung einer Gegenöffentlichkeit findet nicht statt.

Nun soll das anders werden. Und da es sich um die deutsche Linke handelt, gibt es nicht einen, sondern gleich zwei Versuche, den aufhaltsamen Vormarsch der rechten Elefanten zu bremsen:

Noch in diesem September sollen die Nullnummern von zwei überregionalen, linken Tageszeitungen der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Initiatoren sind einmal die Gruppe um den Berliner Extra-Dienst mit dem Zeitungs-Titel »Die Neue«, und zum anderen eine sehr breite und sehr lose Bewegung der »undogmatischen Linken« mit einem Kern um den Berliner Rechtsanwalt Ströbele, bis jetzt ohne endgültigen Titel.

Denn die Hamburger Gruppe ist (zum Glück) nicht die einzige Säule, die die spätere Tageszeitung tragen soll. Gegenwärtig diskutieren etwa 20 Gruppen in den verschiedenen Städten der Bundesrepublik. Die aktivsten und effektivsten sind die West-Berliner und Frankfurter.

Ströbele ist im Urlaub, aber Max, Klaus-Dieter und Bernd, ein Buchhändler, ein Politologe und ein Student (nach Familiennamen fragt man nicht), stehen zu einem Gespräch in einem Kreuzberger Café in Berlin zur Verfügung.

Die Idee zur Gründung einer linken, überregionalen Tageszeitung wurde im Frankfurter ID-Kollektiv (Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten) und in Berlin schon seit längerer Zeit ventiliert. Das erste Mal konkretisiert wurde die Idee jedoch Januar 1978 auf dem Berliner Tunix-Kongreß.

Stimmt es, was in einem Artikel der dju-Zeitschrift »Feder« angeklungen ist, daß eine ganze Reihe von entscheidenden Fragen, wie zum Beispiel Druckort, Satz, Vertrieb,

Die Alternative:

Zeitungsgründer Guggomos, Blindmuster der »Neuen«: »In den letzten zwei Stunden muß Diktatur herrschen«

Umfang, Redaktion und Ressorts, Redaktionskonzept, Personelles, politische Haltung, noch ungeklärt sind?

Das stimmt, sagen Max und seine Freunde, nicht mehr. Bis auf den Namen sei so gut wie alles geklärt - in einem 3-Stufenplan. In der ersten Stufe soll eine Zentralredaktion in Frankfurt die Zeitung machen. Der Standort Frankfurt eignet sich aus praktischen Gründen besser als Berlin. Der Zentralredaktion werden erst einmal fünf bis sieben regionale Anlaufstellen zuarbeiten, die selbst mit Texterfassungsgeräten ausgerüstet sein sollen. Über endgültige Fassung, Kürzung und Erscheinen der durchgegebenen Texte wird jedoch in Frankfurt entschieden. Gedruckt wird in Frankfurt im Lohndruck, vertrieben wird über Post und am Kiosk. In dieser Phase sollen bereits 60 bis 70 Leute in der Frankfurter Zentrale arbeiten, deren Lebensunterhalt die Zeitung tragen soll. Zu der Kernmannschaft kommt eine ganze Schar von Informanten und Schreibern: etwa 150 - 200 freie Leute; rund 20 Komitees, deren Mitglieder zwar überall zerstreut sitzen, aber jeweils auf einem Gebiet der Innen- oder Außenpolitik eingearbeitet sind und zusammenarbeiten; Bürgerinitiativen und verschiedene Basisgruppen, wie zum Beispiel Frauen oder Knast; Redakteure, die zwar bei ihren Zeitungen bleiben, aber hin und wieder auch Beiträge (evt. unter Pseudonym) der Zeitung liefern; schließlich etwa 1000 Personen aus verschiedenen Initiativen und Gewerkschaften, die für einen ständigen Informationsfluß aus diesen Kreisen sorgen. Darüber hinaus die gängigen Agenturen, aber auch Agenturen aus der Dritten Welt.

Die zweite Stufe, vielleicht in fünf Jahren, sieht die Bildung von regionalen Teilen im Innern der Zeitung vor, die dann vollständig in den regionalen Redaktionen gemacht und, wenn es um Berlin geht, auch dort gedruckt werden.

Die dritte Stufe, vielleicht in zehn Jahren, ist ein bißchen die Umkehrung der ersten. Es soll mehrere Regionalzeitungen mit einem überregionalen Teil geben, der von Frankfurt aus durchgegeben wird. Diese Zeitungen werden dezentral, in den Regionen, ge-

druckt. Dezentralisierung ist überhaupt die Devise. Deshalb ist wahrscheinlich mit einigen Widerständen aus den regionalen Gruppen gegen die »Machtstellung« der Frankfurter Zentralredaktion in der Anfangsphase zu rechnen. Denn in den Kreisen der schwer-definierbaren undogmatischen Linken, in denen neben Anarchisten und Alternativisten vor allem Spontis den Ton angeben, herrscht Mißtrauen gegen alles, was Macht und Autorität bedeuten könnte. Es ist manchmal eine fast panische Angst, daß das, was sie kaputt gemacht hat und immer noch kaputt macht, nämlich die autoritären, repressiven Mechanismen, auch in das hineinrutschen könnte, was sie gerade planen, in »ihre« Zeitung: »Denn wenn du einmal das Ding umhast, dann ist der Arsch ab.« Am liebsten würden sie jeden einzelnen Leser am Entstehen der Zeitung beteiligen.

Keine Blume beißt den Gärtner

So soll auch die Nullnummer zwar fast total demokratisch, aber doch immerhin gemacht werden. Stichtag ist Montag, der 18. September. Am 19. September können die regionalen Gruppen eine Frankfurter Nummer anrufen und sich für eine telefonische Schaltkonferenz anmelden. (Auf Anmeldung schaltet die Post die gewünschten Nummern alle zusammen). Nach der Schaltkonferenz gibt es noch eine dreitägige Redaktionskonferenz in Frankfurt, zu der die »Regionalen« anreisen müssen: Freitag, Samstag und Sonntag. Und Montag, eine Woche nach dem Stichtag, erscheint die Nullnummer, die dann öffentlich diskutiert werden soll. Vorgesehen ist eine Titelseite mit Inhaltsangabe und Fotos, vier Seiten Innenpolitik, drei Seiten internationale Politik, zwei Seiten Reportagen, eine Seite Zuschriften und eine Seite kulturelle Information, insgesamt also zwölf Seiten, aus denen später 16 werden sollen.

Aus diesen 16 Seiten wollen die undogmatischen Linken neben Informationen (auch Sport) einem breiten Spektrum von linken Kräften die Möglichkeit bieten, sich zu artikulieren, damit »eine Ebene des Aufeinander-Eingehens« geschaffen wird. Bei aller theoretischer Diskussion sollen auch die »kleinen« Ereignisse des Alltags ein großes Gewicht haben.

Feuilleton wollen die undogmatischen Linken nicht. »Wir wollen aber durchaus«, meint Max, »daß Literaten für uns schreiben«. Allerdings über Themen, die eine möglichst aktuelle politische Relevanz haben. Zum Beispiel, »wenn ein Literat über Gorleben schreibt, dann ist das anders, als wenn ein Reporter einen Bericht darüber verfaßt«.

Wovon das alles finanziert werden soll? In erster Linie aus Vorausabos. Es laufen bereits täglich 30-50 auf ein Sperrkonto ein. Doch das reicht nicht, »wir brauchen etwa 20 000 Vorausabos, um starten zu können«.

Der Rest, zum Beispiel die laufenden Kosten für die Vorbereitung, soll aus Spenden und Kommandit-Einlagen aufgebracht werden. Im Herbst wird eine GmbH und Co KG gegründet.

Nach dem Sponti-Projekt wirkt die Begegnung mit dem Projekt »Die Neue« um den Berliner Extra-Dienst wie ein Spaziergang aus einem Dschungel voller Farben, Fruchtbarkeit, aber auch undurchdringlichen Dickichts in einen einigermaßen gepflegten Garten, in dem keine Blume den Gärtner in den Arsch beißen will.

1966, als die große Koalition drohte, bedrängte eine kleine Gruppe von Journalisten den Spiegel-Chef Augstein, eine linke Tageszeitung in Berlin zu machen. Augstein ließ sich breitschlagen, die Tageszeitung »Heute« wurde gegründet, die Mannschaft, darunter Martin Buchholz, Hermann L. Gremliza und Carl L. Guggomos, begann zu arbeiten. Nach drei Nullnummern jedoch sah Augstein zu rot und stoppte das Unternehmen. Immerhin: Er bezahlte die Leute noch mindestens für ein halbes Jahr und schenkte ihnen das Mobiliar samt Schreibmaschinen.

Nun saßen die Leute da, sie hatten Geld für einige Monate, ein Büro und linkes Engagement. Raus kam dabei das »Berliner Extra Blatt«, das etwa drei Monate lang als Wochenzeitung erschien, bis dann am 20. Mai 1967 der zweimal wöchentlich erscheinende »Extra-Dienst« startete, der sich über elf Apo- und Nach-Apo-Jahre als zuverlässige und konsequente Informationsquelle für politisch arbeitende Linke erwies. Von ihm wurden nicht nur Losungen und Ausdrücke geprägt wie »Enteignet Springer« und »Prügelperser«, der Extra-Dienst brachte immer wieder von den bürgerlichen Medien unterdrückte Informationen und deckte so manchen Skandal auf. Als letztes den neuen »Contergan-Skandal« um das Medikament Duogynon der Schering AG.

Doch, sagt Guggomos, der eigentliche Plan war schon damals, sobald wie möglich eine linke überregionale Tageszeitung zu machen. Nun scheint es möglich geworden zu sein. Denn in den elf Jahren Existenz des Extra-Dienst hat sich manches heranentwickelt, was man in eine Tageszeitung gut einbringen kann. Dazu gehört eine starke redaktionelle Mannschaft, die bei »Der Neuen« auf zehn Mann erweitert wird - alles Profis mit meist langjährigen Redaktions-Erfahrungen. (Ein Umzug samt Druckerei in größere Räumlichkeiten ist bald fällig). Dazu gehört eine eigene Druckerei, die Geld bringt, und für die Tageszeitung etwas Luft verschafft. Und dazu gehört know-how und Informationssystem des »Dritte Welt Magazins« in Bonn, das neben »Extra-Dienst« und den Kommanditisten der dritte Träger des Projektes sein wird.

1,4 neue Quadratmeter

Die Rechtsform ist auch hier eine GmbH und Co KG, die Finanzierung sieht so aus: Bis zum Ende dieses Jahres wird mit Vorbereitungskosten von etwa DM 800 000 gerechnet. 25 Prozent kommen aus dem Berlin-Förderungsgesetz, der Rest wird von den drei Partnern getragen, wobei sich die Redakteure des »Extra-Dienst« bis an die Grenze ihrer finanziellen Möglichkeiten verschulden wollen. Für die Lebensfähigkeit »Der Neuen« sind 20 000 Vorausabos nötig. Goggomos rechnet außerdem für den Anfang mit 5 000 Stück Freiverkauf pro Tag und bis zu 17 000 Mark Anzeigen im Monat. Daß die gegenwärtigen 7 000 Abonnenten des Extra-Dienst auch »Die Neue« abonnieren werden, hält er für so gut wie sicher.

Auch »Die Neue« erscheint mit einer Nullnummer Mitte September, das erste Layout-Dummy ist bereits zu sehen. Es ist ein 70 x 100 cm großer Bogen, beidseitig bedruckt, der auf ein Format von 35 x 35 cm

Realistisch & durchdacht

Wesentlich realistischer und durchdachter dagegen das Projekt der Redaktion vom »berliner EXTRA-dienst«..Die redaktionelle Grundhaltung soll, wie bisher, durch das Ensemble der Redakteure formuliert und geprägt werden, jedoch noch »linkspluralistischer« und offener sein, als es der ED eingestandenermaßen ist. Zielgruppen für »Die Neue« sind prinzipiell alle »politisch Interessierten« ohne bestimmten Sozialstatus, deren Orientierung primär etwa den sozial-liberalen Vorstellungen von 1969 entspricht. Gewerkschafter und den Gewerkschaften nahestehende Leser werden dabei besonders ins Auge gefaßt. In jedem Fall soll der Charakter eines »Szene-Blattes« streng vermieden werden, wie er in der Tendenz bei dem anderen Projekt nicht ganz auszuschließen ist. Als grobe Vorbilder gelten eher die Kopenhagener »Information«, die Amsterdamer »Volkskrant« oder der klassische »Guardian« (die beiden letzten ihrer bürgerlichen Elemente entkleidet). Viele Überlegungen beim ED galten der Auswahl des Stoffes und den Präsentationsformen, Maßstab ist dabei ein professioneller, auf dem Tageszeitungsmarkt konkurrenzfähiger Ansatz.

Aus: »die feder«, herausgegeben vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier

Mitbestimmen werden nur die Redakteure, was in der Zeitung steht, was gedruckt und verbreitet wird. Zwar will man noch offener und linkspluralistischer sein als bisher, aber die Grundhaltung ist eindeutig die Summe der Meinungen der Mitarbeiter, und die ist links. Und da dürfte bei Erfolg die Wirkung auf andere Zeitungen auch erheblich sein, denn die »Neue« wäre dann die erste deutsche Tageszeitung, die völlig in den Händen der Macher liegt und nicht irgendwelcher Geldgeber. Die Redaktionsstatutebewegung im Zeitungsgewerbe könnte hier einen wichtigen Bündnispartner gewinnen. Ein frischer Wind aus Berlin täte dem Pressewald nicht schlecht, vielleicht hilft er, manch muffigen, konservativen Zug zu stoppen, manchem Kollegen mehr Mut zur Auseinandersetzung im eigenen Haus zu machen. Wer aber gut informiert sein will, der wird im nächsten Jahr um die »Neue« wohl kaum herumkommen, die Qualität des derzeitigen Extradienstes läßt solche Prognose als wahrscheinlich erscheinen.

Johannes Kaiser im Norddeutschen Rundfunk

zusammengefaltet wird. Man kann also von sechs Seiten ausgehen, 70 x 35 cm je Seite.

Im Unterschied zu der Zeitung der undogmatischen Linken wollen die »Extra-Dienst»-Leute streng professionell arbeiten und überwiegend Nachrichten bringen. Natürlich in den richtigen Zusammenhang gestellt, der die Interdependenz zwischen individueller Existenz und gesellschaftlichem Geschehen vermittelt. Nachrichten immer mit Quellenangabe, denn »Quellen sind Meinungen«. Diese Quellen sind die gängigen Presseagenturen, das sehr gut funktionierende Informationsnetz des »Dritte Welt Magazins« mit Agenturen und linken politischen Persönlichkeiten aus der Dritten Welt, 20 feste freie Mitarbeiter und, auch hier, eine Reihe von Gruppen, Frauen, Schülern, usw., für die täglich eine Seite als Diskussionsforum zur Verfügung steht. Diese Diskussionen sollen sich jedoch auf aktuelle Themen beziehen, die eine überregionale politische Relevanz haben. Theorie-Diskussionen will Guggomos eher den Zeitschriften überlassen.

Wohlwollen der IG Druck

»Bewußtseinsveränderung beginnt mit Information«, und da will »Die Neue« einsetzen, damit Gruppen, »die ähnliche Interessen vertreten, auch miteinander reden können und eventuell auch bündnisfähig werden«. Guggomos baut sehr stark auf die Gewerkschaften. Zwar sieht er auch, daß die Berufsverbote, die inoffizielle, aber oft spürbare Zensur, die Atmosphäre der Gesinnungsschnüffelei, alles unter den Augen der Gewerkschaften entstand. Doch gegen die These, daß die deutschen Gewerkschaften eine rein ökonomische Interessengemeinschaft sind, die systemerhaltend wirkt, läßt Guggomos gelten, daß die Zuspitzung der kapitalistischen Krise auch bei den Gewerkschaften »etwas in Gang gesetzt« hat, nämlich die Einsicht, daß man »sich nicht arrangieren kann, sondern daß man kämpfen muß«. »Die Neue« will auch unter den Einzelgewerkschaften Kommunikation schaffen, die es bis jetzt so gut wie gar nicht gab. Denn Kommunikation »führt zu Solidarisierung, und Solidarisierung erhöht die Kampfkraft«. Und es scheint, daß dieses Angebot angenommen werden wird - ein Indiz hierfür mag die wohlwollende Haltung sein, die die Stuttgarter IG-Druck-Zentrale gegenüber der »Neuen« heute schon einnimmt.

Eine Tageszeitung also mit radikaldemokratischer, sozialistischer Grundtendenz, die neben einer Lokalzeitung eine vollwertige, überregionale Tageszeitung abgibt (montags sind auch die Lottozahlen und Sport drin), es sei denn, man will Feuilleton lesen. Demokratisch auch nach innen. Denn es wird zwar einen Redaktionsleiter geben, höchstwahrscheinlich Guggomos (»In den letzten zwei Stunden muß in der Redaktion Diktatur herrschen«), aber eine kollegiale Führung und Arbeit ist sicher. Außer den täglichen Redaktionskonferenzen wird es auch eine wöchentliche Konferenz mit Teilnahme der freien Mitarbeiter geben. Außer der »Zwei-Stunden-Diktatur« würde sich die Mannschaft auch wohl keiner anderen beugen: »Wir sind alle verschiedenen Parteien und bürgerlichen Zeitungen entkommen und denken gar nicht daran, uns da wieder hineinzubegeben.«

Wahrheit ist das Ziel

Über ein drittes Zeitungs-Projekt ist zu berichten: keine Tageszeitung, sondern eine regionale Arbeiterzeitung für das Ruhrgebiet, die ab Oktober zunächst 14tägig erscheinende »REVIER-Zeitung«. Initiator ist der Bochumer Professor Siegfried Jäger. Hier ein Auszug aus einem Gespräch zwischen Jäger und Martin Walser über sein Projekt

Jäger: Sie haben unsere Begründung, weshalb wir eine Arbeiterzeitung machen wollen, gelesen. Hat Sie diese Begründung überzeugt?
Walser: Ja.
Jäger: Es handelt sich nicht um eine Parteizeitung oder um eine weitere alternative Stadtzeitung. Wir wollen Arbeiter und ihre Familien ansprechen. Halten Sie diese Vorgehensweise für politisch richtig und wenn ja / nein, weshalb?
Walser: Ja. Vorausgesetzt, es gelinge Ihnen / uns, die Zeitung so groß werden zu lassen, daß der Leser (den ich als Arbeiter *und* Kleinbürger sehe) die Zeitung mit Selbstbewußtsein und gern als *seine* Zeitung anerkennt und sie deshalb auch als seinen Anteil an der öffentlichen Meinung sieht, was wieder zurückwirkt auf sein Bewußtsein.
Jäger: Damit haben wir noch nichts über die politische Stoßrichtung der Artikel und Beiträge gesagt. Sie zielt natürlich generell auf Veränderung der Gesellschaft. Kann Ihres Erachtens eine Zeitung dazu einen Beitrag leisten?
Walser: Das ist ja gar keine Frage. Wenn in einer groß gemachten, gut gemachten Zeitung der eigene Standpunkt nicht immer nur geduldet oder verfälscht oder unterdrückt erscheint, sondern so ausgearbeitet, daß mir mein Standpunkt und mein Interesse noch deutlicher, vertretbarer, notwendiger, politisch anwendbarer entgegentreten, dann kann das, muß das praktische Wirkungen haben.
Jäger: Die Arbeiterschaft ist auch heute noch, trotz gewisser Anzeichen für eine allmähliche Änderung, mit den bestehenden Verhältnissen im Grunde zufrieden. Das heißt aber nicht, daß sie diese Verhältnisse bejaht, sondern eher, daß sie nicht daran glaubt, sie könnten sich verbessern. So haben repräsentative Umfragen ergeben, daß die Mehrzahl der Arbeiter die Soziale Marktwirtschaft gutheißt, die sozialen Folgen für sie selbst aber ablehnt. Man könnte solche Widersprüche als Anzeichen eines ambivalenten Klassenbewußtseins auffassen, eines Bewußtseins, dem die tatsächlichen Zusammenhänge in kapitalistischer Gesellschaft nicht durchsichtig geworden sind. Könnte eine Arbeiterzeitung dazu beitragen, die Verhältnisse durchschaubarer zu machen? Wenn ja, wie müßte dabei vorgegangen werden?
Walser: Realistisch. Überhaupt nicht parteilich. So unparteiisch als möglich. Keine Vorentschiedenheiten gelten lassen. Alle Erscheinungen, Nachrichten, Ereignisse haben doch einen sachlichen Anlaß. Diesem Anlaß treu bleiben. Wenn unsere Hoffnung, daß Demokratie nur durch Sozialismus möglich ist, rechtens besteht, müssen uns die sachlichsten Darstellungen der Sachen immer wieder rechtgeben. Wenn mich meine historischen Erinnerungen nicht täuschen, haben die bürgerlichen Intellektuellen, in den Zeiten, in denen das Bürgertum die fortschrittlichste Klasse war, sich nichts vorgenommen als die Wahrheit. Trotz aller philosophischen Relativierungen ist das, gerade in einer Zeitung, immer noch ein einzigartiges, unübertreffliches Ziel.

Informationen über die »REVIER-Zeitung« gibt es bei der Arbeitsgemeinschaft Ruhr, Siegstr. 15, 4100 Duisburg 1, Tel. 0203/340083.

Was rechts ist, muß Recht bleiben

Aus dem Kleinkriegs-Tagebuch der westdeutschen Justiz / Von Stefan Aust

Edward VIII, zum britischen König gekrönt im Januar 1936, mußte im Dezember 36 abdanken, weil er sich gegen die Moral des Reiches vergangen hatte. Hinfort mußte der Monarch sein Leben als Herzog von Windsor fristen. Grund für den Rausschmiß seiner Königlichen Hoheit: er wollte eine geschiedene Frau heiraten, die Amerikanerin Mrs. Wallis W. Simpson.

Seine bürgerliche Parallele fand der Fall vor drei Monaten auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik.

Eine Kindergärtnerin aus dem Saarland hatte einen geschiedenen Mann geheiratet. Das gefiel ihrem Arbeitgeber ganz und gar nicht. Die katholische Kirchengemeinde als Trägerin des Kindergartens feuerte die Frischgetraute. Die Kindergärtnerin bemühte die Gerichte. Das Verfahren zog sich hin bis zum Bundesarbeitsgericht in Kassel. Und das fällte am 27. April 1978 ein denkwürdiges Urteil: die Klage wurde abgewiesen. Das Bundesarbeitsgericht bezeichnete die Kündigung als berechtigt und sozial gerechtfertigt und ging in seiner Begründung davon aus, daß in einem konfessionell orientierten Kindergarten eine besondere Erziehungsaufgabe bestehe. Eine dort beschäftigte Kindergärtnerin könne nur dann glaubwürdig wirken, wenn sie sich selbst den wesentlichen Grundsätzen der katholischen Glaubenslehre verpflichtet fühle und sich danach verhalte.

Man darf gespannt sein, wie das Bundesarbeitsgericht entscheidet, wenn eine katholische Kindergärtnerin vielleicht einmal deswegen rausgeworfen wird, weil sie entgegen päpstlicher Weisung die Pille nimmt. Eine vatikanische Variante des Berufsverbotes, abgesegnet von der Justiz?

Was sich deutsche Richter in letzter Zeit zurecht richten, hat die Grenzen zur Satire überschritten.

Gezeichnet: Richter Unglaub

Da gibt es den Fall des Berliner Künstlers Ernst Volland. Er hatte ein Plakat hergestellt. Gekrönt von einem Bundesadler heißt es dort: »Öffentlicher Dienst. Wir stellen ein: Fähige Radfahrer, Schleimer, Duckmäuser, Schnüffler, Kriecher. Aktion sauberer Staat (SS). Die Kultusminister der Länder.«

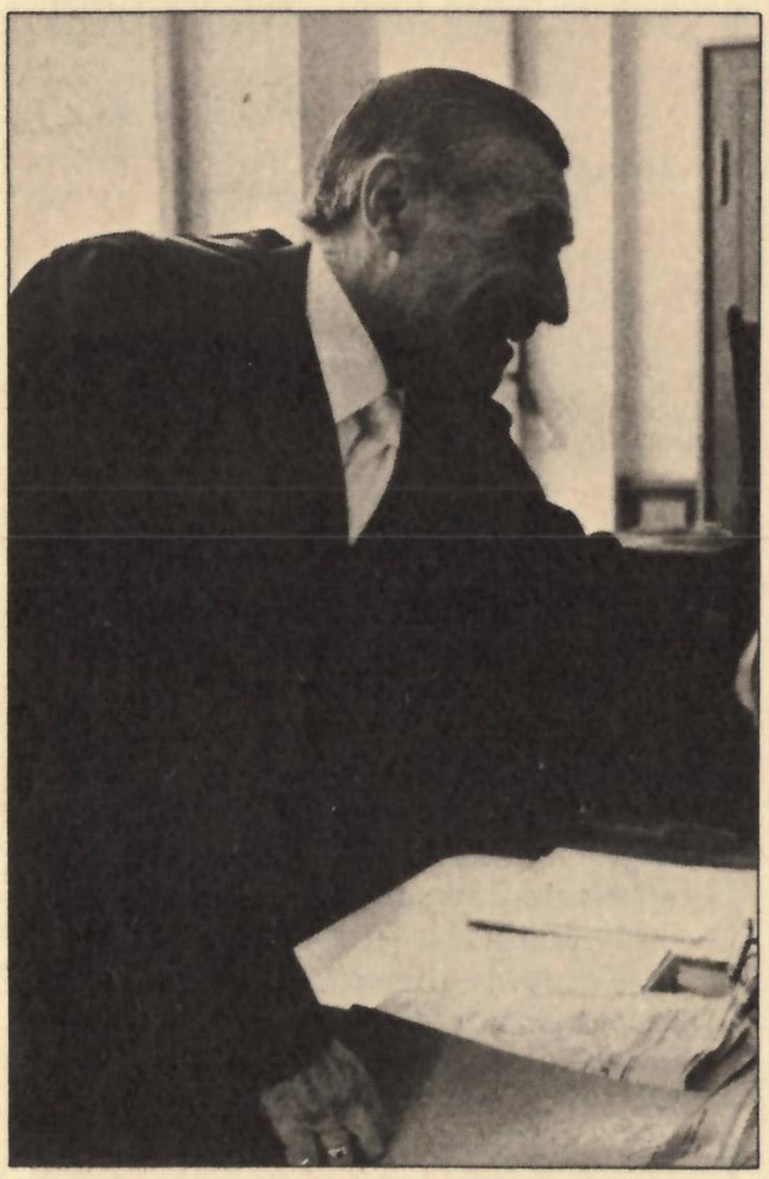
Als drei Schüler, Mitglieder der »Falken« im bayrischen Hof, dieses »Inserat« im vergangenen Oktober auf Flugblättern veröffentlichten, wurde die Staatsmacht aktiv. Die Wohnung, die beteiligten Personen, die Autos und die Besitztümer der Beschuldigten wurden durchsucht, und Druckunterlagen sowie die restlichen Flugblätter vorübergehend »sichergestellt«.

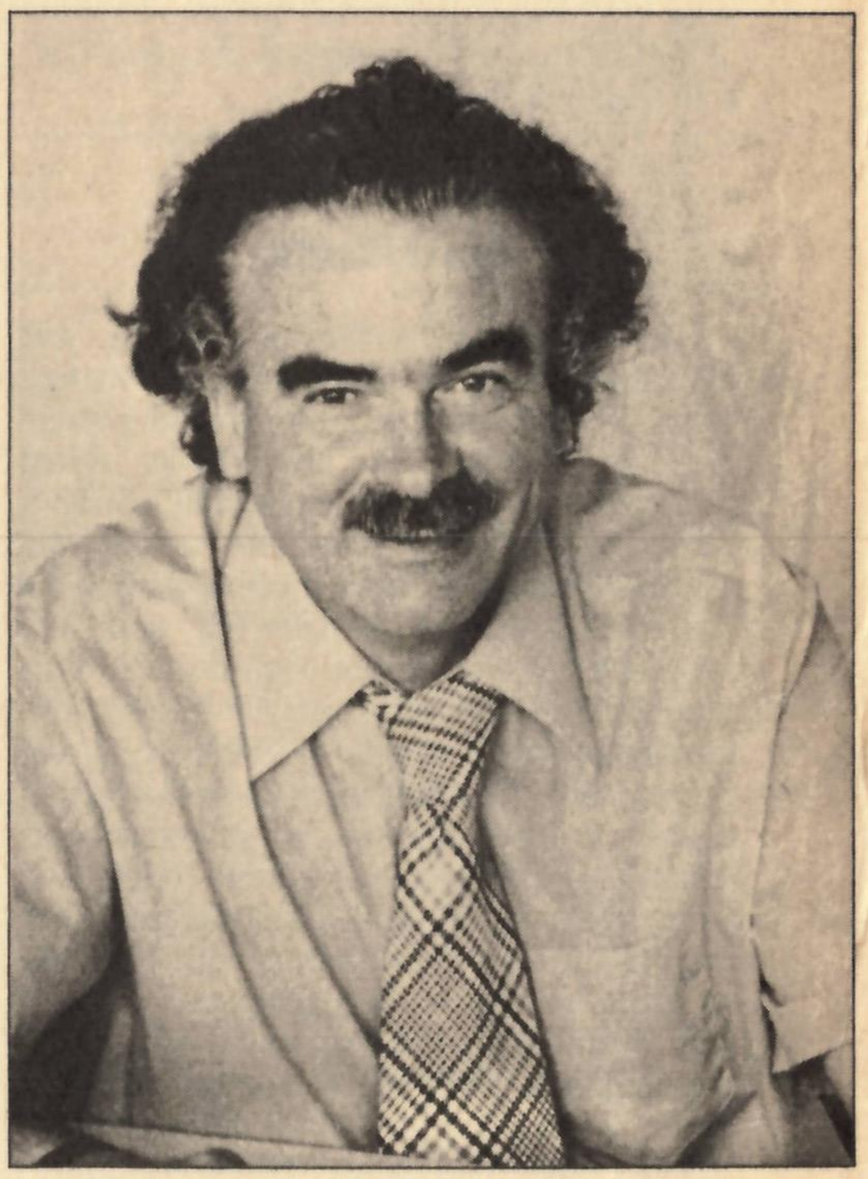
Das Amtsgericht Hof in einem Beschluß zur Sache: »Das Flugblatt stellt sich als eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung von verfassungsmäßigen Organen der Bundesländer dar, strafbar als ein Vergehen der Verunglimpfung des Staates...« gezeichnet: Unglaub, Richter am Amtsgericht.

Unglaub-lich?

Der Fall hat jetzt seine Fortsetzung in Berlin erhalten. Im April erhielt Ernst Volland vom Polizeipräsidenten ein Schreiben, in dem ihm die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens mitgeteilt wird: »Art der Ordnungswidrigkeit: Sie haben auf Flugblättern (Plakaten), die von Ihnen verfaßt und hergestellt wurden, unbefugt den Bundesadler abgedruckt«.

Vermutlich wird es demnächst eine Behörde geben, die die Genehmigung zur Abbildung des Bundesadlers erteilt oder versagt, je nachdem.





Rechtswahrer Augstein, Richter Vultejus: Darf ein Gewerkschafter Richter sein?

In einem weiteren Verfahren zu diesem staatsbewegenden Flugblatt, diesmal in Düsseldorf, wurde vom Gericht gar ein ausgewachsener Sachverständiger im Professorenrang bemüht, um festzustellen, ob es sich bei dem Plakat um Satire oder nicht Satire handle. Der Berufene, Prof. Lützeler aus Bonn, bekundete dann auch wunschgemäß, daß dies keine Karikatur, sondern mehr oder weniger eine Unverschämtheit sei.

Und da wundere sich noch jemand über die Überlastung unserer Gerichte.

Wo wir gerade bei Gutachtern sind: Vor einem Schöffengericht in Frankfurt wurde im April dieses Jahres der Prozeß um einen tödlich verlaufenen ärztlichen Kunstfehler geführt. Auf seiten des Klägers sollte der als kritischer Chirurg bekannt gewordene Julius Hackethal aussagen. Vor der Hauptversammlung gab Hackethal ein Rundfunkinterview. Das reichte dem Richter, den unbequemen Gutachter abzulehnen: Hackethal könne bei dem angeklagten Arzt den Eindruck mangelnder Neutralität aufkommen lassen.

Die Koalition der Halbgötter in Schwarz und der in Weiß funktionierte einmal mehr.

Wie es einem Richter ergehen kann, der sich nicht an diese Klassen-Solidarität hält, dokumentiert ein Fall aus Hildesheim. Richter Ulrich Vultejus eröffnete am 17. Mai 1976 das Hauptverfahren gegen einen Betriebsleiter, also den Top-Manager einer mittleren Firma. Die Anklage lautete auf Behinderung der Betriebsratswahl. Am Freitag, dem 4. Juni sollte die Verhandlung um 10.00 Uhr beginnen. Doch am 1. Juni bat der Angeklagte den Richter telefonisch um Verlegung des Termins, weil er auf Geschäfts- und später auf Urlaubsreise gehen wollte. Der Richter lehnte die kurzfristige Verschiebung des Termins ab. Doch der Angeklagte, ganz befehlsgewohnter Manager, blieb ungerührt. Am Tag vor der Verhandlung schickte er ein Telegramm und bat erneut um Terminverlegung. Der Richter lehnte wiederum ab und teilte dem Anwalt des Beklagten mit, dieser müsse bei Nichterscheinen mit einem Haftbefehl rechnen. Doch

»Vier Wochen Gefängnis - weil Justizbeamte schliefen«

auch das ließ den Manager kalt. Bei der Gerichtsverhandlung glänzte er durch Abwesenheit.

Daraufhin erließ Richter Vultejus auf Antrag des Staatsanwalts Haftbefehl. So wird es bei jedem Hühnerdieb gemacht, der trotz Ladung nicht vor Gericht erscheint. Doch mit Managern sollte ein deutscher Richter so nicht umspringen.

Der Anwalt des beklagten Managers (nebenbei: Josef Augstein), lehnte den Richter wegen Besorgnis der Befangenheit ab. Zitat aus seinem Schreiben: »Der Richter Vultejus ist (...) Funktionär der Gewerkschaft (Anm. d. Red.: der ÖTV). Darauf sind die gesamten Absonderlichkeiten des Verfahrens zurückzuführen«.

Prompt erklärte der Direktor des Amtsgerichts Hildesheim, Mitglied der CDU und des mit der ÖTV konkurrierenden Richterbundes, den Antrag für begründet. Richter Vultejus wurde wegen seiner Mitgliedschaft in der Gewerkschaft für befangen erklärt und aus dem Verfahren gegen den Betriebsleiter ausgeschlossen. Doch damit nicht genug.

In einem Interview mit der Zeitung der IG-Metall schilderte Vultejus den Vorgang aus seiner Sicht. Das wiederum brachte dem Richter ein förmliches Dienststrafverfahren ein, das mit einer Rüge endete.

Einem schlichten Maschinenschlosser ging es da ganz anders. Der 35jährige Edwin Häussler aus Pinneberg war wegen Trunkenheit und Fahrerflucht zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. In Raten von 200 Mark zahlte er die Strafe ordnungsgemäß ab und hob als Beleg die 10 Postabschnitte auf. Doch im Januar 77 verlangte das Amtsgericht plötzlich noch eine Rate, anderenfalls erfolge Einweisung in eine Haftanstalt.

Häussler schrieb dem Gericht, er habe alles gezahlt, man möge doch bitte in den Buchungsunterlagen nachsehen. Dann fuhr er auf Montage nach Süddeutschland. Bei seiner Rückkehr wurde er verhaftet. Erst nach 4 Wochen Gefängnis klärte sich der Irrtum auf: die letzte Rate war anstatt auf Edwin Häussler auf einen gewissen Otto Häussler verbucht worden.

Der Anwalt des Schlossers reichte Dienstaufsichtsbeschwerde beim Oberlandesgericht Schleswig ein. Die Antwort: »Es ist zwar ein Fehler gemacht worden, aber nicht schuldhaft«.

Edwin Häussler hatte inzwischen seinen Arbeitsplatz verloren. Eine neue Stelle konnte er auch nicht so schnell wiederfinden, weil ihm kein Chef die Geschichte glauben wollte.

»Sie hassen unser Staatswesen«

Besonders rechts-staatlich geht es im Bereich der »politischen Justiz« zu. Es soll hier nicht über die »großen Fälle« berichtet werden. Nur ein paar typische Absurditäten am Rande.

So sollte der Strafgefangene und Schriftsteller Peter Paul Zahl eine Reihe von Büchern auf seine Zelle geschickt bekommen. Das zuständige Gericht monierte an einem Sammelband ausgerechnet den justizkritischen Aufsatz des früheren Generalstaatsanwaltes von Hessen, Fritz Bauer. An solche liberalen Traditionen im Nachkriegsdeutschland will man offenbar nicht so recht anknüpfen.

Im Falle Peter Paul Zahl leisteten sich die Behörden einen weiteren Höhepunkt. Um im Falle eines Hafturlaubs ein Auto benutzen zu können, stellte Zahl beim Straßenverkehrsamt Soest den Antrag, ihm für seinen verlorenen Führerschein einen neuen auszustellen. Die Antwort: »In dem Urteil des Landgerichts Düsseldorf ist festgestellt, daß Sie unser Staatswesen hassen. Sie setzten sich intolerant und rücksichtslos über alle geltenden, nach Ihrer Meinung unrichtigen Vorstellungen über ein gesellschaftliches und politisches Zusammenleben hinweg«. Und weiter: »Durch Ihr Verhalten muß die Verwaltungsbehörde geistig-charakterliche Mängel konstatieren. Daher ist die Fahrerlaubnis zu entziehen«.

Rechtsfindung im Hosenladen

Die Reihe der Absurditäten ließe sich beliebig fortsetzen, wobei sich die Zielrichtung merklich verschiebt. Immer stärker geraten nicht »nur« Angeklagte, sondern auch deren Anwälte ins Schußfeld. Schon die Verteidigung etwa von mutmaßlichen Terroristen reicht mancherorts aus, um Rechtsbeistände in den Geruch der Komplizenschaft zu bringen. Das fängt bei entwürdigenden Kleinigkeiten an. Im April dieses Jahres erklärte das Bundesverfassungsgericht den sogenannten Hosenladen-Erlaß für mit der Verfassung vereinbar. Seitdem haben Justizbeamte den Karlsruher Segen, wenn sie den Verteidigern zwecks Suche nach verbotenen Gegenständen in die Hose bzw. unter den Rock greifen.

Daß Verteidiger gefälligst einen Schlips zu tragen haben, ist bisher noch nicht vom höchsten Gericht befohlen worden. Wohl aber haben einzelne Kammern schon das Nichterscheinen eines Verteidigers registriert, wenn er - obwohl körperlich anwesend - ohne Krawatte aufzutreten versuchte.

Zeichnung: Seyfried

»Berufsverbot für Kritik an einem Richter«

»Führerschein-Entzug wegen Verfassungsfeindlichkeit«

Das ist kein Scherz, sondern Westberliner Realität.

Einmal traf es sogar einen deutschen Staatsanwalt. Das Oberlandesgericht Karlsruhe hielt den Rausschmiß eines Staatsanwalts, der in weißem Hemd und schwarzer Krawatte lediglich auf der Zuhörerbank eines Gerichtssaals gesessen hatte, für rechtens. Begründung: In solcher Bekleidung werde er seiner Aufgabe als Vorbild nicht gerecht. »Angesichts des Sittenverfalls auch in deutschen Gerichtssälen« müsse ein vorsitzender Richter mit Strenge darauf achten, daß insbesondere Amtspersonen sich vorbildlich und korrekt verhielten.

Natürlich darf der Staatsanwalt weiter Dienst tun. Bei Verteidigern dagegen reichen oftmals Kleinigkeiten aus, um sie aus Verfahren auszuschließen oder ihnen gar Berufsverbot zu erteilen.

Aus der Fülle der Fälle hier nur ein Beispiel: Der Assessor Dr. Heinz Düx aus Frankfurt hat sich folgendes zuschulden kommen lassen: In einem Prozeß verteidigte er eine Studentin, die beschuldigt wurde, bei einer Demonstration faustgroße Steine auf etwa 45 bis 50 Meter entfernte Polizeibeamte geworfen zu haben. Düx stellte den Beweisantrag, durch Experiment feststellen zu lassen, daß die Angeklagte rein körperlich gar nicht in der Lage gewesen wäre, die schweren Pflastersteine so weit zu werfen. Der Antrag wurde abgelehnt. Düx wiederholte ihn mehrfach,und jedesmal wurde er abgelehnt. Auf eine Bemerkung des Gerichtsvorsitzenden hin sagte Düx: »Ach, Herr Cappel, lassen Sie doch das altväterliche Gehabe.« Vorwurf gegen Düx: Er habe durch wiederholte unzulässige Beweisanträge die Durchführung des Verfahrens zu behindern versucht. Mit seinem zitierten Satz habe er überdies das Gericht verächtlich gemacht.

In einem anderen Verfahren wird Düx »unsachliches« und »arrogantes« Verhalten vorgeworfen. In einem weiteren Prozeß hatte Düx die Argumentation des Staatsanwaltes mit Sätzen aus dem Urteil eines Nazi-Sondergerichtes verglichen. Als Vertreter des Rechtsanwalts von Plottnitz beim Stammheimer Baader-Meinhof-Prozeß schließlich hatte er zu Richter Prinzing gesagt: »Sie stehen natürlich unter Erfolgszwang..., dieses Verfahren in bestimmter Weise durchzuführen.« Und weiter: »Ich komme hier auf die Idee, hier werden Tiere vorgeführt. Das ist ein Schauprozeß und mehr nicht.«

All dieses, und vor allem der letzte Punkt, reichten für ein Berufsverbot aus. Wohlgemerkt: Düx wollte nicht etwa in den öffentlichen Dienst - er wollte freipraktizierender Rechtsanwalt werden. Doch das verbot ihm am 6. April 1978 der Bundesgerichtshof: Düx habe sich als unwürdig erwiesen, den Beruf eines Rechtsanwaltes auszuüben.

Richter dagegen dürfen sich allerhand leisten. Ein Frankfurter Amtsrichter hatte eine angeklagte Verkehrsdelinquentin so beschimpft: »Sie sind eine dumm-dreiste Lügnerin.«

Der Bundesgerichtshof hielt diese Beleidigung nicht einmal für rügenswert.

Bewährungsprobe für ein Grundrecht
Art. 16 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz:
"Politisch Verfolgte genießen Asylrecht"
mit Beiträgen von:
Otto Deutsch
Otto Kimminich
Göran Melander
ai
amnesty international
Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Asylrecht
Erstickt in Bürokratie und Ausländerfeindlichkeit?
Die umfassende Publikation zum Asylrecht in der Bundesrepublik Deutschland. Rechtsprechung, Verwaltungspraxis, Dokumentation von Einzelfällen.
NEU *507 Seiten, 11 Tabellen, DM 11,80*
Überall im Buchhandel

In eigener Sache:
Wir suchen für unser Archiv:
»Studentenkurier« Heft 1/2 - 1955
Konkret Heft 11/1959
Wer hilft uns? Wir zahlen angemessen.
Bitte Angebot an: KONKRET, z. Hd.
U. Alberti, Rentzelstr. 7 - 2 Hamburg 13

Sabine Sand:
Linke Tageszeitung -
ein schöner Traum?
Heiner Karuscheit:
Zu Plechanows 60. Todestag
Claus Croissant:
Zur Sache - Einlassung
in Stuttgart-Stammheim
(Auszug)
FORUM 2/78

KOMMUNISTISCHES FORUM 1/78
BRECHTS SCHRIFTEN GEGEN DEN FASCHISMUS
KOMMUNISTISCHES FORUM 3/77
'Neues' über den Staat - eine Kritik an S. Carrillos "'Eurokommunismus' und Staat"
°°°°°°°°°°°°°°°°°°°°°°°°Prospekt anfordern!
Das KOMMUNISTISCHE FORUM erscheint vierteljährlich im BONNER VOLKSBLATT VERLAG Adolfstr. 52, 5300 Bonn (Tel. 02221/654050)

»Auswüchse des liberalistischen Prozesses«

mehr eine volksschädliche Auswirkung dadurch erleiden kann, daß auf diese Weise ausgefeimte Verbrecher durch die Maschen des Gesetzes schlüpfen, sorgt heute bereits die vollzogene Umwandlung des Satzes nulla poena sine lege (keine Strafe ohne Gesetz -S.C.) in nullum crimen sine poena (keine Straftat ohne Strafe)« (Schmidt-Leichner - in: DStR, a.a.O., S. 251).
»Man hat dem Sinngehalt des § 2 StGB mit Recht nicht nur die Bedeutung einer Auslegungsregel (Analogie) gegeben, sondern darin den Aufruf des Gesetzgebers an den Richter erblickt, an der Fortentwicklung der Gesetze selbst rechtsschöpferisch mitzuarbeiten« (Schmidt-Leichner - in: Deutsches Recht (DR) 1942, S. 1758).

»Im Dienste anderer Kreise«

2. Schmidt-Leichner zu »Tätertypen« und dem »Ausgeschiedenwerden« aus der »Volksgemeinschaft«:
»Die Gewaltverbrecherverordnung will - wie schon ihr Name besagt - den Gewaltverbrecher aus der Volksgemeinschaft ausschließen. Mit dieser Bezeichnung wird die Täterpersönlichkeit besonders hervorgehoben... Die Tat erscheint hier als besonders zuverlässige Ausdrucksform des Charakters des Täters« (Schmidt-Leichner - in: F. Grau u.a., »Deutsches Strafrecht«, Bd. 1, 2. Auflg., Berlin 1943, S. 185 f).
»Entscheidendes Kriterium für die Anwendung der Gewaltverbrecherverordnung muß in Grenz- und Zweifelsfragen stets die Überlegung sein, ob das Verhalten des Täters auch bei gebührender Berücksichtigung der Bedürfnisse des Krieges als so gemeinschaftsschädlich anzusehen ist, daß der Täter nach gesundem Volksempfinden nur den Tod verdient«. ...»Fehlerquellen« würden am besten dadurch vermieden, daß der Richter »sich in jedem Einzelfall fragt, ob der betreffende Täter durch den Tod aus der Volksgemeinschaft ausgeschieden werden muß« (Schmidt-Leichner, a.a.O., S. 186 ff).

§ 2 dieser »Gewaltverbrecherverordnung« legalisierte Denunziantentum und Selbstjustiz. Schmidt-Leichners Kommentar:
»§ 2 trägt der Tatsache Rechnung, daß das Volk als Ganzes seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus immer mehr Verständnis für eine möglichst schnelle und wirksame Verbrechensbekämpfung zeigt und an der Ermittlung und Unschädlichmachung volks- und staatsfeindlicher Elemente selbst tatkräftig Anteil nimmt« (Schmidt-Leichner, a.a.O., S. 188).

3. Schmidt-Leichner zu »gefährlichen Gewohnheitsverbrechern«, anderen »Parasiten am Volkskörper« und über die Bedeutung der Todesstrafe in »harten Zeiten«:
»Gewohnheitsverbrecher und schwere Sittlichkeitsverbrecher sind schon im Frieden Parasiten am Volkskörper, im Kriege jedoch Volksschädlinge und Saboteure der inneren Front erster Ordnung. ... Hier muß hart zugeschlagen werden. Die Todesstrafe, deren Anwendung von dem Richter ebenso rücksichtslos wie maßvoll gefordert wird, darf für die vorgesehenen Fälle nicht als zu hart angesehen werden. In einer Zeit, in der täglich Millionen deutscher Volksgenossen ihr Leib und Leben für ihr Vaterland einsetzen und in der viele von ihnen diesen Einsatz mit dem Leben bezahlen müssen, erscheint es nur natürlich, daß die ganze Härte der Zeit nicht vor dem Verbrecher haltmacht. Die Beseitigung dieser gefährlichsten verbrecherischen Elemente ist heute eine unerläßliche Reinigung und Auslese, die hier zugunsten des gesamten Volkes vorgenommen werden muß. Dies wird man sich immer vor Augen halten müssen, wenn ein Schwerverbrecher abzuurteilen ist« (Schmidt-Leichner - in: DR 1941, S. 2145).
»Mörder wird man nicht, Mörder ist man« (Schmidt-Leichner, a.a.O., S. 2148).

4. Schmidt-Leichner zum nationalsozialistischen Strafprozeßrecht, vor allem zu der Verkehrung des Verfahrensrechts von einer Schutznorm für Beschuldigte und Angeklagte vor dem Staat zu einer Staatsschutznorm:

- *Das Strafprozeßrecht »ist der Griff zu dem Schwert in der Hand des Richters« (Schmidt-Leichner - in: DStR 1937, S. 248).*
- *»Ein in dubio pro reo bedeutet für den richtig verstandenen Gemeinschaftsgedanken in Wahrheit zugleich ein in dubio pro re publica« (Schmidt-Leichner, a.a.O., S. 251).*
- *»Der Staatsanwalt ist ebenso Anwalt des Rechts wie der Rechtsanwalt Anwalt des Staates« (Schmidt-Leichner, a.a.O., S. 253).*
- *»Eine Waffengleichheit zwischen Staatsanwalt und Angeklagten oder Verteidiger hat schon zu früherer Zeit nur als papierene Einrichtung in Lehrbüchern des Prozeßrechts existiert. Die Praxis hat dieses Prinzip m. E. nur in den Auswüchsen des liberalistischen Prozesses gekannt« (Schmidt-Leichner, a.a.O., S. 250).*
- *»Allerdings wird die Rechtsstellung des Angeklagten im Vergleich zu früher eine andere sein. Denn das Prozeßrecht ist ebensowenig wie das sachliche Strafrecht eine Schutzordnung des Einzelnen vor dem Eingriff des Staates in seine persönliche Freiheit mehr, sondern eine Schutzordnung des Staates vor dem Übergriff des Rechtsbrechers. Das ist nichts anderes als eine Übertragung der allgemeinen Stellung des Individuums im neuen Staate auf dem Gebiet des Strafrechts« (Schmidt-Leichner, a.a.O., S. 249).*

»Durch den Tod ausgeschieden«

Von der Praxis des »neuen Staates« hat der »Wissenschaftler« Schmidt-Leichner natürlich nichts gewußt: Erst »in Nürnberg«, wo er nach 1945 Flick, den IG-Farben-Konzern und Wilhelm Strassen verteidigte, »erfuhr ich von Dingen, die ich nicht für möglich gehalten hätte« (»Festschrift«, S. 244). Auf seine Literatur und Laufbahn angesprochen, mochte er sich mir gegenüber nicht äußern: »Ich sehe«, sagte er, »Sie sind im Dienste anderer Kreise tätig«. Die Vorwürfe gegen ihn seien ihm im übrigen nicht neu - »darüber kann ich nur lachen«.

Radikalauer von Winfried Thomsen

Der Herold ruft den Rechtsstaat aus.

Im Gleichschmidt, Marsch.

In Bayern werden jetzt die Schüler auf NS-Vergangenheit geprüft.

Das Grundgesetz ist ein schlechtes Stück: es muß ständig umgeschrieben werden.

Die letzten Menschen: Adam und Befa.

Bald sind wir alle meinungsfrei.

Die Arbeitnehmer haben sich so viel Arbeit genommen, daß die Arbeitgeber jetzt keine mehr haben.

Jetzt haben die Sozialdemokraten ihre Gustav-Heinemann-Kaserne: für vaterlandslose Geselligkeit.

Die CSU ist die blauweiße Armee-Fraktion.

Politik der Abschreckung: bei uns wird der Faschismus durch Traditionspflege bekämpft.

Gastanker dürfen in der BRD nur mit Auflagen fahren, z. B. einem Kanister Atom-Müll.

An alle Absahner von Forschungszuschüssen: Kommet zu Hauff.

Almosen: Die Dritte Welt kriegt Offergeld.

Hans Koschnick sagt auch nichts, aber viel schneller.

Staats-Ober-Haupt Scheel: Ich bin der erste Kellner meines Staates.

Beweisführung

»Freiheit«? / »Dieses ist der / freieste / Staat, / den es je / auf deutschem Boden / gegeben hat.« / Frei von Toleranz / Frei von Menschlichkeit / Frei von Liberalität / Frei von Freiheit / Ich glaube, es hat / auf deutschem Boden / doch schon einmal / einen Staat gegeben, / der noch / »freier« / war...

Dieses Gedicht, unter dem Kürzel V. D. im »Aufrührer«, der Schülerzeitung des »Geschwister-Scholl (!) -Gymnasiums« Bremerhaven veröffentlicht, hat einigen Aufruhr gemacht. Die Politische Polizei verschickte Vorladungen, die Bremer Schulbehörde drohte mit Schulverweisen, und schließlich ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen den Schülerredakteur Ristau und einen Mitschüler, in dem der Verfasser des Gedichts vermutet wurde. Und als ob sie noch die letzten Zweifel des V. D. an Toleranz und Liberalität in der BRD ausräumen wollte, erhob die Staatsanwaltschaft Bremen Anklage gegen die beiden Schüler: sie hätten mit dem Gedicht »die Bundesrepublik Deutschland oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht«. Tatsächlich kam es Ende Juli zur Gerichtsverhandlung. Zwar wurde V. D. aus Mangel an Beweisen für die »Täterschaft« freigesprochen und das Verfahren gegen Ristau wegen »Geringfügigkeit« eingestellt - aber wer zeigt den Staatsanwalt wegen Mißbrauch der Rechtsorgane an? Und wer macht hier durch welches Verhalten die Bundesrepublik verächtlich? So geringfügig ist dieses Verfahren nun auch wieder nicht.

Scharlamentarismus

Wer wissen will, was der bayerische Kultusminister Maier unter einer »eindeutig positiven Grundeinstellung zum demokratischen Parlamentarismus« versteht, frage seinen Doktoranden Heinrich Oberreuther, zur Zeit noch Assistent an der Münchner Uni. Der Politologe hat Lehrern bei einem Fortbildungsseminar in Tutzing den »Betriebsunfall« Drittes Reich als »Folge der Organisationsnormen der Weimarer Verfassung« erklärt. Auch heute gebe es wieder Parlamentarier, die »mit falschen Informationen das politische System kaputt machen«. Oberreuthers Empfehlung: »Konzentrationslager für Bundestagsabgeordnete«. Sein Dienstherr Maier hat diese Äußerungen bestätigt und fand sie immerhin »deplaziert«. Ansonsten aber habe der Dozent eine - siehe oben. Auch Maiers Kollege, der Westberliner Wissenschaftssenator Glotz, SPD, mag da nicht widersprechen. Denn Oberreuther wurde soeben als Professor an die Freie Universität Berlin berufen. Er wird dort »Vergleichende Parlamentarismusforschung« lehren. Was sonst.

Übrigens lieferte Oberreuther vor zwei Jahren der CSU ein »wissenschaftliches« Gutachten, das der Straußpartei erlauben sollte, Günter Wallraff einen »Untergrundkommunisten« zu nennen. Oberreuthers wichtigster Beleg hierfür war ein Titelblatt von KONKRET, auf dem Wallraff mit erhobener Faust zu sehen war. Oberreuther in seinem Gutachten, dem schließlich auch das von Wallraff angerufene Gericht folgte: »Die erhobene geballte Faust ist seit jeher eine kommunistische Gruß- und Demonstrationsform, welche drastisch die 'Diktatur des Proletariats' nach vollzogener proletarischer Revolution, ebenso aber auch die Entschlossenheit zu dieser Revolution symbolisieren soll...« Welch »exzellenter Wissenschaftler« (Glotz über Oberreuther), der schon durch ein einziges Foto zum Scharlatan wird:

Frech

Wer »Berufsverbot« sagt, kriegt eins. Der Polizeiobermeister Ulrich Roeder aus Trier hat ein Disziplinarverfahren am Hals, weil er ein Flugblatt der Trierer SPD unterzeichnet hatte: »Gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen die Praxis der Berufsverbote in der Bundesrepublik Deutschland«. Der Polizeipräsident von Trier findet, damit habe sein Beamter sich »offen gegen die verfassungsmäßige Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland« gestellt. Was nur bedeuten kann, daß für rheinland-pfälzische Polizisten, wenn sie ein Disziplinarverfahren mit drohender Amtsenthebung vermeiden wollen, diese verfassungsmäßige Grundordnung gleichbedeutend zu sein hat mit Abbau demokratischer Rechte und Berufsverbot. Der Polizeipräsident heißt Frech.

Wir schenken Ihnen eins

3 Poster mit Seltenheitswert.
Eine der drei Kostbarkeiten gehört Ihnen.

Aus Tonota in Botswana, schickte KONKRET-Leser Peter Baehr diese »Vorwärts«-Anzeige zurück nach Hause

Poster 1: Das bekannte Plakat der SPD zum Maifest 1914.

Und legte folgende Rechenaufgabe bei: Wenn eine altehrwürdige große deutsche Arbeiterpartei im 45ten Jahr ihres Bestehens 15 Jahre hinter der Zeit zurück war, wie weit zurück ist sie dann 1978, im 109ten Jahr? (Immer unter der Voraussetzung, daß sie im Gründungsjahr auf der Höhe der Zeit war und nicht schon mit einem handicap startete.)

plaren, als Herausgeber im Impressum steht: W.F. Haug, einer der streitbarsten und praktischsten Philosophen hier und heute.

Seit nun schon über fünf Jahren gibt es ein Hickhack um seine Berufung. Letzte Ausrede des Wissenschaftssenators Peter Glotz: Er wollte keine Hausberufungen aussprechen, also keinen FU-Dozenten auf einen Lehrstuhl holen. Die Akte Haug scheint also geschlossen. Haug unterrichtet derweil kostenlos an der Uni in Westberlin und pendelt zwischendurch als wissenschaftlicher Arbeitsemigrant zwischen Universitäten in Dänemark und der Schweiz, wo er als Hochschullehrer mehr gelitten ist als im Land der Berufsverbote. In seinen Vorlesungen zum »Kapital« in Westberlin kommen die Studenten zu Hunderten, diese »Monsterveranstaltungen« (so Haugs reaktionäre Kontrahenten) sind besser besucht als manche Vollversammlungen. In diesen Kursen wird mehr gelehrt als nur das »Kapital«. Es wird die Grundlage zu einem eigenen Verständnis von Wissenschaftlichkeit gelegt, es geht um den »antidogmatischen Anspruch, den Adressaten nicht mit fertigen Prinzipien entgegenzutreten, sondern ihnen das Neue 'aus ihren eigenen Aktionen', aus ihrem Bewußtsein und ihren Prinzipien zu entwickeln« (so Haug in seinem bei Pahl-Rugenstein erschienenen »Vorlesungen zur Einführung ins Kapital«, die in mehrere Sprachen übersetzt wurden.) »Kein Suggerieren durch bloße Wiederholung bestimmter Resultate ist zu dulden, sondern jeweils der Gang von einem zum nächsten Punkt muß überprüfbar sein — denn nichts anderes kann heißen: nachvollziehbar. Nicht das Resultat ist mithin das Wesentliche, sondern seine Entwicklung.«

Auch im »Argument«, für das er viele tat- und denkkräftige Mitstreiter hat, wird der Leser nicht nur mit Resultaten konfrontiert, sondern ist Hirnzeuge einer umfassenden Debatte der Linken — z.B. über den Weg zum Sozialismus in Westeuropa: wer mit wem gegen was und wofür? Nirgendwo sonst ist ein theoretisches Forum, das dem Gespräch der Sozialisten untereinander einen solchen Platz einräumt — in der ganzen Bandbreite vom Sozialistischen Büro, SPD-Reform-Linken wie Johano Strasser, engagierten Altsozialisten wie Wolfgang Abendroth bis hin zur DKP und SEW.

Die Redaktionspolitik selbst ist ausführlich unter allen Mitarbeitern diskutiert worden. Und das kam heraus: »Das 'Argument' soll eine wissenschaftliche Zeitschrift mit Pluralität marxistischer und anderer progressiv-sozialkritischen Positionen sein.

Die Redaktion weiß, daß die Erfahrungen der Vergangenheit bei der Auseinandersetzung unter Linken aus den unterschiedlichen Positionen oft schier unüberbrückbare Gegensätze wurden. Dennoch könne man die Unterschiede nun nicht einfach verwischen. »Gezeigt werden soll, daß das geht: das Trennende offen und in sachlicher Schärfe zu formulieren, um das Gemeinsame herstellen zu können. Es ist dies ein Aspekt dessen, was gegenwärtig unter dem Begriff der Hegemonie diskutiert wird.«

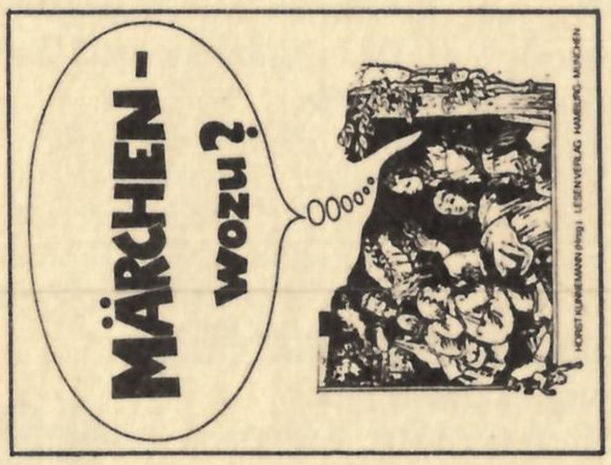
Und was kommt dabei heraus: Die spannendste theoretische Zeitschrift in diesem Land. Hier darf, hier muß mitgedacht werden. Das führt auch zur größeren Klarheit im Ausdruck, wenn man sich Mitdiskutanten verständlich machen muß, auf Erwiderung aus ist. Daher: »Neben den inhaltlichen Kriterien haben wir die formalen präzisiert. Daß in die Zeitschrift allgemeinrelevante Beiträge kommen sollen, muß sich auch in der Schreibweise niederschlagen. Die Beiträge müssen kürzer werden, sie sollen übersichtlich gegliedert sein, in Sprache und Stil allgemeinverständlich geschrieben (also nicht nur den Angehörigen der Einzelwissenschaft des Verfassers verständlich). Die Kürze ist schon deshalb nötig, um mehr Spontaneität und Leben in die Zeitschrift zu bringen.«

Damit wird vielleicht auch die Angst vieler Linken, daß sie doch nur ziemlich doof herumlesen und letztlich Bahnhof verstehen von der ganzen Theorie, abgebaut. Machen Sie mal den Versuch mit »Argument«. Das klingt unverschämt nach Schleichwerbung, soll's aber nicht sein: dies ist ganz offene Werbung für eine für uns alle dringend notwendige Zeitschrift, bei der es — wie bei manchem engagierten linken Objekt — ökonomisch nicht zum Besten steht. Auch darüber werden die Leser übrigens mit konkreten Zahlen informiert. Die Redaktion hält mit nichts hinterm Berg, auch nicht hinterm Schuldenberg.

Argument-Chef Haug, mal nicht in einer »Monsterveranstaltung«

Was fangen wir eigentlich mit Märchen im weiteren Erziehungsfeld an? Mit dieser Frage befaßt sich das vorliegende Beiheft zum BULLETIN JUGEND+LITERATUR, wie dieses herausgegeben von Horst Künnemann, einem der führenden Kenner der Kinder- und Jugendbuchszene. Horst Künnemann hat Materialien, Selbstaussagen von Verlagen, Profile von Grafikern, Analytisches und Kritisches zusammengetragen, um allen, die sich dem Thema nähern wollen, Orientierungshilfen und Informationen an die Hand zu geben. Wie alle Beihefte ist auch das vorliegende reich illustriert. (260 S. br. 22 Mark).

LESEN Verlag GmbH Hamburg München
Postanschrift: Eulenhof D-2351 Hardebek



Zeitung für Bücherleser*

*Werbezeitung der Verlage anrich und graue hefte.

Berichte, Meinungen, Geschichten, Projekte, Leseproben.
Erscheint 3 x im Jahr: Frühling, Herbst und Weihnachten. Kostenlos.

Schicken Sie die nächste Nummer an meine Adresse:

.....

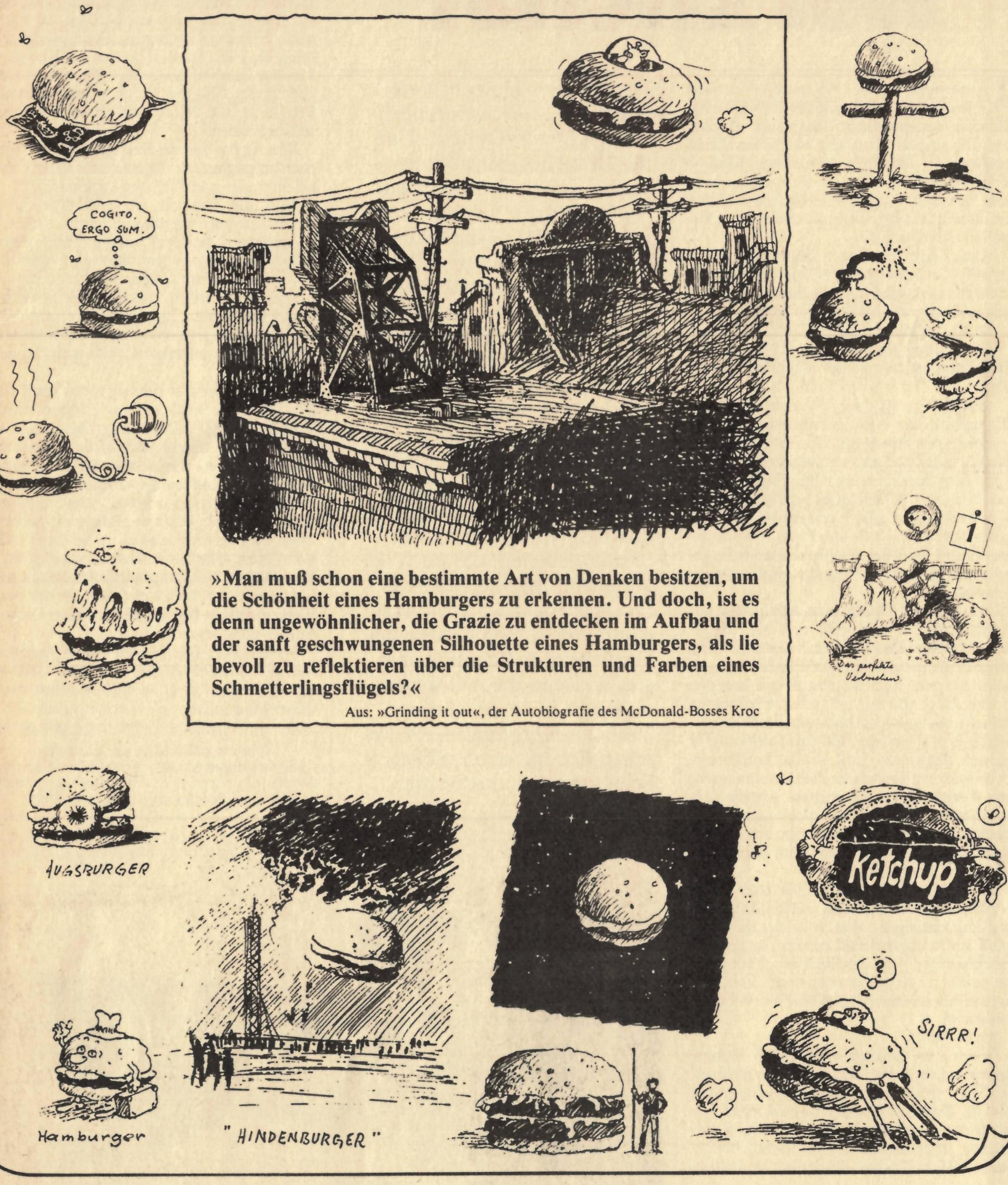
.....

.....

anrich verlag graue hefte

6101 Modautal - Neunkirchen

Seyfried's Seite



»Man muß schon eine bestimmte Art von Denken besitzen, um die Schönheit eines Hamburgers zu erkennen. Und doch, ist es denn ungewöhnlicher, die Grazie zu entdecken im Aufbau und der sanft geschwungenen Silhouette eines Hamburgers, als lie bevoll zu reflektieren über die Strukturen und Farben eines Schmetterlingsflügels?«

Aus: »Grinding it out«, der Autobiografie des McDonald-Bosses Kroc

Mit dem Romanfragment »Die Herren des Morgengrauens« hat die Bertelsmann-Gruppe ihre gesamte AutorenEdition abgestoßen. Sein Autor, Peter O. Chotjewitz, beschreibt, wie unmodern die Gütersloher Konzern-Herren dabei vorgingen

Herzlichst

Unter dem 8. Mai 1978 schreibt Gerhard Beckmann, Verlagsleiter der »Autoren Edition« seinem Autor Chotjewitz: »Lieber Pit, ich möchte rasch und in Eile herzlichst bestätigen, daß Dein komplettes Manuskript zu den »Herren des Morgengrauens« hier sicher und wohlbehalten eingetroffen ist, damit Du auch ruhig die nächsten 14 Tage verreisen kannst.«

Aha, denkt der Leser: Herzlichst eingetroffen, jetzt erst mal 14 Tage Urlaub machen, danach wird man weitersehen, ob das Manuskript gefallen hat oder nicht.

So war es auch.

Denn unter dem 24. Mai 1978 schreibt Beckmann schon wieder an seinen lieben Pit:

»Lieber Pit, darf ich Dir eines der ersten Exemplare des AE-Herbstprospekts überreichen, zusammen mit den 'Stichproben', die ja zunächst, dem Prospektversand beiliegend, den Sortimentern einen Eindruck von der Art der Bücher dieses Herbstes vermitteln sollen. Wir alle, Herausgeber und ich, sind recht froh über das Programm insgesamt, und Du wirst gewiß auch unser Engagement für Dein Buch in diesem Herbst erkennen.«

Ich will nun einmal den Advokaten des Teufels spielen und stelle mir vor, ich sei Buchhändler: Da schickt mir also ein Verlag einen Prospekt, in dem auf Platz eins zweiseitig das neue Buch angeboten und über den grünen Klee gelobt wird (wie in Prospekten üblich), mit großer Abbildung des Buchumschlages und kleinem Bild des Autors, wie er gerade telefoniert und finster konspirativ dreinblickt, als sei er ein Radikaler im privaten Dienst. Und nebendran schreibt der brandneue Verlagsleiter Beckmann: »Sie beide, Peter O. Chotjewitz zum ersten, August Kühn zum zweiten Mal im Programm zu haben, macht uns stolz.«

Kurz darauf kommt der Vertreter dieses Verlages in meinen Laden und nimmt die Bestellung entgegen. Was soll ich, darf ich, muß ich in diesem Fall denken, als kleiner Buchhändler? Daß das Buch dem Verlagsleiter gefallen hat, daß er es mir empfiehlt, weil er es selber gelesen hat und daß er es mir auch liefern wird!

Ganz falsch.

Nicht nur, daß ich zweieinhalb Monate später erfahre, daß das Buch gar nicht erscheinen wird; Verlagsleiter Beckmann läßt am 10. August 1978 in der Frankfurter Allgemeinen auch eine Gegendarstellung einrücken, in der es u. a. heißt: »Richtig ist vielmehr, daß sich schon bei der ersten Abstimmung über die Publikation des Romans eine Pattsituation zwischen Verlagsleitung und Verlagsgruppe auf der einen und Herausgeber und Autorenvertreter auf der anderen Seite ergab, was nach dem Statut des Verlages AutorenEdition zur Folge hatte, daß das Manuskript nicht erscheinen konnte.«

Ich, kostengebeutelter Sortimenter und vom großen Buchangebot im Kaufhof nebenan geängstigt, verstehe die Welt nicht mehr. Ja, was denn nun? War das Buch noch gar nicht angenommen, als ich es schon bestellen durfte? Und wenn die Entscheidung über das Buch noch nicht gefallen war: Hatte Beckmann es etwa gar nicht gelesen, als er dem lieben Pit am 24. Mai, 16 Tage nach Eingangsbestätigung, sein »Engagement für Dein Buch in diesem Herbst« verkündete, und mir mitteilte, wie stolz er sei, eben diesen Chotjewitz nun in seinem neuen Programm auf Seiten zwei und drei anpreisen zu können?

Was ist das für ein Verlagsleiter, der Bücher propagiert, die er entweder bereits abgelehnt oder noch gar nicht gelesen hat?

Nun, die Wahrheit ist vermutlich - und das erklärt auch die ganze Säuernis der Bertelsmänner -, daß Beckmann mit Hilfe einer fast dreimonatigen Hinhaltetaktik die endgültige Entscheidung über das Buch so lange hinauszögern wollte, bis Chotjewitz nichts weiter übrig blieb, als Änderungen am Manuskript zu akzeptieren, um das Erscheinen seines Buches im Herbst 1978 nicht zu gefährden.

So telegrafierte er seinem Autor noch am 27. Juli 1978: »Ich hoffe wir haben einen Weg gefunden, Eilbrief folgt Beckmann.« Und noch in seinem Eilbrief vom gleichen Tage macht er Vorschläge für inhaltliche Korrekturen und regt an, einige Passagen im siebten und achten Kapitel, sowie das gesamte letzte Kapitel wegfallen zu lassen. »Das wäre am einfachsten« schreibt er und kündigt an, Gnade vor Recht ergehen zu lassen: »Wenn Du darauf eingehst, werde ich mit meinen drei Stimmen innerhalb des Verlagskommitees für die Publikation Deines Buches stimmen.«

Wenn heute die westdeutschen Autoren um eine Illusion ärmer und eine Enttäuschung reicher sind, so liegt es daran, daß dieser Mann nicht den Mut hatte, eine vielleicht unbequeme Entscheidung alleine zu

Der Medien-Moloch Bertelsmann hat seine AutorenEdition (AE) ausgespuckt. Und der Branchendienst »buchreport«, immer deutlicher auf Verleger-Kurs, sah sich endlich bestätigt: »Jene schöne Idee vom korporativen Verleger, an dessen Entscheidungen Autoren und Verlagsvertreter gleichermaßen beteiligt sind - ist nicht mehr als eine schöne Idee«. Nachdem die AE-Herausgeber gegen die Streichung des Chotjewitz-Titels protestierten, kam ihnen die fristlose Kündigung ins Haus. Doch gescheitert ist das AE-Modell nur im Bertelsmann-Reich, das nach der Ausschaltung von Manfred Bissinger beim »Stern« jetzt einmal mehr die Grenzen des Großverleger-Langmuts absteckt. Denn die AutorenEdition wird in einem anderen Verlag weiterbestehen, wahrscheinlich mit noch größeren Selbstbestimmungsrechten.

Fristlos gekündigt per Eilbrief:
AE-Herausgeber Uwe Timm, Gerd Fuchs und Heinar Kipphardt, mit Autor Chotjewitz bei ihrer Pressekonferenz (von links)

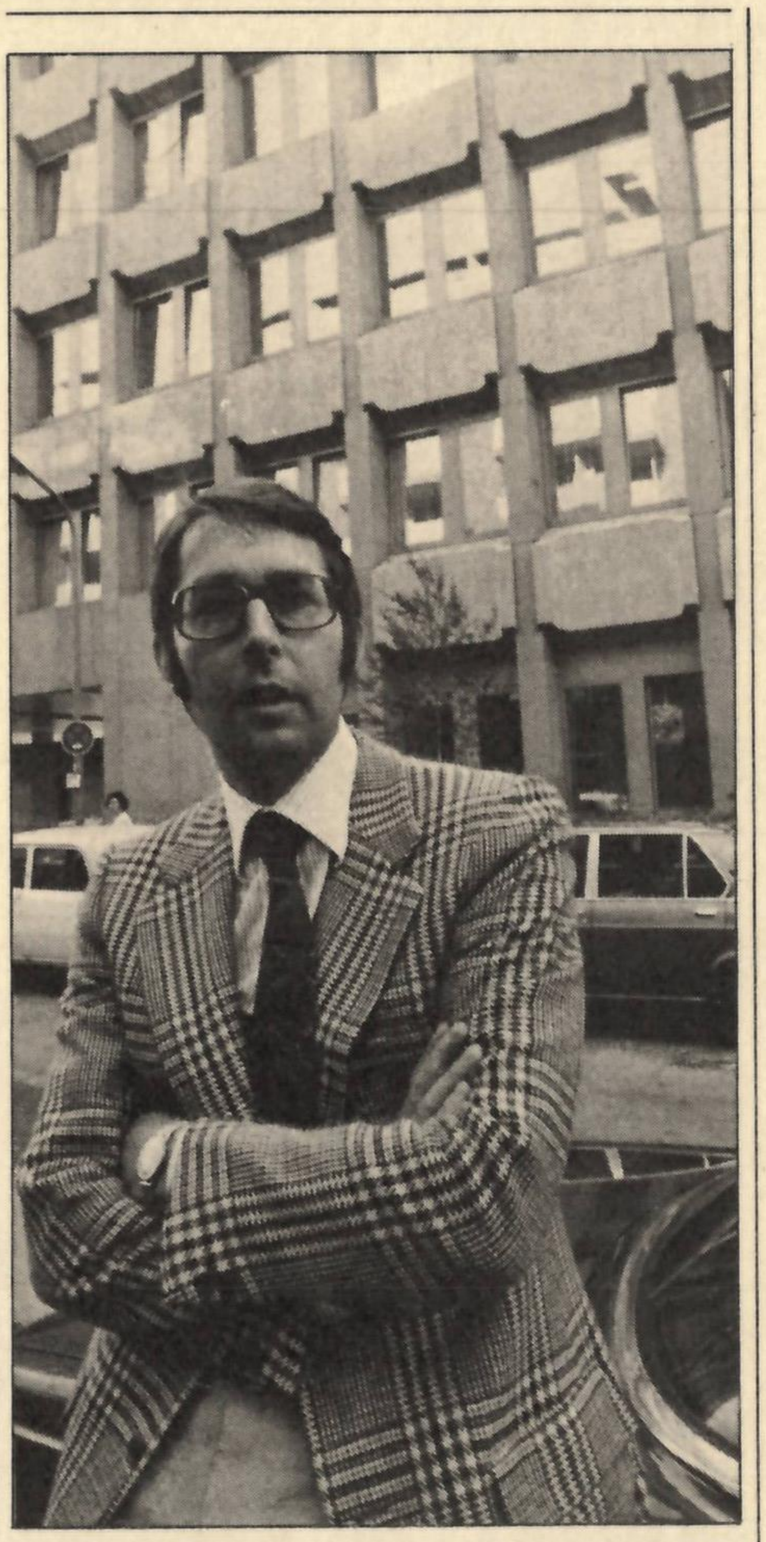
AutorenEdition-Chef Beckmann (oben), Beckmann-Chef Paeschke (unten): »Was die praktiziert haben, gehört verboten - als staatsabträgliches Verhalten«

tragen und notfalls gegenüber seinen Vorgesetzten auch zu vertreten, wozu er nach dem Statut der »AutorenEdition« durchaus berechtigt war. Gerhard Beckmann hat genau einen Schritt zuviel getan.

»Gehe nie zu Deinem Fürst, wenn Du nicht gerufen wirst«, pflegte meine Mutter zu sagen. Gerhard Beckmann, der nach glaubwürdiger Bestätigung der drei Herausgeber der AutorenEdition dem Manuskript von Chotjewitz bereits vorbehaltlos zugestimmt hatte, muß kalte Füße oder Angst vor der eigenen Courage bekommen haben.

Ganze Schlachten sind schon verloren gegangen, weil ängstliche Unteroffiziere sich nicht entscheiden konnten; entwickelte Gesellschaften funktionieren schlecht, weil haltlose Rückversicherer sich nicht trauen. Feststeht, daß Beckmann in dieser Situation das Manuskript seinem Vorgesetzten, Geschäftsführer Olaf Paeschke, zu lesen gab, der seine Stellungnahme durch ein allerhöchstselbiges Naserümpfen ausdrückte. Jetzt hatte Beckmann die Hose erst recht voll. Auf das Aushalten von Loyalitätskonflikten nicht programmiert und geschunden von Existenzängsten, die in seinen Kreisen, wie in der »upper-middle-class« ganz allgemein, den letzten noch vorhandenen Rest an Individualität ausmachen, blieb ihm nur noch ein Weg: sich auf die Seite der Bertelsmänner zu schlagen, geschehe was da wolle mit dem Manuskript von Chotjewitz und der ganzen AutorenEdition.

Der Rest war Taktik, die nicht ausreichen konnte, Autoren wie Engelmann, Fuchs, Kipphardt und Timm in die Knie zu zwingen. Halsstarrig beharrten sie auf dem Recht eines Autors, in letzter Instanz selbst über Form und Inhalt seines Manuskriptes zu entscheiden. Eine Selbstverständlichkeit sollte man meinen, in einem Land, dessen Propagandisten nicht müde werden, die angeblichen und tatsächlichen Schwierigkeiten von Autoren in sozialistischen Ländern zu bejammern. Für die Bertelsmänner war es der casus belli. Und wie alle Despoten richteten sie nicht den, der den ganzen Schlamassel angerichtet hatte, indem er darauf verzichte-



te, aufrecht zu gehen, sondern diejenigen, die einen ganz banalen Fall von Feigheit denunziert hatten: die Herausgeber und den Autorensprecher.

So wird Gerhard Beckmann vielleicht in die Verlagsgeschichte eingehen als Mann, der einen Verlag übernahm und zugrunderichtete, bevor das erste Programm auf den Markt kam; der sich damit brüstete, einen Autor engagiert zu haben, den er heute zu Recht verdammt, weil er ihn fortwährend daran erinnern wird, daß man zum Verlegen etwas braucht, was er, Beckmann, nicht hat: Mut.

Von den oberen Chefetagen eines Großkonzerns und Umsatzmilliardärs ist nicht viel anderes zu erwarten als die Arroganz der Macht des großen Geldes. Damit müssen wir - vorläufig noch - leben, d.h., uns arrangieren. Das Modell »AutorenEdition« war ein Arrangement. Solche Modelle sind, wie alle Formen des Zusammenlebens und - arbeitens, auf Menschen angewiesen, die nicht schlafen und nicht kuschen, sondern ihren Ängsten zum Trotz die engen Spielräume nutzen, die es gibt.

Gerhard Beckmann war keiner von diesen Menschen. Nicht ein Modell hat versagt, sondern eine Person. Das sollte, auch vom Standpunkt der Konzernherren her gesehen, bedacht werden. Hemdsärmeliger Manchesterkapitalismus, wie ihn Bertelsmann-Geschäftsführer Olaf Paeschke praktiziert hat, als er die AE-Herausgeber und Autoren-Sprecher feuerte, weil sie nicht kuschen wollten wie Beckmann, gehört nicht nur in die Mottenkiste klassenkämpferischer Schauermärchen, er verkauft sich auch schlecht. Der moderne Kapitalismus lebt vom Massenkonsens, der wiederum voraussetzt, daß zumindest der Eindruck erweckt wird, auch Klassengegensätze könnten auf ein erträgliches Maß reduziert werden.

Was Paeschke und Beckmann soeben praktiziert haben, gehört verboten: als staatsabträgliches Verhalten, weil es die Illusion von der Einigkeit der Demokraten empfindlich gestört hat.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß Autoren- und Verlegerinteressen sich desto schlechter vereinbaren lassen, je größer und mächtiger das Verlagshaus ist - und das heißt: daß akzeptable Literatur nach wie vor nicht im Großen gedeiht - die Bertelsmänner scheinen ihn geliefert zu haben, falls nicht doch noch das Donnerwetter von ganz oben hereinfahren sollte.

Das haben Sie tadellos gemacht, Beckmann!

konkret veröffentlicht aus dem Roman, den

Peter O. Chotjewitz

Die Herren des Morgengrauens

Fritz hatte sich nun doch entschlossen, dem Ermittlungsverfahren von sich aus ein Ende zu setzen. In diesem Mai war ein Jahr vergangen, seit er auf der Küchenbank den Beschluß des Bundesrichters gefunden hatte, der die Aufnahme der Ermittlungen ankündigte.

Seine Versuche, ein Buch über die Ereignisse zu schreiben und dadurch die Öffentlichkeit über seinen Fall zu unterrichten, waren gescheitert. Es war nahezu aussichtslos, für das, was er plante, einen Verlag zu finden. Wie es beruflich weitergehen würde, war unklar. Er hatte seit drei Monaten von den Rundfunkanstalten keine Aufforderung zur Mitarbeit mehr erhalten, aber es war nicht nachzuweisen, daß dieses plötzliche Desinteresse an seiner Arbeit mit dem Ermittlungsverfahren zusammenhing.

Es hatte auch Absagen gegeben. Lesungen und Veranstaltungen, an denen er teilnehmen sollte, fielen aus, wurden auf unbestimmte Zeit verschoben, oder er erhielt die lakonische Mitteilung, daß man auf ihn verzichten müsse. Am Telefon sprachen die Veranstalter von politischen Auseinandersetzungen, die seine Person ausgelöst habe. Seine Bitte, ihm dies schriftlich zu geben, wurde ignoriert. So konnte er auch diese Nachteile nicht einmal beweisen.

Aber nach wie vor erschienen Artikel und Leserzuschriften, in denen er als Staatsfeind und Extremist dargestellt wurde, und das war ihm Beweis genug.

Die Angst glaubte er durch seine Schreibversuche bezwungen zu haben, aber kleine Zwischenfälle bestätigten ihm, daß er sie nur verdrängt hatte. Er wurde unruhig, wenn ein Wagen durchs Dorf fuhr, der von weitem wie ein Polizeifahrzeug aussah, oder der Hubschrauber der Grenzschützer in niedriger Höhe das Dorf mehrmals umkreiste und über seinem Haus herunterging, so daß er den Luftzug zu spüren meinte.

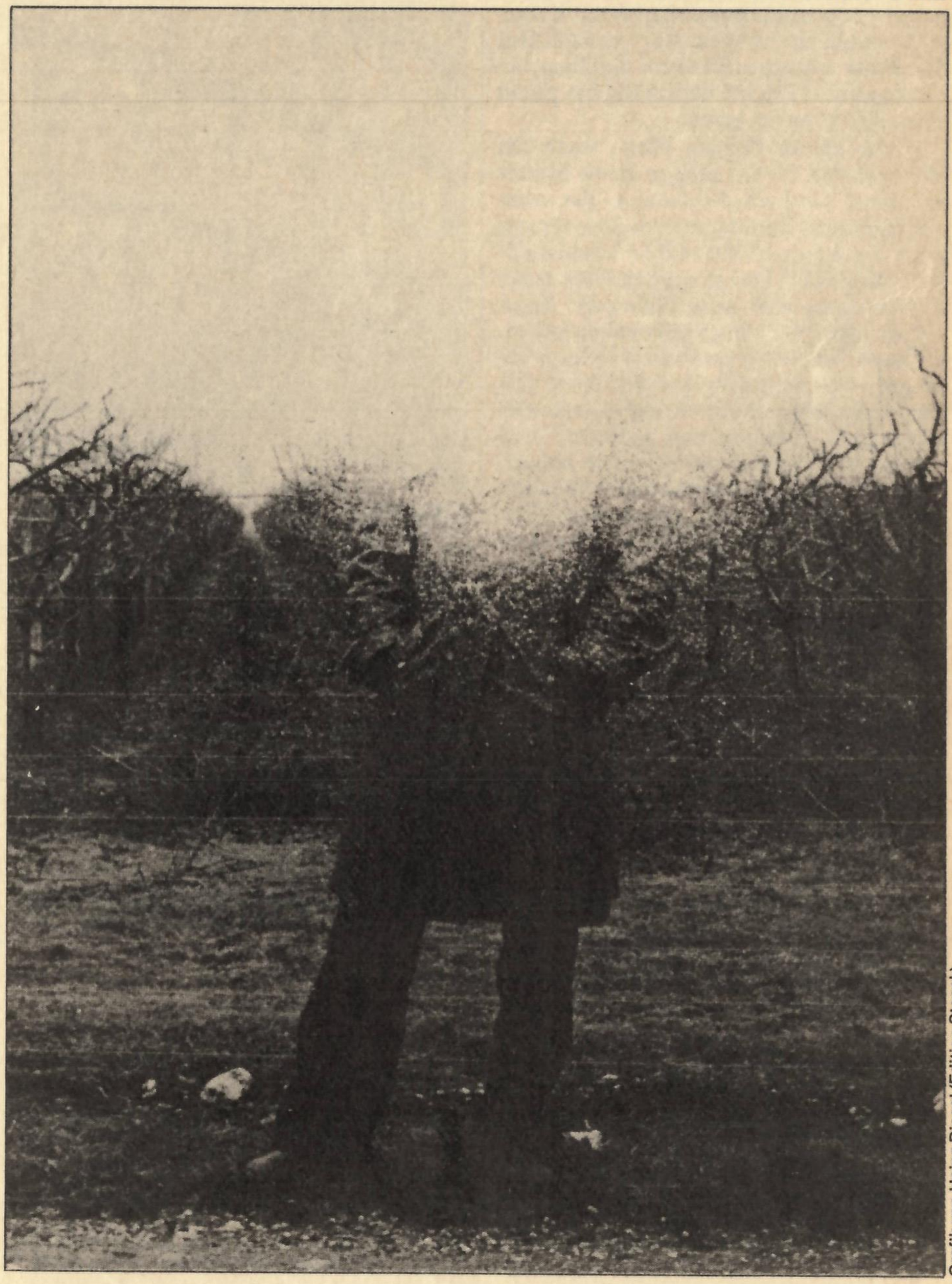
Was ihn bewog, das Gericht um ein Urteil zu bitten, waren jedoch nicht diese Ereignisse, sondern seine Unfähigkeit zu schreiben, unter der er neuerdings litt. Er war sicher, alles im Kopf zu haben, was er aufschreiben wollte, aber zugleich hielt er sich selbst von der Arbeit ab. Die Tätigkeiten, mit denen der Morgen begann, zogen sich immer mehr in die Länge, und wenn er endlich so weit zu sein glaubte, mußte doch noch etwas rasch erledigt werden.

Einige Wochen lang glaubte er, sich selbst überlisten zu können, begann den Tag mit leichten Gartenarbeiten, pflanzte Bäume und Büsche, verlegte Sandsteinplatten hinter dem Haus, räumte die Scheune auf, betonierte Zaunpfosten ein, reparierte die Schafgatter und tat, was ihm gerade einfiel, in der Hoffnung, seinen rätselhaften Tätigkeitsdrang zu befriedigen und in den Nachmittagsstunden schreiben zu können.

Aber sobald er mit derartigen Nebenarbeiten fertig war, mußte er sich erst duschen, Kaffee kochen, eine Stunde aufs Sofa legen und wenn er schließlich glaubte, jetzt schreiben zu können, fiel sein Blick auf eine Zeitung, die er noch nicht gelesen hatte, oder er entdeckte einen Brief, der sofort beantwortet werden mußte.

Renate wunderte sich, mit welcher Bereitwilligkeit er seit einiger Zeit im Haushalt half, mehrmals die Woche das Mittagessen kochte und fragte, ob er für sie etwas erledigen könne.

Wenn er es endlich geschafft hatte, sich an den Schreibtisch zu setzen, hatte er alles vergessen, was er aufschreiben wollte. Manchmal fand er einen Satz, der ihm als Anfang geeignet schien, aber sobald der Satz auf dem Papier stand, bildete er eine Mauer, die kein weiteres Wort hindurchließ. Dann



Grafik von Heinz Diesel (Edition Staeck)

glaubte er, der Satz sei schuld, strich ihn aus und stierte auf das Papier.

Wenn ihm nach einiger Zeit noch immer nichts einfiel, riß er das Papier aus der Maschine, in der Hoffnung, ein unbeschriebenes Blatt werde die Gedanken anlocken.

Als er angefangen hatte zu schreiben, im September des Vorjahres, war er überzeugt gewesen, die Idee für ein taugliches Buch zu haben. Er war voller Einfälle und Erinnerungen, innerhalb weniger Tage hatte er ein Konzept aufgestellt, das er nur noch auszufüllen brauchte mit dem, was er wußte. Inzwischen war das Konzept längst unbrauchbar, und jeden Tag vergaß er ein bißchen mehr von dem, was er eigentlich schreiben wollte.

Also machte er sich auf den Weg in das Zimmer mit den Blattpflanzen auf dem Fensterbrett und der Justizsekretärin, die immer Kaffee kochte, und fand es auf Anhieb. Sie wies auf die Tür, die Fritz ebenfalls bereits kannte, kaum daß er nach Richter Propheter gefragt hatte.

Die fünf Richter saßen diesmal nicht auf der Richterbank, sondern an verschiedenen Stellen im Saal. Der eine flegelte sich auf der Anklagebank und las Zeitung, der andere baute aus Aktenstücken ein Kartenhaus, das er mit einer Handbewegung umwarf, der dritte lag ausgestreckt und offenbar schlafend auf einer Bank, auf der üblicherweise die Sachverständigen sitzen, der vierte saß rittlings auf dem Zeugenstuhl und schaute Fräulein Bürstner bei der Arbeit zu, und der Vorsitzende hatte es sich an dem kleinen Tisch des Justizwachtmeisters gleich neben der Eingangstür bequem gemacht.

»Als er angefangen hatte zu schreiben, war er überzeugt gewesen, die Idee für ein taugliches Buch zu haben«

Fräulein Bürstner bügelte mit einem Reisebügeleisen auf der Schreibunterlage ihre weiße Dienstbluse, die sie zu dem Zweck ausgezogen hatte. Niemand beachtete Fritz, der zögernd an Propheters Tisch trat. Die Richter hatten offensichtlich Verhandlungspause, was ihm sehr gelegen kam. Unbeschwert von den Zwängen des prozessualen Rituals und der gerichtlichen Würde ließe es sich vielleicht leichter reden, auch wenn die Herren ihre Amtstracht noch nicht abgelegt hatten.

Propheter hatte ein buntgeblümtes Schnupftuch auf dem Tisch ausgebreitet, hielt in der linken Hand den Verschluß seiner Thermosflasche und nahm mit der rechten eine neue Klappstulle, während er noch kaute. Vor sich hatte er die Thermosflasche, eine Metallschachtel, in der sich die Brote befanden, einen Plastikbecher mit Fruchtyoghurt, einen Teelöffel aus Plastik und eine Apfelsine.

Bitte setzen Sie sich doch und holen Sie sich einen Stuhl, sagte er. Fritz tat, wie ihm geheißen wurde, während Propheter mit einer einladenden Handbewegung auf die Mahlzeit wies. Darf ich Ihnen etwas anbieten? Den Yoghurt vielleicht? Soll sehr gesund sein. Fritz machte eine Geste, die andeuten sollte, daß Propheter sich keine Mühe machen solle und sagte: Ich möchte Ihnen nichts wegessen.

Aber nein, essen Sie nur, sagte Propheter eindringlich und schob ihm den Yoghurtbecher zu. Es schien Fritz reichlich intim, wenn er den Yoghurt annahm, andererseits dachte er daran, daß jedes menschliche Verhalten damit anfängt, sich das Essen zu teilen, statt es sich streitig zu machen.

Nun denn, sagte Propheter mit vollem Mund, während er erneut von der Stulle abbiß. Fritz öffnete den Yoghurtbecher und sagte: Vielleicht kommen wir uns auf diese Weise näher.

Sie wollen sich also beschweren, antwortete Propheter, daß Ihr Verfahren so lange dauert. Er schob das restliche Brot mit einem Schubs in den vollen Mund, nahm den Becher und trank einen tiefen Zug, um sich das Kauen zu erleichtern. An seinem rechten Mundwinkel hing ein Speiserest, der Fritz irritierte.

Nun ja, sagte er, irgendwann müssen die Ermittlungen doch abgeschlossen sein. Es ist eigentlich nicht meine Art, sagte Propheter, in der Mittagspause über Amtsgeschäfte zu reden. Dabei kaute er unentwegt, Fritz hatte Mühe, ihn zu verstehen. Aber Ihr Fall liegt im Grunde genommen ganz einfach.

Fritz wußte nicht recht, wie er die Äußerung verstehen solle und sagte nur: Ganz meine Meinung. Propheter hatte fertig gekaut und spülte mit der restlichen Flüssigkeit nach. Er schien die Hauptmahlzeit beendet zu haben; denn er klappte jetzt die Brotbüchse zu und sagte, während er den Becher mit einer Ecke des Schnupftuches auswischte und auf die Thermosflasche schraubte: Nicht so, wie Sie meinen, mein Lieber.

Glauben Sie ernsthaft, mit einem Prozeß davonzukommen, als wären Sie betrunken Auto gefahren wie ein gewöhnlicher Eierdieb? Gewiß, Ihr Verbrechen ist nicht schwer, aber es weist doch in seiner Grundtendenz eine Eigenart auf, die heutzutage weit schwerere Verbrechen hervorbringt. Vielleicht werden Sie mit einer leichten Strafe davonkommen, das werden die Verhältnisse entscheiden, unter denen Ihr Prozeß stattfinden wird. Aber das enthebt uns nicht der Aufgabe, den Kern Ihres Delikts zu beweisen, und mit aller Deutlichkeit als das Grundübel unserer Zeit zu kennzeichnen: Ihre staatsabträgliche Gesinnung.

Sowas kostet Zeit, Herr Buchonia. Ein solches Beweisverfahren will gründlich vorbereitet sein. Einen solchen Prozeß kann man nicht alle Tage machen. Momentan scheint die Öffentlichkeit zu schlafen, es haben schon einige Monate keine Verbrechen aus Staatsfeindschaft mehr stattgefunden. Der Augenblick ist ungünstig. Also müssen Sie warten.

Während dieser Sätze räumte er alle seine Utensilien in eine Einkaufstasche, die er ne-

SOPO
SOZIALISTISCHE POLITIK

Wissenschaftliche Zeitschrift für marxistische Diskussion und demokratischen Fortschritt

Vierteljährlich herausgegeben in Berlin (West), 10. Jahrgang

Redaktion: Hans-Werner Franz, Pierre Franzen, Bernhard Heidtmann, Robert Katzenstein, Hella Stern, Hans-Jürgen Weißbach. **Wissenschaftlicher Beirat:** Veit Michael Bader (Amsterdam), Kurt Bayertz (Köln), Roy Bhaskar (Edinburgh), Hans Jochen Brauns (Berlin-West), Werner Goldschmidt (Hamburg), Hans Heinz Holz (Marburg), Klaus Holzkamp (Berlin-West), Jörg Huffschmid (Bremen), Uffe Juul Jensen (Aarhus), Ulf Kadritzke (Berlin-West), Hans Jürgen Krysmanski (Münster), Dieter Läpple (Eindhoven), Gerd Mattenklott (Marburg/Berlin-West), Alessandro Mazzone (Rom), Michael Nerlich (Berlin-West), Rainer Rilling (Marburg), Hans Jörg Sandkühler (Bremen), Enrique Semo (Mexiko), Heinz Wagner (Berlin-West).

SOPO 45 Sept. 1978

K. Maase, H. Müller, H. Preiss, E. Schöfer

Perspektiven gewerkschaftlicher Kulturarbeit

R. Bayreuther: **Monopolbegriff bei Altvater und Katzenstein**
M. Paetau, M. Ellwardt, W. Roth: **Inflationsdiskussion**
A. Neusüss: **Bürger und Staat**
F. Tomberg: **Studentenstreiks**
A. Mazzone: **Der schwarze Kern der roten Brigaden**
J. Brockmeier: **Renaissance (I)**
A. Mazzone: **Kapitalfetischismus (III)**
E. Hültenschmidt/G. Schubring: **Kritik an Ruben und Rilling**
Rezensionen

SOPO 46

Schwerpunkt Gewerkschaftspolitik;
Arbeitsbedingungen und gew. Kampf, Bürgerinitiativen und Gew., Rationalisierung, Mittelstand,
Schwerpunkt Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie,
Fortsetzung des Kulturschwerpunkts aus SOPO 45,

Preis des Einzelheftes	**DM 9,80**
Jahresabo (4 Hefte + Porto)	**DM 36,00**

ausschneiden und einsenden an

verlag das europäische buch
Thielallee 34, 1000 Berlin 33

Hiermit bestelle ich die SOPO für ein Jahr (4 Hefte), beginnend mit Heft . .

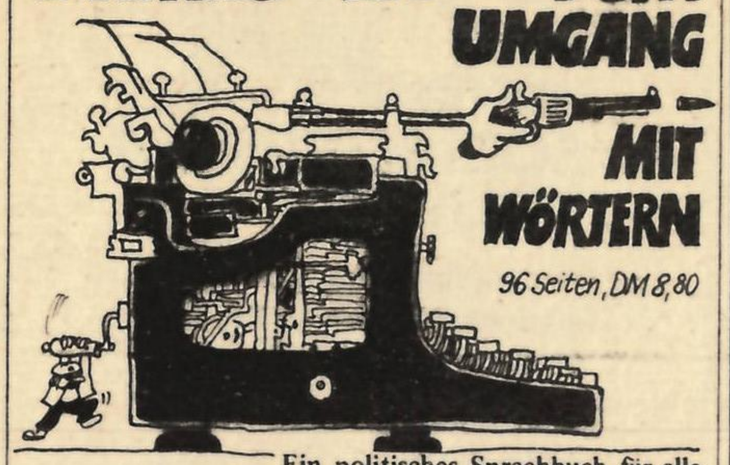
Name . . . . . .

Straße . . . . . .

PLZ/Ort . . . . . .

. . . . . .
(Datum/Unterschrift)

E.A.RAUTER



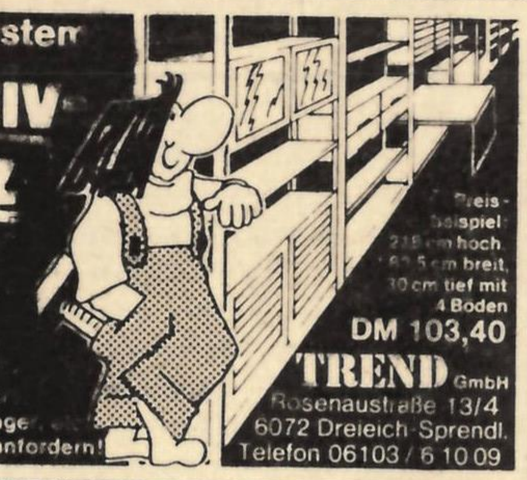
VOM UMGANG MIT WÖRTERN

96 Seiten, DM 8,80

Ein politisches Sprachbuch für alle Zeitungsleser. Der Fortsetzungsband zu " Wie eine Meinung in einem Kopf entsteht". Dieses Buch will Leser empfindlich machen dafür, daß die Politik der Wörter ein Interesse des Schreibers verschleiert oder verdeutlicht.

Weismann Verlag

Regalsystem aus Massiv Holz



in vielen Höhen
Tiefen Breiten
Böden alle 5 cm
verstellbar
mit Schubladen
Schränken Tisch
Für Wohnung Büro
Laden Atelier Lager
Sofort Prospekt anfordern!

Preis-Beispiel
218 cm hoch
80,5 cm breit
30 cm tief mit
4 Böden
DM 103,40

TREND GmbH
Rosenaustraße 13/4
6072 Dreieich-Sprendl.
Telefon 06103 / 6 10 09

Eben erschienen
K. Schärding
Deutschlandlied
(28 S., roter Lederkarton, DM 3,80)

Die stark umstrittene Lyrik und Prosa des Autors zu Krieg und Gewalt, Glauben und Liebe
Ausf. Prospekte: **Rinnamara-Verlag**
757 Baden-Baden, Beuttenmüllerstr. 17
Achtung: 20% Rabatt für KONKRET-Leser, wenn Sie uns diese Anzeige bei Bestellung mitschicken!

Neu im Herbst 1978

Ernst Sommer, Revolte der Heiligen. Reprint. Gewidmet den Helden des Warschauer Gettos, zuerst publiziert 1944 in Mexiko. Ca. 240 Seiten. Pressestimmen. Koproduktion mit LITPOL. Ca. 15,—
Arthur Silbergleit, Der ewige Tag. Gedichte. Hrsg. von der Künstlergilde der Jüdischen Gemeinde Berlin 1935. 31 Seiten. Neu hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Horst Bienek. Ca. 9,—
Gerald K. Zschorsch, Schattenstadt. Lyrik, Prosa, Funkerzählung. Ca. 100 Seiten, Koproduktion mit Guhl. Ca. 8,—

Zeitschrift europäische ideen

Heft 38 — Erziehung zur Würde
Havemann, Nollau, Bahro, H. Brandt, W. Leonhard, J. Becker, E. Pohl, Kolakowski, Wirpsza, Böll, Kundera, Jentzsch, Grass/Kaiser, Rühmkorf, Heinrichs.
Heft 39 — Anarchismus, Faschismus
Augustin Souchy, Tilo Medek, E. Hilsenrath, E. Sommer, Heinrichs, Heynicke, Sonka.
Heft 40
G. Zwerenz, R. Giordano, J. Jäckel, Drewitz, Bienek, Reinfrank, H. Kesten, Pohl, Stübs, Heynicke.
Heft 41 — John H. Herz 70. Geburtstag
Ossip K. Flechtheim, J. Agnoli, P. von Oertzen.
Heft 42 — China heute — Redaktion: M. Hammer
Heft 43 — Altern/Tod, Mühsam-Umfrage
pro Heft 5,—; Abo '78: 6 Hefte, 27,— + Versand

Verlag europäische ideen

Postfach 246, 1000 Berlin 37

Neu im Herbst 1978

ben dem Tischbein abgestellt hatte, so daß nur noch die Apfelsine auf dem Schnupftuch lag. Er holte ein Taschenmesser aus der Hosentasche, klappte es auf und schälte die Apfelsine, wobei er seine Rede wieder aufnahm.

Was meinen Sie, was Sie den Staat schon gekostet haben, Herr Buchonia. Ich habe hier die Stundenzettel der Beamten, die mit Ihrem Fall bisher befaßt waren. Er griff in die Tischschublade und warf einen dicken Packen Papier auf die Tischplatte. Dazu kommen die Sachleistungen, die Maschinenstunden, ganz abgesehen von meiner Wenigkeit.

Was meinen Sie, was der Rechnungshof uns sagt, wenn diese Ausgaben nicht optimal genutzt werden. Der Bürger, der Steuern zahlt, hat Anspruch darauf, daß der Staat seine Mittel angemessen einsetzt.

Ich muß sagen, ich bin etwas enttäuscht von Ihnen. Sie gehören zu einer winzigen Bevölkerungsgruppe, der die Behörden überproportional Beachtung schenken. Es stünde besser um unser Land, wenn wir alle Bevölkerungsgruppen mit derselben Gründlichkeit betreuen könnten wie Sie. Und ausgerechnet Sie wollen sich beschweren.

Er zerlegte die Apfelsine in zwei Hälften und schob sich die eine Hälfte in den Mund, so daß der Saft aus beiden Mundwinkeln lief. Dabei schob er den Kopf vor, um sich nicht zu bekleckern, und hob das Schnupftuch auf, um sich abzuwischen. Schließlich schluckte er einige Male heftig und würgte das Stück auf einmal hinunter. Puh, sagte er, und atmete tief durch. Auf seiner Stirn stand Schweiß, den er ebenfalls mit dem Schnupftuch abtupfte.

Ich habe nichts gegen Sie persönlich, Herr Buchonia, das habe ich Ihnen schon bei unserem ersten Gespräch gesagt. Sie sind ja nicht eigentlich straffällig geworden, und wenn bei Ihnen nicht eine spezielle Überzeugung hinzukäme, wären Sie überhaupt nicht strafbar. Ihre Gesinnungslage legen Sie doch nicht ab, wenn wir sie jetzt bestrafen. Sie sehen also: Es ist wirklich nicht der geeignete Moment, Ihnen den Prozeß zu machen, verehrter Herr Kollege. Es wäre rausgeworfenes Geld. Das müssen Sie einsehen.

Er betrachtete jetzt die andere Hälfte der Apfelsine und schien zu überlegen, ob er das zweite Stück zerlegen solle, bevor er es in den Mund schob. Mit einer plötzlichen Bewegung schob er das Stück zu Buchonia hinüber und sagte: Essen Sie das? Ich mag keine Apfelsinen.

Fritz zögerte einen Moment, dann begann er mechanisch die Apfelsine zu zerlegen und legte die einzelnen Scheiben in einer Reihe auf das Schnupftuch. Propheter nahm seine Rede wieder auf, während er ebenso mechanisch wie Fritz die Scheiben in den Mund schob. Warum wollen Sie Ihr Verfahren beenden? Sie sollten dankbar sein, daß die Justiz es bislang nicht für opportun gehalten hat, eine Verhandlung einzuberaumen. Das kleine Verfahren gegen Herrn Sangmeister werden Sie sicher verzeihen. Es war ein Scherz, wie man ihn sich bisweilen mit Angeklagten erlaubt, um das Leben etwas kurzweiliger zu gestalten und dem Angeklagten den Ernst seiner Lage vor Augen zu halten. Haben Sie Feuer?

Fritz kramte nach Streichhölzern, reichte Propheter das brennende Hölzchen und sagte nur, da der Vorsitzende von sich aus auf alle Fragen zu sprechen kam, die er zu erörtern wünschte: Selbstverständlich. Propheter zündete sich die Zigarette an, blies das Streichholz aus, rubbelte mit Daumen und Zeigefinger den Ruß ab und popelte sich mit dem Stumpf des Hölzchens in den Zähnen herum, während er in tiefen Zügen rauchte.

Was haben Sie davon, wenn Sie jetzt freigesprochen oder verurteilt werden? Seit Monaten beschäftigen Sie sich mit nichts anderem als mit Ihrem Strafverfahren, ja es ist sogar schon an die Stelle Ihrer Existenz getreten. Uns liegen Erkenntnisse vor, daß Sie seit Monaten nichts mehr geschrieben haben. Das Verfahren, das wir gegen Sie angestrengt haben, hat Ihrem Leben einen neuen Sinn gegeben. Wollen Sie sich dessen auch noch berauben. Was glauben Sie denn, was Sie sind? Mann, Buchonia? Wir haben Sie durch dieses Verfahren zu etwas gemacht! Wären Sie je auf die erste Seite der großen Tageszeitungen gelangt, ohne dieses Verfahren? Ihre Lesungen sind besser besucht als früher, Ihre Bücher verkaufen sich besser, seit Sie gelegentlich ausgeladen werden und die Presse den entsprechenden Wind dazu macht. Man interessiert sich für Sie. Natürlich, es liegt uns fern, aus Ihnen einen Märtyrer zu machen. Aber wir geben Ihnen die Chance, sich selber dazu zu machen. Ist das etwa nichts? Und das wollen Sie von einem Tag auf den anderen aufgeben?

Fritz stand auf, wortlos, und ging. Propheter hatte recht. Die Justiz verfolgte ihn nicht nur. Sie gab ihm auch eine Chance. Er fühlte sich beschämt. Der Boden tat sich unter ihm auf. Er glaubte den Querschnitt einer unterirdischen Anlage zu erblicken, in der es von Menschen wimmelte. Der Saal, der sich ihm eröffnete, sah aus wie eine große U-Bahnstation, die stillgelegt war und jetzt als Gebraucht-Möbellager diente. An vergammelten Kochherden standen Leute und machten sich Frühstück, in ausrangierten Schlafzimmern und Matratzengrüften lagen Menschen und schliefen.

Zuhause angekommen, packte er seine Manuskripte in eine große Plastiktüte und nahm das Köfferchen aus dem Kleiderschrank, das er vor seiner Verhaftung gepackt hatte. Bevor er sich aufmachte, blickte er noch einmal aus dem Giebelfenster, mit dem alles angefangen hatte.

Renate arbeitete unten im Garten, er sah ihr blaues Kopftuch leuchten und hielt einen Augenblick inne. Noch immer erschienen ihm der Rasen vor dem Haus mit den blühenden Büschen drumherum und der wohlgeordnete Garten, der Kugelbaum, unter dem er fünf Sommer lang gesessen hatte, und das Fachwerkhaus, dessen Ächzen und Knacken ihm in Zukunft fehlen würden, als Ausdruck eines beschaulichen Lebens, das er seit seiner Jugend gesucht hatte.

Aber er ging fort, ohne eine Nachricht zu hinterlassen.

So wurde das Chotjewitz-Buch noch von Bertelsmann vorgestellt. Im Oktober wird es nun im Berliner Rotbuch Verlag erscheinen.

Mit gemischten Gefühlen

...heißt eine 608 Seiten starke Anthologie deutscher Gegenwartslyrik im Goldmann Taschenbuchverlag. Mehr als 80 Autoren haben an dieser »Dokumentation des ersten deutschen Lyrik Festivals« (beim Hamburger Literatrubel 1977) mitgewirkt. Für 12,80 Mark eine preiswerte, sehr gut gemachte Übersicht. Nachdem Goldmann in diesem Jahr schon ebenso sachgerecht die beiden Bände »PEN — Bundesrepublik Deutschland« und »VS vertraulich — IV. Schriftstellerkongreß Dortmund« herausbrachte, sollte man eigentlich denken, er machte sich um die Schriftstellerei in diesem Lande zunehmend verdient. Diese Blume könnte sich zugleich der Münchener Bertelsmann-Chef Olaf Paeschke ans Revers heften. Er hätte die Goldmann-Taschenbuchfabrik nicht nur übernommen wie vorher schon andere Verlage, sondern zugleich überholt, erneuert, der besseren Literatur zugewendet.

Wäre da nicht die fatale letzte Seite mit folgendem Epilog: »Diese Dokumentation enthält auch Gedichte, mit deren Inhalt sich der Verlag durchaus nicht identifizieren kann. Um der Vollständigkeit willen, und auch um jeden Anschein von Zensur zu vermeiden, erscheinen sie dennoch in dieser Sammlung.«

Aber wie denn sowas, Herr Paeschke? Gerade lassen Sie konsequent die gesamte AutorenEdition hochgehen, deren weitere Verbreitung im Goldmann Taschenbuchverlag damit zum Glück noch abgewendet werden kann, und nun diese zwiespältige Souveränität? Soll denn schon wieder ein einziges Buch einen ganzen Verlag verseuchen?

Einen von zwei Vorschlägen sollten Sie beherzigen, damit endlich Klarheit herrscht. Entweder, alle Bertelsmann-Goldmann-Bücher erhalten folgenden eindeutigen Spruch: »Der Verlag identifiziert sich durchaus nicht und gibt das Copyright an den Autor zurück, sobald irgend jemand einen Verstoß gegen die §§ 88a, 129 und 130 StGB zu erblicken meint.« Dann könnten sie sofort die Kündigung der AutorenEdition rückgängig machen und bräuchten nie wieder ein juristisches Gutachten einzuholen, worüber sich alle immer so ärgern. Oder aber, Sie lassen das Publizieren von Literatur einfach sein und heiraten die Tochter eines Bundesanwaltes. Dann könnten Sie wieder ruhig schlafen.

Uwe Friesel

berliner EXTRA dienst

Die Neue

3.WM 3.WELT MAGAZIN

Herausgeber: Verlag + Druck Informdienst GmbH

TAGESZEITUNG

Herausgeber: progress-dritte-welt-verlag pdw

EINE LINKE TAGESZEITUNG – SCHWER VORSTELLBAR!

Das haben wir – die Leute vom EXTRA-Dienst – auch jahrelang gedacht. Und wir haben jahrelang herumprobiert. Nun wagen wir das Unvorstellbare: Denn wir haben inzwischen nicht nur einen gleichgesinnten Partner gefunden – das Dritte-Welt-Magazin – , sondern auch eine Form, wie's gehen kann, ohne daß Millionen von einer ausufernden Papierflut verschlungen werden.

Ein Nachrichtenblatt, knapp und klar: das ist unser Ziel. Wir wollen keine Leser, die den Wald vor lauter (abgeholzten) Bäumen nicht mehr sehen.

Diesen neuen Zeitungsstil – inhaltlich wie formal – kann man auf wenig Platz schwer vorstellen. Sie müssen die Zeitung in die Hand bekommen! Und das bald!

AM FREITAG, DEN 22. SEPTEMBER, BRINGT IHNEN DIE POST KOSTENLOS DIE NEUE LINKE TAGESZEITUNG INS HAUS!

In diesem Jahr nur einmal, an diesem einen Tag. Mit der Voraus-Nummer wollen wir uns der Kritik und der Solidarität unserer künftigen Leser stellen. Bei uns soll niemand die Katze im Sack kaufen, sondern das Blatt auf dem Tisch abonnieren.

Was für eine Informationspolitik wir machen wollen?

- Volle Anwendung und konkrete Verwirklichung des demokratischen Verfassungsauftrags
- Gewerkschaftsorientiert, da wir die deutsche Gewerkschaftsbewegung für die wichtigste gesellschaftliche Kraft zur Verteidigung der Grundrechte und zur offensiven Durchsetzung demokratischer Verfassungsinhalte wie sozialer Menschenrechte halten
- Internationale Solidarität gegen die Herrschaft des internationalen Kapitals wie auch Unterstützung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt als Ausdruck des Kampfes ihrer Völker für Selbstbestimmung und volle Souveränität

Doch bleiben solche Positionsansätze in einem kurzen Werbetext Klischees, die zu wenig über Ihre neue Zeitung sagen, über täglich 1,4 Quadratmeter Nachrichten und noch 'mal Nachrichten, Analysen und Kommentare.
Legen Sie daher diese Anzeige nicht erst in eine Schublade, sondern füllen Sie gleich den Coupon untern aus – eine Postkarte tut's auch – und lesen Die Neue. So wird Ihre Tageszeitung heißen, ab Februar, sechsmal die Woche. Sonntags nie.

Auf Wiederlesen am 22. September!

COUPON: (ausfüllen - ausschneiden und zusenden!)

An den EXTRA-Dienst, Pfalzburgerstrasse 20, 1000 Berlin-31.

Bitte senden Sie mir kostenlos die Voraus-Nummer der NEUEN am Freitag, den 22.September, zu!

Name .....

Straße .....

Wohnort (...) .....

Räuber & Schandi & Berufsverbote

Yaak Karsunke über eine Dokumentation, die mehr ist als ein masochistisches Ritual

Ein Lieblingsprodukt der bundesdeutschen Linken sind Dokumentationen - meist von Niederlagen. Jeder von uns kennt die überquellenden Büchertische in den Vorräumen linker Veranstaltungen: Dokumentation zum Polizei-Einsatz in, zum Prozeß gegen, zum Hungersteik von, zur Schließung des Jugendzentrums, zur Räumung besetzter Häuser. So legitim es zweifellos ist, von der veröffentlichten Meinung unterschlagene Informationen und Tatbestände wenigstens links-intern zu publizieren - ich frage mich manchmal, wer all das noch liest, und wie es jemandem gehen mag, der das etwa wirklich alles liest. Häufig verdoppeln diese Broschüren nämlich das Schlechte lediglich verbal (und natürlich anklagend), der Leser bekommt zum aberhundertsten Mal konkrete Belege für etwas, was er schon vorher wußte: wie ungerecht, menschenunwürdig und zerstörerisch unsere kapitalistische Gesellschaftsorganisation ist und daß es meist wir armen Linken sind, die am Ende von den (Polizei-) Hunden gebissen werden.

So verkommen Teile der notwendigen Gegenöffentlichkeit zu masochistischen Ritualen: wenn wir gar nichts mehr machen können, machen wir eben eine Dokumentation. Daß die im Leser dann wenig mehr erzeugt als ein Gefühl von hilfloser Ohnmacht und Resignation, darüber wird in vielen Fällen nicht oder nicht genug nachgedacht, obwohl das doch eine spannende Frage wäre: wessen politische Interessen bedient denn jemand, der Entmutigung in kleinen Portionen vertreibt, »zum Selbstkostenpreis zu beziehen über...«?

Wie Dokumentationen anders und politisch sinnvoll aussehen können, zeigen jetzt fünf »Theaterstücke zum Radikalenerlaß«, bearbeitet und zusammengestellt vom Arbeitskreis Theater Frankfurt und herausgegeben vom Sozialistischen Büro (Verlag 2000 Offenbach, 256 S., DM 12,--): »Wir meinen, daß damit wichtige Anregungen vermittelt werden können und außerdem zum Schreiben und Spielen ermutigt wird. Deshalb beschreiben wir auch, wie die einzelnen Stücke entstanden sind, welche Probleme beim Schreiben und Spielen auftauchten und wie die Stücke beim Publikum ankamen.« Neben den Stücktexten enthält das Buch also Berichte, Aufführungsfotos, Regie-Skizzen, Noten zu den Liedern und Songs sowie Pressespiegel der Kritiken.

Das Buch lädt ein zum Lernen und Selbermachen - es demonstriert auch, wie die jeweiligen Verfasser selbst gelernt und weiterentwickelt haben. Für seine »Alten und neuen Szenen zum Thema 'Radikale' etwa hat Peter Schneider auf Brechts »Messingkauf« zurückgegriffen, sein Bruder Michael benutzte ein Berufsverbots-Stück aus der Weimarer Republik (»Der Fall E.« von Ödön von Horvath) für seine Szenenmontage »Die Freiheit stirbt zentimeterweise«. Die Autoren der anderen Stücke griffen ihrerseits auf diese beiden Beispiele zurück: die »Originalität« bürgerlich-individueller Kunstproduktion mit ihren Eitelkeiten und Zwängen hat hier offenbar keine Rolle gespielt. Bei der Aufführung von Peter Schneiders Szenen steuerte Walter Mossmann selbst seine Lieder bei, andere Produktionen verwenden Texte von Erich Fried und Dieter Süverkrüp. Der Marburger Theaterhaufen z. B. hatte bei seiner Hexenhammer-Revue »keine Skrupel, alle möglichen Anleihen bei Revuen und Stücken von Piscator, dem TAT Frankfurt, dem Frankfurter Schauspiel und der Theatermanufaktur Berlin zu nehmen, da es uns weniger auf Originalität als auf die politische Wirkung ankommt«.

Wie diese Wirkung aber mit den szenischen Präsentationsformen zusammenhängt, darüber erfährt man wenig - auch die Aufführungsberichte sind noch sehr summarisch. Auf eine *lebendige* Tradition des politischen Theaters kann sich bei uns ja leider kein Theatermacher beziehen, meist werkelt da jeder isoliert oder höchstens mit punktuellen Lernansätzen wie den oben benannten. Erfreulich ist deshalb, daß die Herausgeber die »Theaterstücke zum Radikalenerlaß« als Versuch vorstellen, eine Reihe »Politisches Theater« zu starten. Als zweiter Band soll im Herbst eine Stücksammlung zum Thema »Arbeitslosigkeit und Rationalisierung« erscheinen sowie ein von der »Initiative Freiheit der Theaterarbeit« (IFTA) betreuter Band über Repression und Zensur im Theaterbereich - wobei die IFTA selbst den Versuch betroffener Theaterleute darstellt, sich koordiniert gegen den Abbau von Kunst- und Meinungsfreiheit zu wehren.

Sowohl die geplante Reihe wie die IFTA bieten Möglichkeiten, progressive Theaterarbeit aus dem Stadium vereinzelter Versuche herauszubringen, Erfahrungen und Erfindungen auszutauschen sowie die kollektiv ja bereits vorhandenen Möglichkeiten nun auch wirklich kollektiv nutzen zu können - ein in einzelnen Köpfen akkumuliertes Spezialwissen allgemein zu machen und jedem, der Lust daran und dazu hat, dabei zu helfen, selbst aktiv zu werden.

Theater ist nämlich nicht nur billiger als die anderen Medien, es ist vor allem sinnlicher und direkter. Und es ist - ursprünglich - eine allgemein menschliche Ausdrucksform: alle Kinder spielen Theater, ob nun Räuber & Schandi, Trapper & Insche, Vater & Mutter oder die zurecht so beliebten Doktorspiele (an denen auch leicht zu begreifen ist, daß Theater, Lernen und Vergnügen zusammengehören). In dem hier besprochenen Band hat zuguterletzt Norbert Kentrup auf knappen zwei Seiten sehr schön beschrieben, »wie man vielleicht den Respekt vorm Theatermachen verlieren könnte«. Nicht ohne List gelangt er zu einem beherzigenswerten Fazit: »Spielfreude, Spontaneität, Spaß und Sinnvermittlung stehen eigentlich nicht im Widerspruch zu Theater(spielen).«

Die Entheiligung Wagners im Heiligtum der deutschen Knoten

Bernhard von Mutius war im Gesamtkunstwerk Bayreuth

Es gibt eine schöne Bemerkung über Wagner und Bayreuth aus dem Jahr 1876, dem ersten Festspieljahr: »In diesem Gasthof gab's nur noch ein freies Zimmer, und zugleich kündete uns der Wirt die schauerliche Mär, daß wir schwerlich anderswo ein Unterkommen finden würden, indem die Stadt überschwemmt sei, teils infolge eines Müller- und Bäckerkongresses, teils durch Leute aus allen Weltteilen, die sich von dort zu dem *Bayreuther Narrenfest des Staatsmusikanten Wagner* begeben wollten. Und so war's. Wir irrten lange in der großen Stadt neben dem Karren herum; weder die kleinste Kneipe noch das größte Hotel bot Asyl; alles, was wir gewannen, war eine oberflächliche Bekanntschaft mit dem *Ursitz (höchst interessantem) des deutschen Knotentums*.« Das schrieb Karl Marx (in einem Brief an Engels vom 19. 8. 1876) und er hatte allen Grund dazu, so verächtlich über Wagner zu urteilen.

»Heil! Heil dem Kaiser! König Wilhelm! Aller Deutschen Hort und Friedenswehr!« so tönte es im *Kaisermarsch*, den Wagner wenig zuvor für die Sedansfeier gedichtet und komponiert und - im Jahr der Niederschlagung der Pariser Kommune - vor den Augen des so Geehrten dirigiert hatte. Der laut dröhnende Gründungstaumel des preußisch-deutschen Reiches hatte in Wagner seinen Kapellmeister gefunden und von nun an war das Wagnersche Pathos nicht mehr wegzudenken aus den 'Kultur'-darbietungen und Festansprachen, mit denen die deutschen Herrscher von Wilhelm I. über Wilhelm II. bis hin zu Hitler ihre Blut-, Eisen- und Bodenpolitik zu umrahmen pflegten.

1840/41 noch hatten Wagner *und* Engels dramatische Abhandlungen über den römischen Volkstribunen Rienzi geschrieben. Doch während der eine von hier aus sich aufmachte, schärfer die *Widersprüche der sozialen Realität* zu erfassen, ging der andere von nun an den Weg, die Widersprüche im *Mythos aufzulösen* und die *(Er)lösung* überall, nur immer weniger in der konkreten Wirklichkeit des Kampfes der Klassen zu suchen. Und da er in seiner titanischen Weise *überall* suchte und fand - germanische Heldensagen und ritterlichen Minnegesang, christliche Heilslehre und Schopenhauersche 'Willens'-Metaphysik, Psychologisierendes und Rassentheoretisches - und all dies zu so glänzenden Gesamtkunstwerken zusammenschmolz, konnte er auf so reiche Weise den antiaufklärerischen, antisozialen Geist der deutschen Reaktion befruchten. Das Monumentalische, ohne das Soziale, das ist es, was uns so grausen macht vor Wagner, weil es in so grauenhafter Weise die großmächtige Entwicklung Deutschlands beflügelt hat.

Doch Wagner war nicht nur *Staats*musiker, er war beileibe kein flacher Hofmusikant, der sich satt und zufrieden mit der bürgerlichen Gesellschaft versöhnt hätte. Vielmehr waren das Sich-Nicht-Abfinden-Können mit der Realität, der *Widerspruch* zu den niedrigen und erniedrigenden Verhältnissen die eigentlichen Antriebsfedern seines künstlerischen Schaffens. So wäre denn Wagners Aussage nicht zu verstehen ohne das Bekenntnis zu »Kunst und Revolution« und zu den »Prinzipien des Kommunismus« aus dem Jahre 1849 - wie theoretisch konfus das dort Gedachte auch sein mag.

So wäre denn Wagners umfassendstes Werk, der »Ring des Nibelungen«, nur mißzuverstehen, wollte man die Augen verschließen vor der in ihm enthaltenen Kritik am 'Fluch' des Goldes, des Privateigentums, ja, des kapitalistischen Privateigentums. So hätte ein Stück wie die »Meistersinger« nicht konzipiert werden können, ohne eine zumindest vage Ahnung von der schöpferischen Kraft des Volkes. So könnte man die geniale Wagnerische Idee des Gesamtkunstwerks nicht nachvollziehen, würde man den in ihr enthaltenen Anspruch ignorieren, den ganzen Menschen, mit Gefühl und Verstand, im Kunstwerk abzubilden.

Wieland und Wolfgang Wagners Bemühen, die Festspiele vom braunen Germanenschmodder zu befreien, war ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Entmythologisierung und Entheiligung Wagners. Wenn auch das von ihnen geprägte Motto »Hier gilts der Kunst - wir bitten von Gesprächen und Debatten politischer Art auf dem Festspielhügel freundlichst absehen zu wollen« - heute als historische Kuriosität erscheint, so half es doch mit, eine Atmosphäre zu schaffen, in der künstlerisch produktiv gearbeitet und die geistige *Auseinandersetzung* mit Wagner und seiner Zeit vorangetrieben werden konnte.

Das begann 1972 mit dem neugesehenen »Tannhäuser« von Götz Friedrich, damals

Wagner-Fan Strauß, Wagner-Fan Wagner (Wolfgang):
»Ein Gesellschaftsrevolutionär«

»Hier gilts der Kunst — wir bitten, von Gesprächen und Debatten politischer Art auf dem Festspielhügel freundlichst absehen zu wollen«

noch der »DDR-Friedrich«. »Tannhäuser war nicht mehr der Held eines Weihespiels, der zwischen irdischer und himmlischer Liebe hin- und hergerissen wurde, sondern ein Gesellschaftsrevolutionär«, schrieb damals in einem Leserbrief an die »Welt am Sonntag« nicht ganz unzutreffend ein gewisser Franz Josef Strauß, der das jedoch nicht als Analyse, sondern, dank seines verknoteten Gehirns, als Anklage verstanden wissen wollte. 1976, im Jubiläumsjahr der Festspiele, folgte der »Ring des Nibelungen« in der Regie von Patrice Chéreau. »Ich habe gesagt, daß ich 'Zeitlosigkeit' nicht verstehe. Jede Mythologie ist aus einer bestimmten Epoche« erklärte Chéreau und setzte den Kampf um das Gold in einer Form in Szene, welche die zeitgeschichtliche Realität, d. h. die Realität der sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsweise nicht verleugnete.

Dieses Jahr nun kam neu hinzu der »Fliegende Holländer«, inszeniert von Harry Kupfer. Die Fabel vom »Holländer«, in der späteren Deutung Wagners zum Mythos verklärt, wurde von Kupfer wieder erhellt und entmythologisiert. Aus der Enge ihrer Spinnstuben- und Kleinstadtrealität flüchtet Senta in die Weite der Vision und erträumt sich den über die Meere fliegenden Holländer, der hier als gefesselter schwarzer Prometheus erscheint. Waren Erlebtes und Phantasiertes in der Sage zusammengewachsen, so wurden sie hier wieder getrennt und als Widerspruch von Realität und Traum voneinander geschieden.

Noch konnte es für diesen Widerspruch keine befreiende Lösung geben, wollte man nicht das Werk Wagners und dessen Entstehungszusammenhang willkürlich zurechtbiegen. Gleichwohl lag in Sentas Sehnsucht und in der gefesselten Kraft des schwarzen Prometheus etwas, von dem man ahnte, daß es einmal real werden könnte. Schon nach dieser Aufführung war klar, daß auf der Bayreuther Bühne etwas produziert wird, was in seinem künstlerischen und menschlichen Engagement, in seiner gedanklichen und emotionalen Faszination, weit herausragt aus der Kälte-Landschaft des gegenwärtigen bürgerlichen Kulturbetriebes mit Botho Strauß & Co, wie Michael Schneider sie hier letztens beschrieben hat. Daß ein Hoffnungsschimmer heute auch von Wagner und von Bayreuth ausgeht, ist dann wohl doch ein Schmuckstück historischer Dialektik.

Nicht nur mit dem »Holländer«, sondern natürlich auch mit dem »Tannhäuser« und dem »Ring« sind in der Werkstatt wirklich intelligente, fortschrittliche Aufführungen produziert worden. Und es gab, bei aller gedanklichen Schärfe, nichts grau Belehrendes, sondern durchweg farbiges Musiktheater, mit einer feinnervigen Musik, ganz wie es Bloch wohl gemeint haben mag: »Wagner läuft festlich, aber nicht als Festrede durch seinen Gesang. Ein Leicht-Neues ist stattdessen da und findbar, tunlichst mehr Mosel als Warmbier. Das und mehr wirft den falschen Ton ab, der durch die vielen falschen Kehlen so sehr gemehrt wurde«.

Einige Schreiber der nach links ausgerichteten Kulturseiten der rechten Blätter zeigten sich verwirrt über die vielen Buhrufe, die noch aus so manchen Kehlen gestoßen wurden, wenn die Vorhänge geschlossen, die Sänger beklatscht waren und sich Chéreau oder Kupfer dem Publikum zeigten. Das sei doch ganz und gar lächerlich, wurde da argumentiert, und: das müsse doch nun nicht mehr sein.

Allein, das ist nun gar nicht lächerlich und das kann gar nicht anders sein, zumindest bis auf weiteres nicht. Vielleicht müssen es nicht unbedingt Buhrufe sein, aber die Haltung, das Bewußtsein, welches diese produziert, wird bleiben, auch wenn nur innerlich widersprochen wird. Daß sich der Widerstand eines Teils des Publikums vor allem gegen die Regiearbeit von Kupfer und Chéreau richten muß, hat seine Ursache einfach darin, daß wir zwar keinen Staatsmusikanten Wagner mehr haben, aber noch allemal die deutschen Knoten, deren Bewußtsein sich nun wirklich nicht zuerst durch das Gesamtkunstwerk verändern läßt. Das war eben gerade der grundlegende Irrtum des Wagners von »Kunst und Revolution« und darin hat Marx dann doch recht, weit mehr als es in seiner zitierten Bemerkung zum Ausdruck kommt.

Wie sollte es denn anders sein, solange der leserbriefschreibende Kunstkenner Strauß zusammen mit seinem Gesinnungsfreund Goppel das Ambiente des Gesamtkunstwerks Bayern bestimmen und dort eine Regie führen, daß es ein moderner Tannhäuser doch einmal wagen sollte, einen anderen Widerspruch als den »zwischen irdischer und himmlischer Liebe« in Schule und Fabrik zum Ausdruck zu bringen.

Wie sollte es denn anders sein, solange die bundesrepublikanische Presse - vor allem diejenige, welche es nicht nötig hat, ihre Kulturseite links auszurichten, - noch folgende Einschätzungen über Bayreuth (und sich) abgeben kann: »Rund 5000 Zaungäste hatten sich eingefunden. Voller Erwartung waren die Blicke auf die zahlreichen Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur gerichtet - wobei natürlich die Kleider der Damen Gesprächsstoff Nummer eins lieferten...« »Nordbayrischer Kurier«, 26. Juli), oder »Chéreaus umstrittene Bayreuther Inszenierung von Wagners Tetralogie »Der Ring des Nibelungen« basiert auf dem Bemühen, dem wagnerischen Mythos die Mythologie der Gegenwart aufzupfropfen...Was Wagner als allgemeingültiges Geschehen zur Schau stellt, bringt Chéreau ins Licht linksintellektueller Zeitkritik. Der Franzose wird zu speziell, er provoziert Widersprüche« (»Rhein-Zeitung«, 5/6. August).

Sollten etwa die wagnerbegeisterten Spitzenkräfte aus Industrie-, Handels- und sonstigen Kammern oder etwa die kunstorientierte Creme der Kosmetik- und Feinkostbranchen, oder etwa die langjährigen Stützen des deutschen Geistes aus der höheren Beamtenschaft, oder vielleicht ganz einfach die Wagnerianer, die schon seit mehr als 40 Jahren dabeigewesen sind - sollten all diese, die zweifellos immer noch einen Großteil des Publikums ausmachen, der kritischen Gedankenarbeit und dem sozialen Engagement des »linksintellektuellen Chéreau« und des »DDR-Kupfer« herzhaft Beifall klatschen?

Open-air-Fetsival in Bayreuth: »Sollen die etwa dem 'linksintellektuellen Chéreau' oder dem 'DDR-Kupfer' herzhaft Beifall klatschen?«

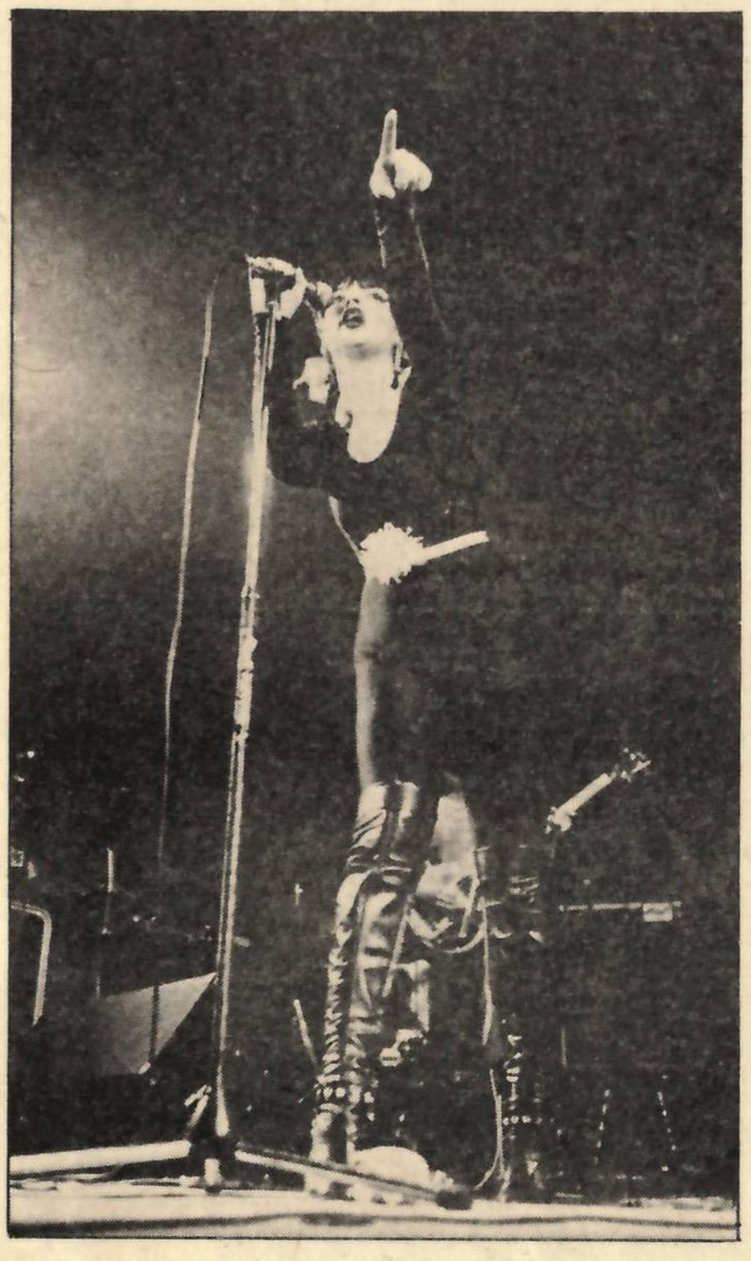
Pop

Unbeschreiblich weiblich

»Die wird noch ein ganz großer Weltstar«, sagt Wolf Biermann über Nina Hagen, die schon mal ein ganz großer DDR-Star war und jetzt im DM-Land als Rock-Sister wieder anfängt. Sonja Schwarz-Arendt stellt sie vor

Nina Hagen ist eine unserer Schwestern von drüben. Für die gesamtdeutschen Kulturbescheidwisser fällt die Ah-ja-Klappe: Brecht-Interpretin, Biermann-Freundin und so... Auch Schlager, stimmt! Da aber Nina in Münchenhagens Selbstdarstellungsserial nur medienverachtende Verweigerung zeigte, blieb auch die Bescheidwisserei weiter bescheiden. Kennenlernen konnte man sie bis jetzt nur in West-Berlin, wo zur Zeit Iggy-und-Bowie-sei-Dank, der deutsche Untergrund am samtigsten ist. Ihre ersten drei Konzerte machten Furore und teilten die Meinungen in zwei ungleich große Lager mit einer erdrückenden Mehrheit von Ja-Sagern. Die Nein-Sager, die nach der Asketin mit dem Stahl im Blick und der Faust in der Kehle suchten, fühlten sich mit Recht verkackeiert.

Nina Hagen ist eine Rock-Sister. Was eine Rock-Sister von einer Rock-Lady unterscheidet, wird auch an ihrer Geschichte klar. Nach einer allseitigen musikalischen und stimmlichen Ausbildung sang Nina Hagen schon mit 17 Jahren im ersten Haus am Platze in Ostberlin. Nach ihren Vorstellungen von Weltniveau begann sie eine Rockgruppe aufzubauen. Nina Hagen und ihre Gruppe »Automobil« tat sich jedoch mit dem kulturpolitischen TÜV der Hauptstadt schwer.



»Wir zwei, ich und du, du und ich, herrlich, nich?«

Halb zog es, halb schob es Nina in den Westen. Ihre Unterschrift zur Solidaritätserklärung mit Wolf Biermann wurde ihr Ticket to ride: von Hamburg nach London zu Punk und New Wave. Mit auf die neue Welle nahm sie in London die feministische Frauen-Punk-Gruppe »The Slits« (Die Ritzen!), mit der sie über ein halbes Jahr lang musizierte, komponierte, experimentierte, sang und textete.

Zurück ins Land der DM zog es sie der Sprache wegen, mit der sie arbeiten will. Ihre spricht man im Berlin der hundert Szenen, das ist ihr Milieu. Vom Damenklo im Bahnhof Zoo hat sie mit dem gleichnamigen Song ein sehr spezielles Westberliner Sittengemälde entworfen. Auch sonst gehen ihre Texte nicht mit dem Bluff von Bedeutungsschwangerschaft ans intellektuelle Hochreck: »Oh, fall in love mit mir», an Hellmut, dessen rotes Haar »saukurz« ist. Oder mit »Mir ist heiß«, wo auf der Veranda mit zweien »übananda« die Zweisamkeitsidylle so beschrieben wird: »Wir zwei, ich und Du und Du und ich, herrlich nich'?« »Es wird sowieso zu viel geflennt und gejammert. Det liegt mir nich', uff down und so... Lieber motzen und schreien«, meint Fräulein Hagen. Folgerichtig kommt bei ihr dann auch das leise Servus als »Tschau, tschau, Du alte Sau!« Sie liebt die Kraftausdrücke. Kokette Zweideutigkeiten gibt es bei Nina Hagen nicht, auch noch nicht zwischen persönlichem Engagement und der Möglichkeit, daraus eine gutverkäufliche Masche zu machen. Allerdings fehlt ihr der Bierernst ebenso wie das preußische »Spaß muß sein!« Aber man hat ihn. Mit ihren Liedern »Unbeschreiblich weiblich« und »PANK-Unterdrücken, das kannst du mich nicht«, zeigt sie sich als ein feministischer Sponti, eine Extremistin des kleinen Unterschieds. Dabei besteht ihre Grundbekleidung aus einem schwarzen hautengen Bodysuit, das kurze schwarze, meist pomadegetränkte Haar zieht sie bisweilen strähnenweise zu Igelstacheln hoch, die sich dann oft mit langen, herrlich nuttigen Straßklunkern an ihren Ohren beißen und ihr Gesicht ziert eine Art Anti-Make-up, in abenteuerlicher Schwarzmalerei.

Für sie ist dieser Aufzug Alltäglichkeit wie für andere Labberjeans, die ja auch ihre Entwicklungsgeschichte haben. Oder doch Trend-set und Produktstyling eines Rockstars bzw. einer Frau, die es werden möchte. In einer Gesellschaft, in der Anderssein nur ein noch besseres Gleitmittel zur Vermarktung ist, liegt Verdacht immer nahe.

Zutrauliche Direktheit, die heute modische Pose, stellt sich bei Nina Hagen unvermutet als echt heraus, egal ob sie auf der Bühne ist, zu Hause in ihrer Hinterhof-Wohnung im proletarischen Teil von Berlin Schöneberg, oder unter irgendwelchen Leuten in der Kneipe ihres Vorderhauses. Sie entwaffnet durch ihre Schamlosigkeit, mit der sie Momente naiver Hilflosigkeit ebenso zeigt wie ihre aufpeitschende Vitalität. Unschuld erscheint gerade darin, daß sie sich nicht biedermännisch erklärt. So kommt dann Betroffenheit über die eigenen

»Ist doch klar, daß man für'n Sozialismus ist! Oder?«

Zwangsvorstellungen von der Übermächtigkeit des kapitalistischen Systems auf. Sehr schlechte Erfahrungen mit der Vermarktung haben dagegen drei der vier Nina-Hagen-Band-Musiker auf öffentlich-rechtliche Art und Weise bereits gemacht. Sie spielten bis zum Herbst 77 in der Berliner Polit-Rock-Gruppe »Lokomotive Kreuzberg«, die sechs Jahre lang neben solider Rockmusik (LPs: Kollege Klatt, 1972; James Blond, 1974; Fette Jahre, 1975; Mountain Town 1977) linke Texte brachte. Folge: die Profis von der »Lok« wurden totgeschwiegen und boykottiert. Auf dem Höhepunkt ihrer musikalischen Entwicklung beschlossen sie »aus Mangel einer weiteren Perspektive«, aber mit dem schriftlichen Beweis für Medienzensur aus dem Hause Barsig (SFB) in der Tasche, die Gruppe aufzulösen. Einige studieren jetzt, drei wollten unbedingt weiter Musik machen. »Und wie haltet Ihr's mit dem politischen Engagement in der Musik jetzt?« Diese Gretchenfrage wird Nina Hagen mit ihrer DDR-Vergangenheit ebenso gestellt wie den ehemaligen Musikern einer Polit-Rock-Gruppe. Nina Hagen sieht das so: »Ist doch klar, daß man für'n Fortschritt, für'n Sozialismus ist! Oder? Ich bin aber keine politische Sängerin. Ich habe immer Schlager, Chansons und Rockmusik gemacht. Politische Lieder machen andere viel besser. Ich hab das nicht drauf. Daß ich 'ne Frau bin merk' ich immer. Da bin ich drauf. Da wird's denn, wenn du so willst, auch politisch.« »Was heißt denn überhaupt politisch? Sind denn Texte vom Standpunkt der Frau aus nicht politisch?«, fragt der Rest der ehemaligen Lokomotive zurück. Ihre Musik ist harter Rock'n Roll, von new-wave und gelegentlichen Punk-Elementen beeinflußt und erinnert oft an die Musik der englischen Gruppe »The Tubes«. Die Band ist zweifellos gut, aber der eigene unverwechselbare Sound wie bei Gruppen um Patti Smith oder Graham Parker mit seinen »Rumours« fehlt noch. Den internationalen Maßstab muß man bei Rockmusik schon anlegen, zumal auch die Nina-Hagen-Band keine deutsche Lokalerscheinung bleiben will. Eine England-Tournee ist schon geplant. Und Nina Hagen hat alle Voraussetzungen für eine internationale Star-Karriere. Sie hat eine originelle, starke, sehr spontan wandelbare Stimme, mit der sie den Zuhörer durch ein stimmliches Wechselbad schicken kann. Den von ihr entwickelten rockenden Koloraturgesang kann sie in einen bodenlosen Baß abstürzen lassen: vom weiblichen Urschrei bis zum überkicksenden Tremolo. Und ihr monströses live-Spektakel läßt jede Travestie-Show verblassen. Bei ihrer ersten West-LP, die im September bei CBS erscheint, wird man also nur die halbe Nina H. erleben. Die ganze geht dann im Oktober auf Tournee.

Vorher hat sie jedoch noch eine andere Verpflichtung. Im September spielt sie vor den Frauen des Berliner Frauengefängnisses Lehrter Str., nicht als Neuauflage eines PR-trächtigen San-Quentin-Rummels, sondern: »Nur so...«, sagt Nina Hagen.

Exil-Chilenen im Ziewer-Film: »Zustandsschilderung eines herbstlichen Deutschland«

Film

Doch keine linke Kirche

»Aus der Ferne sehe ich dieses Land« - Christian Ziewers neuer Film kommt als Pflichtübung für gute Linke daher. Aber für Volker Ludwig ist er die Kinoüberraschung des Jahres

Als KONKRET mich um diesen Beitrag anging, hatte ich Ziewers jüngsten Film bereits vor einem Monat gesehen, ohne Absicht natürlich, je was drüber zu schreiben. Eher im Gegenteil: Es war so eine Art Pflichtübung Ziewer, dem Aufrechten, gegenüber gewesen (seinen letzten Film hatte ich versäumt) und gegenüber seinem mutigen Thema; wobei »mutig« bei Film für mangelnde Kassenträchtigkeit steht. Wer seinen einzigen Kino-Abend im Monat benutzt, sich weidlich bekanntes Chilenen-Elend in deutscher Machart zu Gemüte zu führen, muß schon was von einem Masochisten an sichhaben - so der modische Zynismus guter Freunde. Dazu ein unklarer, schwer zu merkender Titel und ein ebenso schwermütig daherkommendes Plakat - alles signalisiert linke Kirche; man hält sich geradezu für einen besseren Menschen, wenn man das Billet löst.

Um es gleich zu sagen: Der Film hat mich begeistert, er war für mich die Kino-Überraschung des Jahres, und ich stehe damit nicht allein, denn in West-Berlin lief er von Woche zu Woche besser, dank einer ganz ungewöhnlichen Mundpropaganda. Wenn er jetzt in der Bundesrepublik anläuft, ist keine Zeit mehr, bis das potentielle Millionen-Publikum per Mundpropaganda in die Kinos gezogen wird, denn nach wenigen Monaten läuft er bereits im Fernsehen. Und das ist eine große Gemeinheit, denn dann ist er wieder weg von der Leinwand, ehe es richtig losgeht. Darum: Säumet nicht, schaut ihn Euch im Kino an, sobald Ihr könnt, der Film hat's verdient, und ich hoffe, Ihr ihn auch.

Eine Liebeserklärung zu begründen, ist nicht immer ganz einfach. Die Handlung des Filmes zu erzählen, bringt wenig. Ich weiß noch genau, wie er anfängt: Wehende chilenische Fahne mit dito Lied, alles wie befürchtet, und plötzlich doch nicht: Der Junge, der sie auf einem LKW hochhält, wird veranlaßt, sie einzurollen, bevor man sich den Häusern nähert, es ist besser so. Und schon mit der nächsten Konsequenz macht mich der Film hellwach: Der Einzug der chilenischen Familie in die leere Neubauwohnung (Märkisches Viertel), Tisch, Stühle, eingerollte Fahne, man ist erstmal da, atmet auf, und du spürst plötzlich (mir ging es nicht allein so), diesem Film kannst du trauen, hier stimmt einfach alles...

Nicht Ziewer rollt die Fahne ein (entsprechende Interpretationen sind einfach Quatsch), - er läßt es die Chilenen tun, die schließlich keine Spinner sind und längst gecheckt haben, was man, auch zur Erreichung eines politischen Ziels, besser bleiben läßt in diesem Land. Der Filmtitel wird sehr schnell klar: Chilenen sehen dieses unser Land, und wir sehen seinen, unseren Geisteszustand am Verhalten zu diesen Fremden, in ihren Gesichtern, ihren Reaktionen auf deutschen Alltag.

Das geschieht mit einer Authentizität, die den Film unglaublich spannend macht, gerade weil er sich immer wieder so schön viel Zeit für alles läßt (Kamera immerhin Gerard Vandenberg), die Bildsprache des Films erschöpfend zu würdigen, überlasse ich lieber den Profis). Für diese Zustandsschilderung eines herbstlichen Deutschlands vergeß ich »Deutschland im Herbst« sofort.

Was die Qualität dieses Filmes aber eigentlich ausmacht, was ihn so souverän macht, ist ganz einfach seine Menschlichkeit, der er natürlich auch seinen Humor verdankt. Ziewer liebt nicht nur seine Protagonisten, die fünfköpfige chilenische Familie, voran den hübschen 16jährigen Helden, er denunziert auch nicht *einen* der verständnisarmen deutschen Mitmenschen; den Arbeitskollegen (des Vaters) nicht, der mit Politik nichts am Hut hat und doch nach der Entlassung des Chilenen mit einer Geldspende helfen will und behauptet, die Kollegen hätten gesammelt; nicht die konsumhörige Schallplattenverkäuferin, für die der junge Chilene sich prügelt; nicht einmal den Rocker, der seinen in die Eier getretenen Bruder rächt und den zarten Chilenen bald anfleht, sich nicht totschlagen zu lassen; auch nicht die Deutschen im Chile-Komittee mit ihren verzweifelten Diskussionsbeiträgen, die man nicht mehr hören kann.

Immer mehr kommt mir in Erinnerung: die verwunderte Frage des dezent verhörenden Verfassungsschützers, wie man denn (in Chile) als Koch in politische Schwierigkeiten geraten könne. Die verschworene Freundschaft des chilenischen und des griechischen Jungen, der nach Hause reisen kann. Die ruhige Selbstverständlichkeit, mit der die Emigranten ihren politischen Kampf fortsetzen, der allein ihrem Leben hier einen Sinn verleiht, auch wenn er sinnlos erscheinen will in einem Land, wo ehrenwerte Zeitungskolumnisten von »FAZ« bis zum Berliner »Tagesspiegel« mit keineswegs klammheimlicher, sondern vor Befriedigung rülpsender Freude den Tod Allendes begrüßten.

Der Film ist voll Trauer. Er vermag dennoch zu vergnügen, und das reichlich. Nichts an ihm ist verlogen (»Die Spanier haben 40 Jahre warten müssen«: Der Vater paßt schon auf, daß keine Illusionen aufkommen). Ein Film, der es gerade deshalb fertigbringt, zuversichtlich zu machen.

Aus der Ferne sehe ich dieses Land

Ein Film von Christian Ziewer

Buch: Antonio Skarmeta und Christian Ziewer
Kamera: Gerard Vandenberg

Basis-Film Verleih

rororo aktuell

Die größte politische Taschenbuchreihe der Bundesrepublik
Herausgegeben von Freimut Duve

Die Bände der letzten Monate:

Helmut Bley/Rainer Tezlaff (Hg.)
Afrika und Bonn
Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik (4270/ca. DM 9,80)

Cheryl Bernard/Edit Schlaffer
Die ganz gewöhnliche Gewalt in der Ehe
(4358/ca. DM 5,80)

Erhard Eppler
Das Schwerste ist die Glaubwürdigkeit
Gespräche über ein Politikerleben mit Freimut Duve (4355/DM 5,80)

Hannes Schwenger (Hg.)
Solidarität mit Rudolf Bahro
Briefe in die DDR (4348/DM 4,80)

Die Anti-Terror-Debatten im Parlament Protokolle 1974–1978
Zusammengestellt und kommentiert von H. Vinke und G. Witt (4347/DM 8,80)

Güde/Raiser/Simon/v. Weizäcker
Zur Verfassung unserer Demokratie
(4279/DM 4,80)

Susanne v. Paczensky (Hg.)
Frauen und Terror
(4277/DM 4,80)

Technologie und Politik 11
Sanfte Technik (4273/DM 7,80)

Pro Familia Bremen (Hg.)
Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren
§ 218 – Betroffene Frauen ziehen Bilanz (4272/DM 4,80)

Jürgen Fuchs
Vernehmungsprotokolle
November '76 bis September '77 (4271/DM 4,80)

Joachim Raschke (Hg.)
Die politischen Parteien in Westeuropa
Ein Handbuch (4269/DM 4,80)

Technologie und Politik 10
Die Zukunft der Arbeit 2 (4265/DM 6,80)

Albrecht/Lock/Wulf
Arbeitsplätze durch Rüstung?
(4266/DM 7,80)

Egon Matzner
Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise
Österreichs Sozialisten suchen einen Ausweg (4263/DM 6,80)

Kurt Rudolf Mirow
Die Diktatur der Kartelle
Zum Beispiel Brasilien (4187/DM 6,80)

aktuell rororo

Wenn er statt Jude Bordellwirt wär

Peggy Parnass über die seltsame Rechtsfindung am Fall des Gastronomen Manfred Katz

Manfred Katz hat fast zwei Jahre in U-Haft gesessen. Die letzten acht Monate davon stand er vor Gericht. Ihm wird vorgeworfen, 2,3 Millionen Mark Steuern hinterzogen zu haben.

Ich kenne den Angeklagten. Er hatte mich vor vier Jahren einmal zum Essen eingeladen. Ein vitaler, sprudelnder, großzügiger Schlemmer. Als wir uns trennten, sagte er: »Wenn Du jemals Hilfe brauchst, sag Bescheid, in mir hast Du einen Freund«.

Am 8. Dezember 77, seinem ersten Prozeßtag, sehe ich ihn wieder. Er wirkt jung und hilflos. Küßt mehrfach eine schöne blonde Frau mit jüdischem Gesicht - vielleicht die eigene, wieder im Vordergrund durch sein Leid und Mißgeschick? Nach Jahren des Rumflippens mit Mädchen aller Art?

Private und berufliche Neider sehen seinen Sturz nicht ungern. Schließlich hat Katz viele einfallslose Hamburger Gastronomen mit seinen südamerikanischen, italienischen, englischen und französischen Tag- und Nachtlokalen, Bistros, Pubs, Drugstores, Spezialitätenrestaurants, 54 an der Zahl, um viel Geld gebracht.

»Ich bin kein Buchhalter. Mache Kasse und Steuer nicht selbst. Ich bin ein kreativer Typ. Jeder Nagel in der Wand ist mein Einfall. Ich hänge an meinem Werk. Ich mache alles aus Liebe«. Und in großem Stil. So investierte er fast eine dreiviertel Million in seinen Drugstore, und das La Pampa kostete ihn 500 000 Mark. Er hätte Grund, stolz auf sich zu sein, selbst wenn er Betriebswirtschaft, Gastronomie, Kochen und Innenarchitektur studiert hätte. Er hat aber nur von seinem neunten bis zu seinem zwölften Lebensjahr überhaupt eine Schule besucht.

Katz, am 18. 8. 33 in Deutschland geboren, nur bis zum sechsten Lebensjahr hier, erinnert sich besser als Filbinger. »Man hat uns mit Steinen beworfen. Man hat uns beschimpft. Weil wir einen anderen Glauben hatten. Ich mag nicht über die Kindheit reden.«

1940 floh die jüdische Familie mit den Kindern vor den Nazis. Über Polen, Sibirien, die Mandschurei, Korea, Japan, China und Nordamerika nach Ecuador in ein 300-Seelen-Dorf. Die neuen Freunde waren Indianer. Katz, der nie eine Berufsausbildung bekam, boxt sich durch. Das bringt Geld. Mit 16 ist der deutsche Junge Boxmeister von Ecuador. Im Federgewicht. Nebenher Radchampion. Mit 18 Jahren sagt er den Eltern ade, kommt über Hawaii nach Frankreich, arbeitet in der Gastronomie. Und stellt dort fest, daß die Filets zu teuer sind. Beschließt, selbst Gastronom zu werden und die Filets billiger zu grillen.

Katz, der Jung-Sozialist. Er fährt nach Israel. 1951 ist er Delegierter Israels bei den Weltjugend-Festspielen in Ostberlin. »Ich lebte in einem Kibbuz mit Leuten aus Chile. Ah«, er dreht sich strahlend um, »da hab ich meine Frau kennengelernt. Das waren noch Zeiten!«

Die schöne Chilenin ist seine geschiedene Frau.

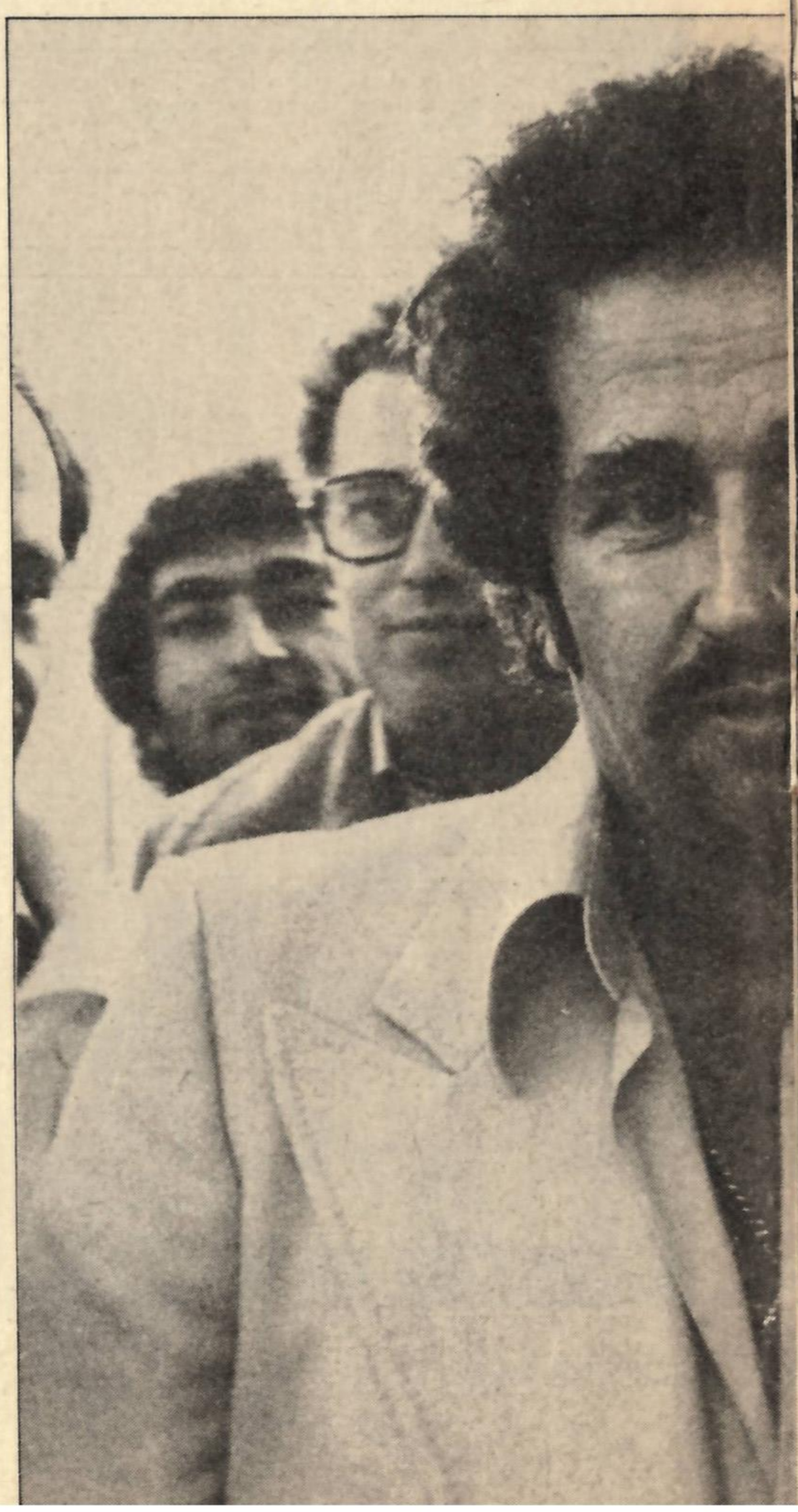
»Ich war dann Jahre in der Armee. Ich möchte mich nicht daran erinnern. Nicht darüber sprechen. 1957 haben wir geheiratet und 1960 ein Restaurant gepachtet. Ich hab die italienische Küche nach Israel gebracht. Mit meiner Frau zusammen alles selbst gemacht. Kochen, Einkaufen, Bedienen, Abwaschen. Wir haben zwei Kinder. Sehen Sie mal hier auf dem Foto«. Katz läuft von einem Gerichtsbeteiligten zum andern und zeigt stolz seine 18- und 20-jährigen Kinder rum.

»Wir sind seit '72 geschieden. Da war Eifersucht. Meine Frau besucht mich, so oft sie darf. Es ist kein richtiger Besuch. Wir müssen deutsch sprechen. Und meine Frau spricht schlecht deutsch. Andere Ausländer dürfen in ihrer Sprache sprechen.«

»Ich hab schon 600 000 Mark an das Finanzamt gezahlt. Ich bin steuerlich voll verantwortlich. Strafrechtlich nicht! Meine Freunde hatten 1 Million Kaution für mich zusammen. Ich durfte trotzdem nicht raus. Das kränkt mich. Als Jude tut man nicht zweimal aus Deutschland flüchten.«

Dann folgt, wie danach Tag für Tag, Woche für Woche und Monat um Monat, die Verlesung von Quittungen und Kassenbons. Trostlos. Ich denke über Katz nach. Der Mann, der morgens schon zwei Steaks aß, im Auto und überall pausenlos geschäftlich telefonierte, Blondinen bündelte. Wie muß er, der vitale Levantiner, der frei von Schuldkomplexen nehmen kann, was das Leben seinen Sinnen und seinem Geld bietet, wie muß dieser Ausbund von Leben auf die Juristen wirken, die ihm da gegenüber sitzen? Wird er, muß er nicht in allen Frustrierten und Verklemmten Gegnerschaft wekken, ein Anti zu diesem Semiten, der ihren Vorstellungen davon nicht entsprechen will, wie ein Ostjude, wenn es sowas schon geben muß, zu sein hat: demütig, abgerissen, Schnürsenkel im Bauchladen und Gettogeruch.

Einige sagen, daß Katz andere Ausländer, solche ohne Papiere, ausbeutete. Hoffentlich stimmt das nicht. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Jude wie er, der fast sein ganzes Leben, wo immer er hinkam, selbst ein Fremder war, so mit Fremden umgeht. Nur ein einziger seiner 500 Angestellten, einer, der im Krach gegangen war, sagt gegen



Katz aus. Alle anderen für ihn, obwohl der Mann im Knast nichts für sie tun kann. Sie bestätigen, daß für das Finanzielle der nach Israel geflohene Hauptgeschäftsführer Josef Arusi zuständig war. Arusi selbst beteuerte von Israel aus schriftlich seine Alleinschuld an der Fälschung der Lohnbuchlisten und Bilanzen. Katz habe von alledem nichts gewußt. Er sei auch ohne dessen Wissen mit einer Menge Geld nach Israel getürmt.

Der Prozeß bleibt nicht so langweilig wie die Zahlen und das Blättern in Stößen von Quittungen, Rechnungsbelegen und Buchhaltungslisten.

Es kommt zu einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Staatsanwalt Henning Haage, der versucht haben soll, einen unabhängigen Gutachter, den Sachverständigen Professor Dr. Wilhelm Strobel, zu beeinflussen.

»Ich mache deutlich, daß ich Jude bin«

Das war Anfang 1977. Ende 1977, als Katz endlich die Million zusammen hat, gegen die man versprochen hatte, ihn freizulassen, hieß es: »Nicht für alles Geld der Welt würden wir einer Haftverschonung zustimmen.«

Inzwischen bestand ein Vertrag zwischen Katz und dem Finanzamt, nachdem der gesamte Betriebsgewinn der Restaurants zur Befriedigung sämtlicher Gläubiger eingesetzt werden sollte. Katz: »Ich werde jeden Pfennig zurückzahlen, sollte sich herausstellen, daß der Vorwurf stimmt.«

Katz hängt sich einen überdimensionalen David-Stern an die Halskette: »Ich möchte deutlich machen, daß ich Jude bin. Ich glaube, nur darum hält man mich so lange in Haft.«

Am 27. Dezember 1977 macht er es noch deutlicher. Im Saal 138 der Großen Strafkammer 17 des Hamburger Landgerichts:

»Katz ist zu fesseln und nicht aus den Augen zu lassen«

erregt, nervlich am Ende tritt er in KZ-Kleidung vor den Richtertisch. Schwarzweiß gestreift mit dem gleichfarbigen Käppi und einem gelben Juden-Stern auf der rechten Brustseite. Nach 15 Monaten Haft, die er bis Heiligabend als vorbildlicher, freundlicher und umgänglicher Gefangener in Zelle B 5/35 abgesessen hat. Bis sein Zellennachbar Wilfried Schulz, Bordellwirt, »König von St. Pauli«, aus gleichem Grunde wie er seit einigen Wochen einsitzend, gegen eine Kaution von 1,3 Millionen Mark in seine Villa entlassen wird.

Richter Dr. Glage provoziert den durch seine Kleidung provozierenden Katz so weit, daß Pflichtverteidiger Claus Hoermann in größter Erregung ruft: »Diese Art der Verhandlungsführung ist unzulässig!«

Dr. Glage läßt sich nicht beirren. Jedesmal, wenn Katz eine Erklärung abgeben will, entzieht ihm Glage das Wort. Bis Katz schließlich durchdreht und ruft: »Das ist seelische Folter, was Sie mit mir machen! Sie sind zwar ein Richter, aber doch nicht der liebe Gott.«

Vielleicht fühlt Katz gar nicht so falsch. Im Januar wird auch der finnische Reeder Rolf Alander nach nur drei Wochen UG gegen Zahlung einer Kaution von 1 Million Mark auf freien Fuß gesetzt. Bei ihm dreht es sich nicht um nur 2,3 Millionen, nein, er soll den Staat um 32 Millionen Mark betrogen haben. Bei dem Finnen bestand angeblich keine Fluchtgefahr. Allerdings befindet er sich wieder in Helsinki. Schön für ihn. Denn nach einem Abkommen aus dem Jahre 1937 besteht keine Auslieferungspflicht.

Angeklagter Katz, Frau Elisheva: »Sie sind zwar ein Richter, aber doch nicht der liebe Gott!«

Mitte April 78 sagt Katz, der eigentlich das Bundesverdienstkreuz für seine Belebung der Hamburger Szene mit oder ohne Steuerzahlungen erwartete, indem er die Akten hinschmeißt und seine Anzugjacke von den Schultern reißt: »Sie sind kein gerechter Richter, Herr Dr. Glage. Ich weiß nicht, ob das mit meinem Glauben oder meiner Rasse zu tun hat«, und sinkt keuchend auf der Anklagebank nieder. Glage hatte für eine notwendige Ausführung von Katz in dessen Wohnung angeordnet: »Katz ist zu fesseln und nicht aus den Augen der vier Bewachungspersonen zu lassen - auch nicht zur Verrichtung der Notdurft.«

Staatsanwalt Haage beweist seine Art von Humor. Als Katz bei der Diskussion um sein Vemögen von seiner Tante und seinem Zwillingsbruder Carlos spricht, sagt Haage: »Er hätte uns genauso gut einen Fidschi-Insulaner als Entlastungszeugen präsentieren können.«

Er beantragt 6 Jahre für Katz.

Frau Elisheva bangt heute, wie an jedem Verhandlungstag, um ihren Mann. Sie versucht, um seinetwillen, nicht zu weinen. Die harte Zuhörerbank wird ihr von keiner geldgeilen Pißnelke streitig gemacht. Mal sehen, wie lange sich Katz daran erinnern wird.

Katz spricht in seinem fast sechs Stunden dauernden Schlußwort auch von einem großen Richter, den sein Volk hervorgebracht hat - dem König Salomo. Bis jetzt läuft keiner hier Gefahr, für mit ihm verschwägert oder verwandt gehalten zu werden.

Es wird beraten.

Herbst 1977, als Katz schon ein Jahr sitzt, wird der Reisende in Schönheitsmitteln, SS-Obersturmführer Gerhard Maywald, 64 Jahre, zu vier Jahren verurteilt. Wegen Beihilfe zum Mord an 320 Juden.

Vier Jahre bekommt auch Katz. Plus 6 Tage Ordnungsstrafe, weil er den Herrn Staatsanwalt kränkte.

Dann, nach 70 Minuten langer Beratung wegen vorläufiger Haftverschonung mit Staatsanwalt, Verteidiger und Katz, sagt Glage: »Herr Katz, Sie sind frei«.

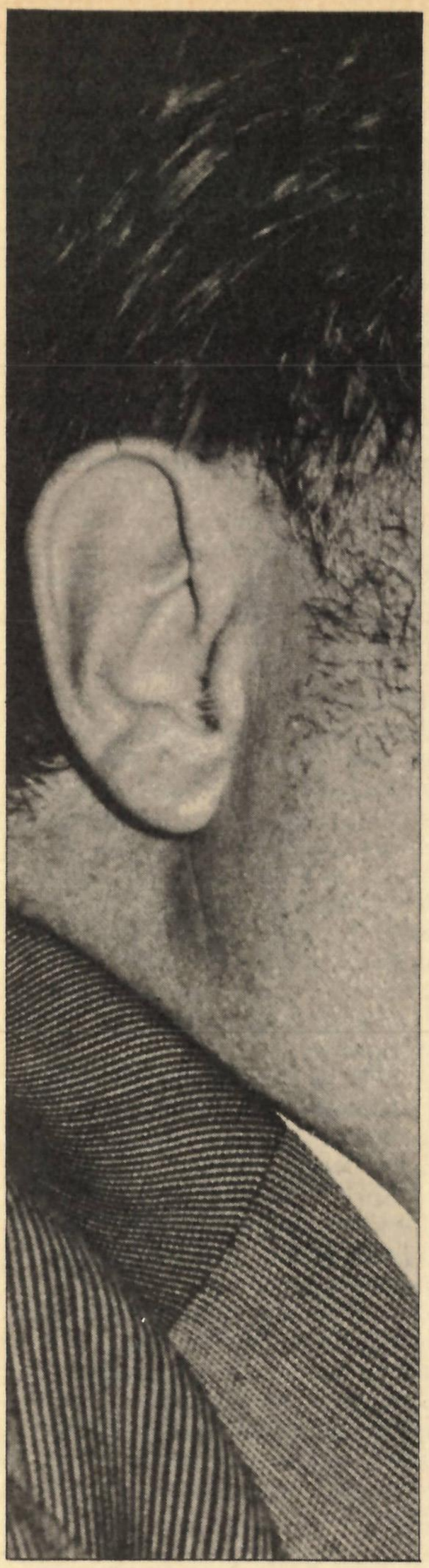
Das heißt: Frei bis zum späteren Antritt der restlichen zehn Monate Strafe, die nach gängiger Praxis die üblichen zwei Drittel Zeit voll machen.

»Das ist psychische Marter«

Katz: »Man gab mir zu verstehen, wenn ich das Urteil akzeptiere, keine Revision beantrage, darf ich erstmal sofort nach Hause. Ich will unbedingt nach Hause. Erstmal in die Badewanne. Mit viel Schaum baden, und dann arbeiten«.

Zwanzig Minuten Warten auf die Entlassungspapiere, während Elisheva, viele ehemalige Mitarbeiter und Reporter ihn umarmen. Dann schlägt die Staatsanwaltschaft unerwartet zu. Nunmehr in Funktion der Vollstreckungsbehörde. Sie besteht darauf: Katz muß zurück in die Zelle, um erstmal die sechs Tage Ordnungsstrafe zu verbüßen, die das Gericht wegen seiner Ausfälle gegen Herrn Haage verhängt hat.

Katz geht fast zu Boden, hilflos, verzweifelt. Seine Frau kann diesmal nicht mehr mit dem Weinen warten, bis sie zuhause ist. Dr. Wandschneider stellt Strafantrag gegen den Staatsanwalt wegen Freiheitsberaubung. Anwalt Hörmann kommentiert knapp: »Das ist psychische Marter.«



Heinar Kipphardt
TV-Notizen

Hören Abhören Wer wen?
Den Kopf in die Schultern gezogen
Beil in der Hand und Gebetbuch
empört sich ein bewährter Fleischer
Kirchenlateinisch
jemand in seiner Nähe
habe Tiere geschlachtet
fordert das Schlachten von Tieren
generell und aus humanen Gründen
zu verbieten
da er jeden Fleischbedarf decke.
Wer seine Schlachtlust nicht zähmen könne
solle, bietet er an
bei ihm schlachten
unter seiner Fleischerführung.
Da heben die Fleischer die Beile
und singen die Fleischerhymne
aus alten Gesangbüchern
denn er ist wie sie
und kann Kirchenlateinisch

(Strauß vor dem Untersuchungsausschuß, der klären soll, wer St. abgehört habe. 14. April 78)

LitPol Verlagsgesellschaft mbH Berlin

ARBEITER LITERATUR

ARBEITER-LITERATUR
1924. Nr. 1-12 u. Sonderheft
Vollständiger Nachdruck in 2 Bänden. Ca. 1.300 Seiten.
je Band DM 24,--

Eine der wichtigsten kulturpolitischen Zeitschriften der Linken in der Weimarer Republik. Mit Beiträgen von F. Jung, Lu Märten, K.A. Wittfogel, E. Mühsam, B. Lask, I. Ehrenburg,Majakowski, G.G.L. Alexander,C. Zetkin, L. Trotzki, V. Serge, Lunatscharski, Lenin, Radek, Bucharin, Sinowjew, L. Rudas, und zahlreichen Dokumenten zur Geschichte und Kultur der internationalen Arbeiterbeweg.

WILLI MÜNZENBERG
DIE DRITTE FRONT

Aufzeichnungen aus 15 Jahren proletarischer Jugendbewegung Mit einem Vorwort von Fritz Brupbacher, einem Dokumentenanhang und einer Bibliographie. 389 S. und 32 Bildtafeln DM 15,--

„Das klassische Buch des neuen Arbeitertypus, der auf den Typus August Bebel folgte." (Fritz Brupbacher im Vorwort) Münzenbergs Erlebnisse sind außerordentlich aufschlußreich für die Geschichte der proletarischen Jugendbewegung. Lieferbar Ende September !

AUSLIEFERUNG : WOHLTHAT'SCHE BUCHHANDLUNG, LÜTZOWSTR.2, 1000 BERLIN 3o oder direkt vom Verlag: LITPOL, OLIVAER PLATZ 11, 1000 BERLIN 15 (PRIVATBESTELLER PER VORAUSKASSE PSch Bln-W 4221 73 - 102)

„Gurgelt mit Sandstaub und Hufspänen"

Hirth Martinez, mir ein völlig unbekannt Gewesener, hat ein Organ, als würde er seit jeher die Chilisuppe mit der Bratpfanne löffeln; verbrannt und versoffen schabt mir sein Kehlkopfsound an der Hirnrinde entlang, walzt mir eine »Big Bright Street« zwischen Gedanken und Gefühle. Auf dem Wegweiser steht »Warner Bros. Records WB 56400 distributed by WEA Musik GmbH«.

»Nothin'z New« behauptet Hirth bei der ersten Plattenumdrehung, aber das täuscht in seinem Fall gewaltig; bei diesem Stück wird der Plattenspieler zum museumsreifen Grammophon. Wäre er nicht so ein sauguter Gitarrero, klänge seine Musik ziemlich oft nach Blech. Sein »Love Song« ist ein brutales Ding, zerhackt und zerstückelt wie ein Haufen Abschiedsschrott, in dem sich jemand austobt. Steve Gadd und Jim Keltner, beide Könner am Schlagzeug, trommeln zur Ehre Südamerikas, daß der Wind schwitzt, und Garth Hudson zählt im Titelsong »Big Bright Street« die Rippen seiner Ziehharmonika wie ein Doktor, der seinen Patienten liebt.

Dann geht »The Star« auf. Und Mr. (oder Senor?) Martinez knirscht dazu: »I'm In The Cloudz I'm In The Puzzle.« Ich auch, Hirth! Bei der Musik möchte ich einen rasanten Highwaytrip hinlegen, ohne Angst vor den Plastikbäumen am Straßenrand. »The Mothman Samba« entführt Nashville/ Tennessee nach Brasilien und setzt dir den Rioer Zuckerhut auf die Feinmusikschmeckerzunge.

Der Mond ist eine silberne Dame, die durch den Himmel rollt, im Tod der Nacht über den Dschungel. »Moone Toone«, ein Lied über die Schlechtigkeit der Welt in den Städten, gespielt wie von einem ausgeflippten Orchester.

»The Driver« rast auf der zweiten Seite los, verliebt und vom Nachtdienst kastriert. Ich kann mir vorstellen, wie beknackt dieser Typensammeljob ist, wenn man nicht ans Geldverdienen denken will, weil man von seiner Liebsten betrogen wird. Das Klavier rattert wie ein Taxameter und die Stimme von Hirth Martinez heult wie ein Nebelhorn.

»Cold and Silver Moment« ist schon wieder eine Mondballade. Mit dem Mond bin ich bald per Du. Ich schätze, Martinez ist ein Nachtmensch, und vielleicht furcht deshalb seine Stimme so dunkel und tief wie die eines altgedienten Tubanisten in einer kleinen Kellerbar, wo alle Gäste Pfeife rauchen.

»Valley Of The Music« klingt wie der Soundtrack zu einem Gruselfilm und könnte von Mac Rebennack alias Dr. John (The Night Tripper) stammen, der in diesem internationalen Eintopf kräftig mitmischt. Mit Geigen und Trompeten wird einem aufgespielt, und ein lasterhafter Kirchenchor macht das Kraut fett, an dem sich HM, krächzend wie ein heimatloser Landsknecht, labt. Auch ich *fall vom Himmel wie ein Engel*, wenn ich glaub, die Liebe hat mich gehörnt. »The Circle Song« kreist mir in den Nervenschlaufen, schaukelt wie ein grobgepanzerter Ohrwurm, und ich schrei nach draußen: Stellt den Kompressor ab, ihr schattigen Arschlöcher, es wird bald Frühling! Es ist eine Musik, die an der Kandare reißt, den Trott stoppt, leider nur bei mir, das Volk merkt nichts mehr, spannt sich ein.

»Only In America, Jim« ist Rodeomusik. Hirth Martinez gurgelt mit Sandstaub und Hufspänen. An der »Big Bright Street« erwarte ich den Feierabend, den Abzug der Straßenbauarbeiter, das Anrücken der Trinkerheilanstaltspflichtigen. Und bei McDonald's wird noch schnell die Plastikkacke abgesaugt.

--- Anzeige ---

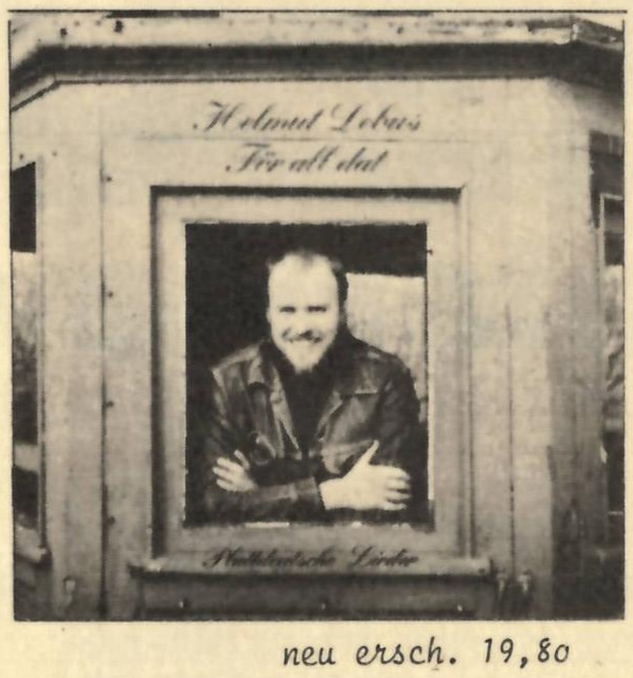
Drei plattdeutsche Liederplatten vom Helmut Debus

oder: Folklore ist noch lange kein Grund, reaktionär zu sein !

NEU !!!

empf. Preis 19,80

empf. Preis 19,80



neu ersch. 19,80

In politischen Buchhandlungen und Schallplattenläden ! Alle 3 Platten zusammen nur 45 DM beim Verlag ! Fordern Sie unsere kostenlosen Prospekte an !

Ihr VERLAG ATELIER IM BAUERNHAUS, 2802 FISCHERHUDE

Anzeige ---

im nächsten Heft:

InterView
Herbst '78

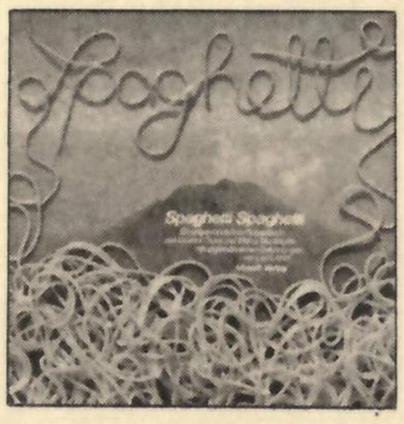
Probeexemplar DM 6,-- *
Schreiben Sie an SZENE VERLAG
KLAUS HEIDORN KG
HALLERSTRASSE 72
2000 HAMBURG 13

***Bitte fügen Sie Ihrer Bestellung den Betrag als Scheck oder in bar bei.**

konkret Markt

»Spaghetti Spaghetti - Ein ungewöhnliches Rezeptbuch« von Laurent Druey und Marco Monteforte Mosaik Verlag, 96 Seiten, 24 Mark

Wer einmal die Spaghetti-Ernte in den südlichen Abruzzen miterlebt hat und nun wissen will, was es mit dieser seltsamen Frucht auf sich hat, ob man sie gar essen kann, der findet hier 83 Rezepte, unterbrochen von einigen Highlights aus der ruhmreichen Geschichte der Spaghetti: etwa die Empfehlung eines 1792 erschienenen Kochbuchs »The Art of Cookery«, wonach italienische Teigwaren 3 Stunden im Wasser und 16 Minuten in Fleischbrühe gekocht werden sollen, »damit sie richtig weich werden«. Oder der Kampf des faschistischen Regimes gegen die Spaghetti, diese »absurde gastronomische Religion«. Evvivo il Spaghetto (Einzahl) e la liberta!



Fritz Sänger: Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten«, Verlag Neue Gesellschaft, 250 Seiten, 24 Mark

Fritz Sängers Name ist untrennbar verbunden mit dem Kampf für eine demokratische Neuordnung der Presse in Westdeutschland nach 1945. Dieses Thema bildet auch den Schwerpunkt seiner Memoiren. In über sechzig episodenhaften Kapiteln blickt Sänger auf die Zeit von 1907 bis 1977 zurück. Er hat bewußt darauf verzichtet, eine systematische Gesamtdarstellung zu liefern. Aber dem presse- oder zeitgeschichtlich Interessierten tut sich eine Fundgrube für wichtige Einzelheiten und Begebenheiten auf, die zusammengenommen auch einen Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit ausmachen. Fritz Sänger hat nie Aufhebens um seine Person gemacht. Aber sicherlich liegt es nicht an seiner Bescheidenheit, die auch in seinen Erinnerungen deutlich wird, daß einem bei Presse-Menschen aus der Adenauer-Zeit Felix von Eckart einfällt und nicht der Name des Antifaschisten und langjährigen dpa-Chefredakteurs Sänger. Es ist nicht als Resignation, sondern als nüchterne Tatsachenfeststellung und als Aufruf zum Handeln zu werten, wenn Sänger als Ergebnis seiner achtjährigen Tätigkeit als SPD-MdB festhält: »Alle Mühe um eine dauerhafte Sicherung des Fundamentes einer unabhängigen Presse, das krisenfest das Wirken freier Information und Meinungsäußerung ermöglichen muß, war vergeblich gewesen.«

»Stollwerck. Das Millionending und seine Folgen.« Eine Dokumentation des »Kölner Volks Blatt«, Palmstr. 17, 5 Köln 1, 48 Seiten, erhältlich für drei Mark auf das Postscheckkonto Köln 282870-504

Untersuchungsbericht über die Betriebssanierung bei »Stollwerck«, Köln: Früher rund 2000 Mitarbeiter, heute noch ca. 500. Kapitalistischer Alltag, der niemand mehr aufregt. Auch nicht in Köln, wenn es hier nicht einige Besonderheiten gegeben hätte. Nämlich die besonderen Beziehungen zwischen Vertretern der Stadt Köln und der Schoko-Fabrik: Ein Geheimvertrag über die Zahlung von 20 Millionen Mark Steuergeldern für mindestens 700 garantierte Arbeitsplätze. Den Vertrag brachte erst das »Kölner VolksBlatt«, eine der ältesten und besten Stadtzeitungen, an die Öffentlichkeit. Und auch den Vertragsbruch. Denn, wie gesagt, »Stollwerck« hat 200 Arbeitsplätze zuviel vernichtet. Gezahlt wurde natürlich trotzdem. Die »VolksBlatt«- Dokumentation weiß dann auch noch eine ganze Menge über die üblichen Begleiterscheinungen derartiger Geschäfte: Grundstücksspekulationen, Verschwendung öffentlicher Gelder, sogenannte Sanierungsmaßnahmen und Bürgerproteste. Übrigens wird es deswegen auch in der Kölner SPD Krach geben: Der Parteivorstand hat gegen einige Jusos, die sich an einer Pressekonferenz in Sachen »Stollwerck« beteiligt haben, ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet.

Bruce Springsteen: »Darkness on the Edge of Town«, CBS 86061

Bruce Springsteen singt so wie er auf dem Plattencover aussieht: ein bißchen verschlafen, mit paar Knödeln im Hals. Aber gut, sehr gut. Er röhrt und rockt und bluest seine Lieder raus, daß man beim Bemühen um Textverständnis nur einen Vokalbrei mitbekommt, der aber von ausgezeichneten, präzisen Musikern in einem eigenartigen Spannungsfeld beisammengehalten wird. Dabei wären die Texte durchaus verstehenswert, nachzuprüfen am beiliegenden Text-Blatt. Springsteen wird in Anzeigen seiner Plattenfirma neben Bob Dylan präsentiert. Nicht zu unrecht.

Henryk M. Broder: »Deutschland erwacht/Die neuen nazis - Aktionen und Provokationen«, Lamuv Verlag, Querheft 5, 128 Seiten, 19,80 Mark

Wenn es nach den Berichten des Verfassungsschutzes ginge, dürfte dieses Buch, das zu zwei Dritteln aus Dokumenten besteht, kaum zehn Seiten dick sein, denn »offiziell« gibt es in der Bundesrepublik nur ein paar Nazi-Spinner, sonst nichts. Broder beweist das Gegenteil und zeigt in einem brillanten

Beitrag, wie das Neonazi-Pack verharmlost wird: Von Staatsanwälten und Richtern, die nichts hören und nichts sehen, und von einer Anstands-Presse, die sich als PR-Agentur für's Modell Deutschland profiliert. Am tollsten treibt es die Justiz. Broder: »In München wurde ein SS-Sturmbannführer, der wegen Beihilfe zum Mord zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden war, als 'nicht vollzugstauglich' von der 'Vollstreckung der Haft' verschont. Er hatte als Leiter einer Versuchsreihe im KZ Dachau Experimente mit Bazillen an Priestern vorgenommen... In Köln wurde ein 58 Jahre alter, von Sozialhilfe lebender Mann zu sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt. Ihm wurden zehn Schwarzfahrten mit der Straßenbahn und der Diebstahl eines Fahrrads nachgewiesen.« Dagegen: »In Stuttgart wurde ein Ermittlungsverfahren gegen einen Mann eingestellt, der Neuauflagen von NSDAP-Schulungsbriefen herausgegeben hatte.« Drei von Dutzenden Fällen, die Broder zitiert. Wofür aber haben wir einen Verfassungsschutz? Dafür, daß er Broder abhört, anstatt dessen Buch zu lesen und als Anhang zu seinem Jahresbericht zu publizieren.

Helen Schneider, eine Sängerin, die von RCA verkauft wird: »Let it be now« (FL 12710)

»In Hamburg wurde ein Weltstar geboren« - ja, das hätten sie gern, die Platten-Gesellschafter.
Die Presse hat auch brav mitgespielt (der »Stern« kürte sie zur »Aufsteigerin der Woche«) und auch der Funk spielt sie recht häufig. Was allerdings den Nachteil hat, daß man da die Schneider auch hört. Und nicht nur das Märchen von der 24jährigen Nachwuchssängerin aus New York vorgesetzt bekommt, die sich nun vom Hamburger Karriere-Kreißsaal »Onkel Pö« aus nach oben singt. Also: mit »Weltstar« is nix. Helen Schneider ist gutes Mittelmaß. Stört nicht weiter beim Schreiben von Artikelchen für KONKRET-Markt. Es handelt sich eben um »A Production of Wind song Records, Inc.«

»Die Republik, herausgegeben von Uwe Nettelbeck, Nr. 18-26 604 Seiten, 36 Mark und Nr. 27, 64 Seiten, 4 Mark (Zweitausendeins)

Immer komplizierter, mit verwirrender Druckanordnung und unter geradezu provozierender Weglassung jeder üblichen Lesehilfe, baut Uwe Nettelbeck seine »Republik«, dabei mit Inhalten, die mehr Leute angingen als den engeren Nettelbeck-Fanclub. Sie könnte also mehr sein, die »Republik«, aber was sie schon ist, ist schon was: Fortlaufende Dokumentation der kriminaltechnischen Aufarbeitung einer ganzen Gesellschaft, Kontrastierung mit dem links-linkischen Kulturbetrieb, Denunziation des liberalen Geschwätzes. In jeder dieser Sparten kommt, häufiger als alles andere, KONKRET vor und dran. In Nr. 27 ein Brief, dessen Humor sämtliche Jahresbände von »Pardon« aufwiegt: »...Ich ersuche Sie als Herausgeber und für den Inhalt Verantwortlichen, mir spätestens bis zum 30.7.77 mitzuteilen, wer Ihnen die Genehmigung zum Abdruck (meiner) Referate erteilt hat, oder aufgrund welcher Tatsachen Sie sich das Recht herausnehmen, die Beiträge ohne Genehmigung abzudrucken. Sollte bis zum genannten Termin keine Erklärung Ihrerseits eingegangen sein, behalte ich mir entsprechende gerichtliche Schritte gegen Sie vor. Hochachtungsvoll Dr. Herold«. Der BKA-Chef ist in die Literatur eingegangen.

alternativ-ego

Den Mut, auch eher Sperriges pressen zu lassen, haben ganz wenige. Und wenn's dann noch Jazz ist, fehlt er den Platten-Multis völlig. Die naheliegende Alternative, in Eigenproduktion und Vertrieb zu arbeiten, birgt natürlich große Risiken. Nicht jeder hat dann gleich die Fortune wie jüngst die Großen der Frankfurter Scene, die unter der Firmierung »United Jazz + Rock Ensemble« den potenten 2001 Versand interessieren konnten. (Auch bei »pläne« tut sich übrigens seit einiger Zeit in Sachen Jazz eine ganze Menge.)

Eine neue Eigen-Initiative aus dem Münchner Raum sei hier kurz vorgestellt. Der Pianist Joe Haider hat das label »EGO« gegründet. Hier haben sich beileibe keine obskuren Clubjazzer zusammengetan, deren Popularität nie über ihr Stammlokal hinausging. Hier haben sich Musiker zusammengefunden, deren musikalische Einzelbiografien sich wie weit auseinandergezogene Gipfeltreffen mit vielem, was international Top-Klang und -Namen hat, lesen.

Aber sie veranstalten keine Klassentreffen altgedienter sidemen, die im Studio ihren part herunternudeln, sondern liefern per Platte, was man sonst nur noch in den selten gewordenen Pilgerstätten des Jazz zu hören bekommt. Vollblutjazzer unter sich, die sich ohne Registrierkassengeklingel im Hintergrund freispielen: von Mainstream über Modern bop bis hin zu Free jazz.

Joe Haider: »Meine Motivation zur Gründung von EGO-Records war, Musik zu produzieren, die völlig frei von kommerziellen Überlegungen ist. Dabei waren meine persönlichen Erfahrungen und Enttäuschungen, die ich als Musiker bei den sogenannten etablierten Schallplattenfirmen gemacht habe, von entscheidender Bedeutung. EGO-Records produziert hauptsächlich reinen Jazz, ohne daß auf die ausführenden Künstler irgendein Druck ausgeübt wird. In der Regel werden alle Musiker nach einem gestaffelten Abrechnungssystem beteiligt. Vor allem liegt mir auch an der Förderung von jungen, noch unbekannten Talenten für die hiesige Jazz-Scene.«

Interessierten Jungjazzern sei also die »EGO«-Adresse ins Notizbuch geschrieben. Dort bekommt man auch einen kostenlosen Plattenkatalog.
Joe Haider, c / o EGO-records, Landsberger Str. 509, 8 München 60. Tel.: 089/811 93 56

Neues Kinderlied.

Mensch Mädchen – Grips-Theater
Ein Theaterstück für Menschen ab 6 von Stefan Reisner
30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. DK-0096

Ich bin neugierig
Helga & Klaus singen neue Kinderlieder
30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. DK-0097

Die Kinder von der Annostraße
Freche Lieder nach Texten von Peter Maiwald mit Fasia, Uschi Flacke, Hanns Dieter Hüsch, Dieter Süverkrüp, Kölner Headband u. v. a.
30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. DK-0099

Erich Kästner

Der gestiefelte Kater
gesprochen von Donata Höffer
30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. DK-0120

Don Quichotte
gesprochen von Susanne Tremper
30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. DK-0121

Münchhausen
gesprochen von Henning Venske
30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. DK-0122

Gullivers Reisen I
gesprochen von Klaus Hoffmann
30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. DK-0123

Gullivers Reisen II
gesprochen von Klaus Hoffmann
30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. DK-0124

Eulenspiegel
gesprochen von Donata Höffer, Susanne Tremper, Henning Venske und Klaus Hoffmann
30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. DK-0125

Die Schildbürger
gesprochen von Donata Höffer, Susanne Tremper, Henning Venske und Klaus Hoffmann
30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. DK-0126

pläne

Verlag „pläne„ GmbH.
Postfach 827
4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31 · 81 89 25

PLÄNE
hat noch mehr.
Für kleine und für
große Kinder.

Gesamtverzeichnis anfordern.
Kostenlos. Kennwort Konkret angeben.

Hermann L. Gremliza's

konkret ex-press

Papa hat noch ganz lange Sätze geschrieben und den Antikommunismus die Grundtorheit unseres Jahrhunderts genannt, der Filius ödipusselt mit Interviews bei »Bild am Sonntag«, wo er mit den Analphabeten angternu ist. Es geht um Filbinger:

Alle, die jenes unglückliche Zeitalter als erwachsene Menschen von Anfang bis Ende miterlebt haben, sind irgendwie unvermeidlich schuldig geworden.

Ça c'est **de Golo Mann**. Da hat der Matrose Gröger aber Glück gehabt. Er hat das Ende nicht ganz miterleben müssen.

Die »Hamburger Morgenpost«, eine Art »Bild-Zeitung« für Sprachbehinderte (nein, nicht Leser: Redakteure), hat zur Aufbesserung des Chefredakteur-Gehalts von **Conrad Ahlers** den hauseigenen Duden versetzt. Infolgedessen heißt es jetzt auf Seite 1 über einen »Tümmler vor Travemünde«:

30 Meter vom Ufer entfernt tauchte das poussierliche Tier in der Trave auf.

Das possiert schon mal, bei der Hinwendung zu Sex und Crime. Die von Ahlers zur »Morgenpost« geholte »Bild«-Redakteurin **Dagmar Vieljans** scheint vom selben Motiv getrieben:

Hamburg appetittlich serviert

schreibt sie über ein Feinschmecker-Buch. Und das nicht etwa als Fehler im Kleingedruckten, sondern als Überschrift, ja, als dicker Tittel. Folgerichtig fragt uns der »Morgenpost-Test: Wie sinnlich sind Sie?«

Welcher der folgenden vier Werkstoffe löst beim Anfassen die angenehmste Körperempfindung aus:
a) Tapete
b) Samt
c) Glas
d) Menschliche Haut

Die meisten Punkte gab's für die Antwort d), aber der überlebende Freundeskreis der KZ-Kommandantin Ilse Koch soll sich halt genauso an der »Morgenpost« freuen können wie der sozialdemokratisch orientierte Leser, der aus einer Überschrift auf Seite 1 erfährt:

Papst Pauls Spaniel frißt nicht mehr...

Der für all dies verantwortliche Redakteur, Conrad Ahlers, nimmt auf Seite 2 einen Kollegen in Schutz, der noch nicht bei der »Morgenpost« ist, obwohl er da hinpaßte wie der Spaniel auf einen poussierlichen Papst. Es handelt sich um

einen der besten und angesehensten Fernsehkorrespondenten, um

das errät man nicht:

Ernst Dieter Lueg.

Jetzt frißt auch mein Spaniel nicht mehr.

Der Sumpf der Terror-Sympathisanten ist immer noch nicht ausgetrocknet:

Brigitte Mohnhaupt ist sicher keine edle Freiheitskämpferin, sondern eine Frau, die politische Konflikte durch bewaffnete Aktionen austragen wollte. Andererseits aber muß man sich fragen, ob sie...wirklich mit einem fairen Prozeß rechnen kann.

Es gibt noch Schlimmere:

Gewiß, Brigitte Mohnhaupt ist wahrscheinlich kein engelsreiner Prophet. Aber war sie wirklich an Tötungsdelikten unmittelbar beteiligt? Und selbst wenn: Wie ist es...mit dem Asylrecht...bei politischen Delikten bestellt?

Diesmal war's kein Mescalero, sondern einmal der »Welt«-Korrespondent **Carl Gustav Ströhm**, zum andern der »FAZ«-Redakteur **Friedrich Karl Fromme**. Und sie schrieben nicht über Brigitte Mohnhaupt, sondern über den kroatischen Terroristen Stjepan Bilandzic. Alles andere stimmt, wörtlich.

»Welt«-Leser haben eins mit »Welt«-Redakteuren gemein: Sie sind Humanisten, wie dieser:

Ist der weltbekannte Schtscharanski wirklich nicht den kleinen Guillaume wert? Was soll dieser Guillaume in unseren Strafanstalten. Schmeißen wir ihn raus (und seine Frau dazu), und versuchen wir doch, diese pragmatische Lösung umgekehrt zu einem Humanitätsgeschäft zu machen: Schtscharanskis Ausreise hier, Guillaume da und die endgültige Freilassung von Rudolf Heß aus Spandau dazu...

Ein umgekehrtes Humanitätsgeschäft, in der Tat. Griechisch-römisch, mit 'nem Schuß böhmisch. So ist er, der **J. Suchsland**. Mit der Seele.

Ein anderer »Welt«-Leser, der CDU-Abgeordnete **Alois Mertes**, liefert in einem Halbsatz schnell eine bislang unbekannte Faschismus-Theorie nach. Herbert Wehner, schreibt Mertes, neige dazu,

die unmenschliche Perversion des Sozialismus eher zu entschuldigen als die unmenschliche Perversion des Patriotismus.

Jetzt wissen wir, was uns Joachim Fest schon ahnen ließ: Hitler ist von Volkslied-Chören an die Macht gesungen worden.

An Jesus und an Tinas Russen kommt keiner vorbei. Die »**Welt am Sonntag**«

legte alle Fotos, die es im Westen von Sergej Kausow gibt, dem Hamburger Psycho-Physiognomen Theodor A. Werner vor. Er schreibt:
»Mut und Entschlußfreudigkeit stehen ihm durch Impulse aus den Tiefenschichten ständig zur Verfügung (große, schrägsitzende Ohren)...Er ist aber auch ein heißblütiger, sinnenfreudiger Mensch und kommt hier der Griechin entgegen, die zwar ihre innersten Gefühle schwer offenbaren (eingerollte Ohrkrempel), aber doch mindestens ebenso glutvoll sein kann. Die sexuelle Triebkraft (Nacken) und die Einstellung zum Liebesleben (Mundformen) sind bei beiden Partnern ähnlich, daher ist in dieser Intimsphäre keine Dissonanz zu erwarten.

Auf Seite 3 des politischen Teils, neben »Vance vermittelt wieder im nahen Osten« und »Neue Gefahr für Atomreaktoren« (nein, nicht von Atomreaktoren für Menschen, sondern umgekehrt, wir sind hier bei Springer). Das sind so die »Experten«, die dieser Verlag beschäftigt, nur fällts im Wirtschafts-Teil nicht so auf, weil dort der Nacken nur als Teil der Intimsphäre von Fleischmärkten vorkommt, und als Fleischbeschauer nur selten Psycho-Physio-Gnomen eingesetzt werden. Aber eine alte Metapher, die schon ganz sinnentleert schien, ist wieder mit Leben gefüllt. Man sieht deutlich Axel Springer, Theodor A. Werner und ihre Opfer vor sich, wenn man sagt, einer habe den andern übern Ohrkrempel gehauen.

Wer immer die »Spiegel«-Redakteurin **Marion Schreiber** nach Kuba zu den Weltfestspielen geschickt haben mag, er hat uns 140 Zeilen Prosa beschert, die hier nur aus Platzgründen nicht komplett nachgedruckt werden können. Aber ein paar Häppchen sollen's schon sein:

Fidel, schon zu Lebzeiten ein Denkmal seiner selbst... Ehe er in seinen schwarzen Lincoln steigt, beugt sich der füllig gewordene Ex-Revolutionär... Routiniert wie ein Operntenor beherrscht der kubanische Regierungschef die Technik der effektvollen Geste... Mit geölten Kunstgriffen nötigte Castro auch den Softies unter den Linken aus der Bundesrepublik ein Aufstöhnen der Begeisterung ab... Keinen Zweifel ließ der Companero Fidel aufkommen, daß der Hausherr dieser XI. Weltjugendspiele Herr im Hause ist...

Herr im Opernhause nämlich, doch weil er sich's versagte, zu Ehren von Frau Schreiber Barrikaden zu bauen und die Regierung zu stürzen, bekommt der Revolutionär im Klassenbuch ein Ex und schreibt zur Strafe hundert Mal: Ich soll meinen Kunstgriff nicht ölen. Ich fürchte, Castro kann nicht in Frau Schreibers Klasse versetzt werden.

Dies ist die Juli-Titelseite der sozialdemokratischen Mitglieder-Zeitschrift. Das Titelbild zeigt eine antifaschistische Demonstration in Köln, an der teilzunehmen die SPD ihren Mitgliedern verboten hatte. »Wachsamkeit ist das Gebot der Stunde« - ist das nun als Aufforderung an die Verfassungsschutzämter gemeint, die abgebildeten Demonstranten zu identifizieren, damit die Parteiausschlußverfahren anlaufen können?

konkret Heft 10 erscheint am 28. Sept. 78

Zweitausendeins No 22.
„Die erfolgreichste deutsche Jazz-Platte.
Und die nächste.“

Sollten Sie zufällig Jazz-Platten verlegen, dann sind Sie erstens schon froh, wenn Sie über 10.000 von einem Titel verkaufen und können zweitens unsere Freude verstehen: Innerhalb von 11 Monaten haben wir 32.000 Stück von einer Schallplatte verkauft, von der erfolgreichsten deutschen Jazz-LP dieses Jahres: The United Jazz + Rock Ensemble „Live im Schützenhaus“. Nur bei uns, für nur 15,90 DM. „Dieses prachtvolle Ensemble“ (Frankfurter Rundschau), macht „Deutschlands feinsten Jazz“ (Der Spiegel) und jetzt immer mehr von sich hören. Erstens auf einer Tournee. Und zweitens auf einer zweiten Platte.

Der Erfolg des United Jazz + Rock Ensembles ist erklärlich und unerwartet zugleich. Erklärlich, weil das Ensemble aus neun der besten europäischen Jazz-Musiker besteht: Volker Kriegel, Ian Carr, Albert Mangelsdorff, Charlie Mariano, Barbara Thompson, Wolfgang Dauner, Eberhard Weber, Jon Hiseman, Ack van Rooyen (auf dem Foto von hinten nach vorn). Alle zigmal ausgezeichnet und belobigt; das Top People Poll des Jazz Forums liest sich z. B. fast wie die Besetzungsliste des Ensembles.

Unerwartet ist der Erfolg, weil sich das United Jazz + Rock Ensemble die alten Vertriebswege abgeschminkt hat. Das Plattenlabel, mood records, ist ihr eigenes, der Vertrieb ist exklusiv bei uns. Was den unerwarteten Erfolg wieder ein bißchen erklärlicher macht.

„Die erste Platte auf mood records ist ein Meisterwerk, das schwer zu überbieten sein wird.“

Schreibt Ulrich Olshausen, der Jazz- und Rockspezialist. Das United Jazz + Rock Ensemble gibt sich derzeit alle Mühe, ihm zu widersprechen. Mittels einer zweiten Platte mit Namen „Teamwork“. Unterschiedslos zur ersten Platte ist nur der Preis: Wiederum 15,90 DM.

„Ein Prominententreffen ohne Beispiel“ Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Wenn Sie das United Jazz + Rock Ensemble nicht nur auf der Platte hören wollen, dann geben wir Ihnen hier gratis einen Tip, der insofern außergewöhnlich ist, als wir an ihm nichts verdienen: Das United Jazz + Rock Ensemble geht auf Tournee. Quer durch Deutschland und Zürich.

Hier sind die genauen Daten: Hannover (11. 9. Kuppelsaal), Hamburg (12. 9. Audimax), Münster (13. 9. Münsterland), Kassel (14. 9. Stadthalle), Berlin (15. 9. Philharmonie), Düsseldorf (16. 9. Philipshalle), Stuttgart (17. 9. Liederhalle), Nürnberg (18. 9. Meistersingerhalle), München (19. 9. Circus Krone), Zürich (20. 9. Volkshaus) und Frankfurt (22. 9. Jahrhunderthalle/Jazzfestival).

Foto Inge Werth

Mit dabei sind die Gitarristen Martin Kolbe und Ralf Illenberger. Auch auf mood records zu haben: „Waves“, nur bei uns, für nur 15,90 DM.

Wo Sie die drei Stereo-LPs bekommen:

Entweder persönlich in unseren Zweitausendeins-Läden *Berlin* Kantstraße 131, *Frankfurt* Im Parkhaus Hauptwache, *Freiburg* Schiffstraße 10, *Hamburg* Grindelallee 71, *Hannover* Raschplatz 1, *Köln* Ehrenstraße 45, *Mainz* Große Langgasse 8 und *München* Amalienstraße 45.

Oder per Post direkt ins Haus.

Der Coupon dafür steht unter diesen Zeilen.

Hiermit wird bestellt:
Bitte ausschneiden und einsenden an Zweitausendeins Versand, Hahnstraße 54–56, Postfach 710 507, 6000 Frankfurt am Main 71.

Ich bestelle:

___ Stück der Stereo-LP 22666 United Jazz + Rock Ensemble „Live im Schützenhaus“ für nur 15,90 DM

___ Stück der Stereo-LP 22999 United Jazz + Rock Ensemble „Teamwork“ für nur 15,90 DM

___ Stück der Stereo-LP 22900 Kolbe + Illenberger „Waves“ für nur 15,90 DM.

Lieferung solange der Vorrat reicht.

☐ Ich füge 1 Post/Bankscheck bei über _____ DM plus 2,80 Versand.

☐ Schicken Sie die Platte/n bitte per Nachnahme. Die Nachnahme- und Versandkosten will ich tragen.

Keine Lieferung ins Ausland.

Ihr gratis Merkheft bekomme ich bereits regelmäßig: ☐ja ☐nein

Name, Vorname

Straße, Nummer

Postleitzahl, Ort

Meine Unterschrift, Datum

K9 mood

Levi's. Eine Welt für sich.

LEVI'S®

Quality never goes out of style.

Y&R